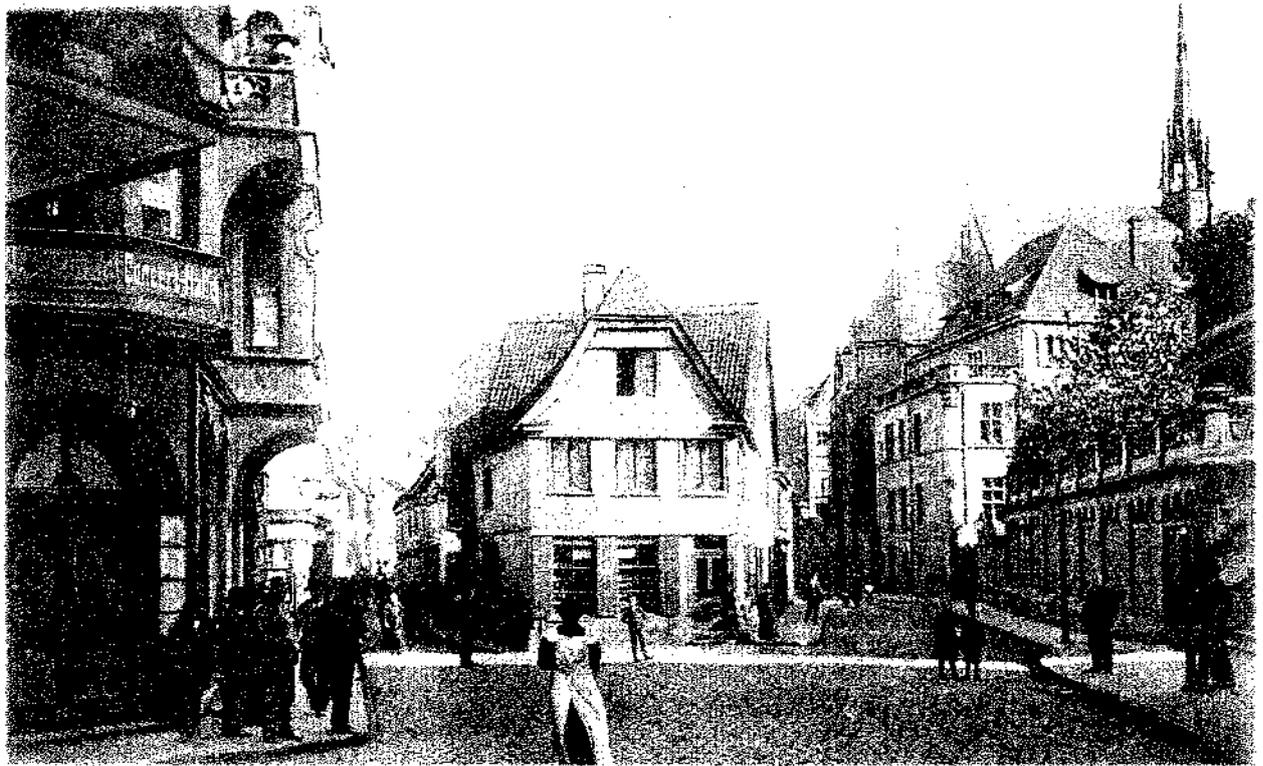


B CHUMER ZEITPUNKTE

Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 38



BOCHUM. Beckstraße.

Inhalt

- 3** *Dietmar Bleidick*
**Bochum – eine Ruhrgebietsstadt zwischen
Geschichte und Gegenwart**
- 17** *Nicole Nunkesser*
**Der Sturz des Denkmals im Bochumer Stadtpark
1983 – Umgang mit Erinnerung**
Text und kommentierte Übersetzung
- 30** *Clemens Kreuzer*
Die Baugeschichte der alten „Pfefferdose“
- 42** **Aus dem Häuschen**

Bild auf der Titelseite:
*Die Große und Kleine Beckstraße,
Postkarte 1923 gelaufen (Sammlung
Dietmar Bleidick)*



Impressum

Bochumer Zeitpunkte
Beiträge zur Stadtgeschichte,
Heimatkunde und Denkmalpflege
Heft 38, September 2017

Herausgeber:

Dr. Dietmar Bleidick
Wiemelhauser Straße 255,
44799 Bochum
Mobil: 0151 46616720
Email: bleidick@bleidick.com
für die Kortum-Gesellschaft Bochum
e.V., Vereinigung für Heimatkunde,
Stadtgeschichte und Denkmalschutz
Kirchharpener Straße 14
44805 Bochum
Email: Kortum.eV@web.de

Redaktion:

Dr. Dietmar Bleidick, Peter Kracht

Layout:

Peter Kracht

Redaktionsschluss:

jeweils 15. Juli und 15. Dezember

Druck:

A. Budde GmbH
Berliner Platz 6 a, 44623 Herne

ISSN 0940-5453

Schutzgebühr: € 3,00

Für Mitglieder der Kortum-
Gesellschaft kostenlos.

Dietmar Bleidick

Bochum – eine Ruhrgebietsstadt zwischen Geschichte und Gegenwart

Bochum entwickelte sich im 19. Jahrhundert von einer ländlichen Kleinstadt zu einer von Kohle und Stahl geprägten Industriemetropole. Als typische Stadt des Ruhrgebiets befindet sie sich seit rund fünf Jahrzehnten in einem Strukturwandel, in dessen Verlauf sich ihr äußeres Erscheinungsbild stark veränderte. Dennoch erinnern bis heute zahlreiche Bauten an das Industriezeitalter in Bochum, die die Themenroute Bochum der Route Industriekultur in einer Auswahl vorstellt. Der folgende Beitrag gibt in drei Abschnitten einen Überblick zur Stadtgeschichte seit den Anfängen im Mittelalter. Der erste Abschnitt befasst sich mit den Grundzügen der Verwaltungs- und Gebietsentwicklung, der zweite widmet sich Bochum im Industriezeitalter, während der dritte die vergangenen fünf Jahrzehnte der Industrialisierung und des Strukturwandels betrachtet. Im Vordergrund steht in Perspektive der Themenroute die wirtschaftliche Entwicklung als ausschlaggebender Faktor für Stadtgestalt, Flächennutzung und Architektur.

Herrschafts-, Verwaltungs- und Gebietsstrukturen

Bochum gehört zu den ältesten Städten im Ruhrgebiet. Ihre siedlungsgeschichtlichen Anfänge liegen im Mittelalter und stehen wahrscheinlich in engem Zusammenhang mit der Eroberung der Region durch Karl den Großen während der Sachsenkriege (772-804). Im ausgehenden 9. Jahrhundert gab es im Bereich der heutigen Propsteikirche am Schnittpunkt zweier überregionaler Verkehrswege ein Königshof, um den sich wohl bald eine kleine Ansiedlung bzw. einige Höfe gruppierten. Er war Teil des westfälischen Hellweges, der sich von Duisburg über Essen und Dortmund bis nach Paderborn erstreckte. Die Existenz dieses frühen Bochums lässt sich jedoch nur indirekt erschließen, da urkundliche Überlieferungen fehlen. Dafür findet sich im ältesten Urbar der Abtei Werden, einem Besitzverzeichnis, das zur Wende des 10. Jahrhunderts entstand, die Erwähnung „villa Aldanbuchem“, des späteren Altenbochums. Somit ist davon auszugehen, dass im Umfeld einer namentlich als ältere gekennzeichnete Ortschaft eine neue, möglicherweise mit ähnlicher Bezeichnung bestand. Daneben erwähnt das Urbar bereits weitere Bauerschaften, die heute Bochumer Orts- oder Stadtteile bilden. Dazu gehören etwa Treiri (Langendreer), Abbingthorpo (Eppendorf), Werinum

(Werne), Stipula (Stiepel), Lahari (Laer), Gerthrium (Gerthe) und Quernberga (Querenburg).

Der nächste Hinweis auf die Existenz Bochums findet sich dann erst Mitte des 11. Jahrhunderts in einer Urkunde des Kölner Erzbistums für die Abtei Deutz, die auch die Ersterwähnung der neben dem Königshof gelegenen Pfarrkirche darstellt. Hier ist jedoch nicht von einem „Buchem“, sondern von einer „villa publica Cofbuockheim“ die Rede. Beide Namen verweisen allerdings gleichermaßen auf ein Heim, eine Siedlung im Bereich eines Buchenwaldes und entsprechen der weitverbreiteten Tradition, Ortschaften anhand markanter Eigenschaften ihres Umfelds zu bezeichnen. Die Vorsilbe „Cof“ verweist auf den Adligen Cobbo, der um das Jahr 860 im Raum Bochum Grafenrechte besaß, und verdeutlicht nochmals den Hintergrund des Namens Aldanbuchem als Unterscheidungsmerkmal nach Gründung des jüngeren „Cofbuockheim“.

Ende des 12. Jahrhunderts wurde Bochum zum Spielball einer Auseinandersetzung um die Macht in der Region. Das Erzbistum Köln hatte den Bochumer Königshof als Lehen erhalten und begann seinen Einfluss auszudehnen. Dies stieß auf erbitterten Widerstand der Grafen von Altena, die in zwei untereinander zerstrittene Linien gespalten waren, die märkische mit Sitz auf der Burg Mark bei Hamm und die Isenberger mit Sitz auf der Isenburg bei Hattingen. Ebenso pikant wie zeittypisch war die Vermischung von weltlicher und geistlicher Herrschaft, denn zwischenzeitlich hatten die Altenaer Grafen selbst das Kölner Bischofsamt inne. Solche verwandtschaftlichen Beziehungen schützten dann auch nicht vor Übergriffen der eigenen Familie. 1225 ermordete Friedrich von Isenberg seinen Vetter Erzbischof Engelbert und wurde dafür hingerichtet. Als Dank für seine Hilfe bei der Gefangennahme Friedrichs erhielt ein anderer Vetter, Graf Adolf von der Mark den Isenberger Besitz. Er ließ die Isenburg schleifen und errichtete aus dem gewonnenen Baumaterial nur wenige Kilometer flussaufwärts die Burg Blankenstein. Friedrichs Sohn Dietrich kämpfte jedoch um sein Erbe und erzwang 1243 die gleichberechtigte Teilung des umstrittenen Gebietes mit Bochum als Zentrum. Während die Isenberger Linie nach und nach an Bedeutung verlor, festigten die Grafen von der Mark bis ins 14. Jahrhundert ihre Herrschaft und errichteten ein geschlossenes Herrschaftsgebiet zwischen nördlichem Ruhrgebiet und Sauerland.

In dieser Zeit wurden Bochum die Stadtrechte verliehen, doch ist der genaue Zeitpunkt nicht bekannt. Die älteste überlieferte Urkunde von 1298 erwähnt einen Markt und gewährt einigen Bewohnern Besitzrechte, die in der Regel an eine Stadt gebunden waren. Wissenschaftlich umstritten ist auch das in der älteren Literatur vielfach in diesem Zusammenhang genannte Jahr 1321, als Graf Engelbert II. Bochum erweiterte Kompetenzen

zugestand, darunter erneut die Abhaltung von Märkten sowie die Mitwirkung der Einwohner an der Rechtsprechung und Verwaltung, an deren Spitze der Schultheiß als Vertreter des Landesherren stand. Erst mit dem Beitritt zum märkischen Städtebund 1426 wurde Bochum durchgängig als Stadt bezeichnet. Selbst unter Berücksichtigung der früheren Daten erfolgte dieser bedeutende Schritt im Vergleich zu anderen Städten des Hellwegs wie Dortmund und Essen, die bereits Mitte des 13. Jahrhunderts den begehrten Titel erhalten hatten, erheblich später. Ein Großteil der erst während der Industrialisierung über den Dorfstatus angewachsenen Gemeinden des nördlichen Ruhrgebiets avancierten dagegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in rechtlicher Hinsicht zu Städten. Das Bochumer Stadtwappen, ein mit der Öffnung nach rechts liegendes und mit zwei Spangen geschlossenes Buch, ist seit 1381 belegt. Nach der Eingemeindung von Wattenscheid 1975 wurde der rot-weiße märkische Balken ergänzt.



Abb. 1: Kortums Bochum, 1790, Nachdruck (Sammlung Dietmar Bleidick)

Größere Auswirkungen oder gar ein Entwicklungssprung waren mit der Stadtwerdung jedoch nicht verbunden. Bochum sollte über mehrere Jahrhunderte auf dem Stand eines lokalen Oberzentrums verharren, das als Markt-, Kirchen- und Verwaltungsort seinen Einfluss nicht über die Dörfer des nahen Umlands auszudehnen vermochte. Daran änderte auch der mehrfache Wechsel der Herrschaftsverhältnisse nichts. Ende des 14. Jahrhunderts gelangte Bochum mit der Grafschaft Mark an die Grafschaft Kleve (ab 1417 Herzogtum) und Anfang des 16. Jahrhunderts nach einem erbitterten Erbfolgestreit an

Brandenburg, das ab 1701 das Kernland Preußens bildete. Ihrem untergeordneten Charakter entsprechend erhielt die Stadt trotz der langjährigen Auseinandersetzungen um ihren Besitz keine Stadtmauer oder gar eine Burganlage. Auf heutigem Bochumer Stadtgebiet bestanden zwar fast 30 befestigte Häuser des Niederadels, doch lagen diese teils bereits im Mittelalter errichteten Anlagen in den späteren Vororten. Erhalten sind u.a. Haus Laer, Haus Kemnade an der Ruhr und Haus Weitmar. Letztere sind als Museum und Gastronomie sowie als Teil der „Situation Kunst“ öffentlich zugänglich. Bochum selbst war durch eine Wall- und Grabenanlage geschützt, die im Kriegsfall jedoch kein großes Hindernis darstellte. An die Lage der fünf Stadttore, das Beck-, Brück-, Bongard-, Hellweg- und Buddenbergtor, erinnern noch heute entsprechende Straßennamen. Gleichzeitig vermitteln sie einen Eindruck der geringen Siedlungsfläche von nur rund 2 km², die schon im 16. Jahrhundert zur Ausdehnung der Bebauung in das Umland zwang. Im 18. Jahr-

hundert wurde der frühneuzeitliche Rahmen schließlich endgültig verlassen, als die Wälle verfielen, die Gräben zugeschüttet wurden und der neu gewonnene Platz der Stadterweiterung diente. Dass Bochum ein Aufstieg verwehrt blieb, lag neben den dauerhaften Auseinandersetzungen der um ihre Machtsphäre streitenden Adelshäuser auch an mehreren Bränden und Seuchenausbrüchen, die die Stadt gerade im 16. Jahrhundert trafen. So wurde Bochum 1517 samt der Pfarrkirche durch eine Feuersbrunst nahezu vollständig vernichtet.

Die zunächst wenigen Hundert, im 18. Jahrhundert schließlich bis zu 1.500 Einwohner lebten von Handwerk, Handel und Landwirtschaft, die häufig auch als Nebenerwerb in den Sommermonaten betrieben wurde. Insgesamt war das gesamte Gewerbe landwirtschaftlich orientiert. Neben der Nahrungsmittelproduktion durch Bäcker, Brauer und Metzger dominierte die Weiterverarbeitung von Naturprodukten durch Schreiner, Tuchmacher, Sattler, Stellmacher und Kürschner. Dazu kamen Schmiede und auch Maurer, die jedoch in der von Fachwerkhäusern und unbefestigten Wegen bestimmten Stadt eine untergeordnete Rolle spielten. Außerhalb des Walls erstreckten sich Gärten und Felder sowie im Norden, im Bereich des heutigen Stadtparks, die Vöde, auf der bis ins 19. Jahrhundert das Vieh weidete. Nahezu jeder Eigentümer eines der rund 300 Häuser besaß eine Kuh oder eine Ziege. Bereits 1908 widmete die Stadt dem letzten kommunalen Kuhhirten Fritz Kortebusch ein Denkmal,

das sich heute unweit der Propsteikirche an der Bongardstraße befindet. Aus diesem Grund wird Bochum in der Literatur vielfach auch als „Ackerbürgerstadt“ bezeichnet, doch lässt sich diese auf einen wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Landwirtschaft zielende Definition nicht eindeutig belegen. Carl Arnold Kortum (1745-1824), Arzt, Literat, Naturwissenschaftler und wohl berühmtester Bochumer, kennzeichnete Bochum noch Ende des 18. Jahrhunderts als „klein und eher mittellos“, genoss aber das angenehme Leben inmitten von Wäldern, Wiesen und Feldern, „anmutigen Höhen und kräuterreichen Tälern mit kleinen Bächen“. Tatsächlich war dieses Bild geschönt und entsprach nur in Teilen der Realität, denn durch die Belastungen der zahlreichen preußischen Kriege war ein nicht unerheblicher Teil der Bochumer verarmt, sodass sich im Stadtbild überall Anzeichen des Verfalls zeigten.

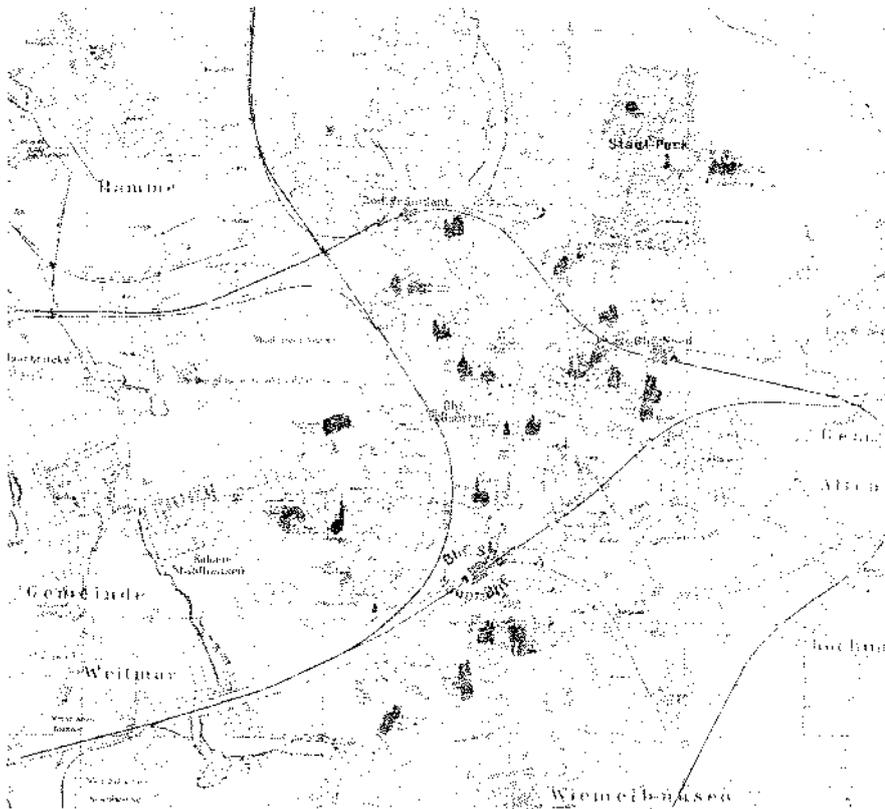


Abb. 2: Das Bochumer Zentrum, Pharus-Plan, 1908 (Ausschnitt)
(Sammlung Dirk Ernesti)

Diese „Mittellosigkeit“ resultierte auch aus dem zunehmenden Bedeutungsverlust, den Bochum in den vergangenen Jahrzehnten hatte hinnehmen müssen. Seit dem 14. Jahrhundert bildete die Stadt das Verwaltungszentrum des Amtes Bochum, das große Teile der späteren Städte Hattingen, Witten, Castrop-Rauxel, Wanne-Eickel, Gelsenkirchen und Wattenscheid umfasste. Als die preußische Gebiets- und Verwaltungsreform Mitte des 18. Jahrhunderts die Amtsverfassung durch eine

Kreisverfassung mit Landratsamt ersetzt, wurde Bochum unter Verlust seiner angestammten Funktion in den neuen Kreis Hörde eingegliedert und behielt nur die eigentliche Stadtverwaltung. Erst die mit der Besetzung der Grafschaft Mark durch Napoleon verbundene Einführung der französischen Verwaltungsordnung führte Stadt und Land wieder zusammen. Sie brachte Bochum zwischen 1808 und 1813 den Rang einer Kantonsstadt und Municipalität im Arrondissement Dortmund des Ruhr-Departements. Dieser Zustand blieb nach dem Sieg über Frankreich erhalten. Nachdem 1815 unter Einführung der preußischen Gemeindeordnung die neue Provinz Westfalen gebildet worden war, zu der auch die Gebiete der ehemaligen Grafschaft Mark gehörten, erhielt Bochum den Rang einer Kreisstadt im Regierungsbezirk Arnsberg. Der Landkreis Bochum erstreckte sich von Hattingen und Witten bis nach Gelsenkirchen und Herne. Die Erhebung Bochums zur kreisfreien Stadt 1876 markierte dann den Anfang der allmählichen Auflösung des Landkreises, die Ende der 1920er Jahre nach mehreren Eingemeindungswellen abgeschlossen war.

Anders als den großen Nachbarstädten Essen und Dortmund, die nach und nach ihre Kreisgebiete integrierten und damit zu den großen Flächenstädten aufstiegen, gelang es Bochum jedoch nicht, von dieser Entwicklung zu profitieren. Weder die Erhebung zur Kreisstadt noch die Gewährung der Eigenständigkeit führten zu ihrer Akzeptanz als Oberzentrum mit entsprechender Anziehungskraft. So mussten die Bochumer es hinnehmen, dass große Teile des Landkreises im Rahmen der Gebietsreformen aus ihrem Einflussgebiet herausfielen und Teil der neuen Mittelstädte Hattingen, Witten, Herne und Gelsenkirchen wurden. Bochum erreichte dagegen 1904 zwar durch die Angliederung der direkt an das Stadtgebiet angrenzenden Landgemeinden Grumme, Hamme, Hofstede und Wiemelhausen den Status einer Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern, blieb damit jedoch hinter ihren Möglichkeiten zurück. Mit einem Bevölkerungszuwachs von gerade 40.000 lag man etwa weit hinter dem im Vorjahr durch einen Gewinn von 100.000 Einwohnern zur Großstadt aufgestiegenen Gelsenkirchen, das nun Bochum mit einer Gesamtbevölkerungszahl von fast 140.000 um rund ein Drittel übertraf. Diesen Rückstand konnte Bochum auch in den folgenden Jahrzehnten nicht aufholen. Als zwischen 1926 und 1929 mit Ausnahme der erst 1975 nachgerückten

Stadt Wattenscheid alle anderen heutigen Stadtteile dazu stießen, blieb Bochum gerade aufgrund der im Vergleich zu den Spitzenreitern erheblich kleineren Fläche nur noch der fünfte Platz in der Rangliste der Ruhrgebietsstädte. 1939 erreichte Essen 666.000 Einwohner, Dortmund 542.000, Duisburg 434.000, Gelsenkirchen 317.000 und Bochum 305.000. Eine ähnliche Entwicklung hätte dagegen Bochum möglicherweise auf Augenhöhe mit Dortmund und Essen gebracht. Die Gründe, dass die Stadt ihr Potenzial nicht ausschöpfen konnte, waren vielfältig, lagen aber wohl vor allem an den infrastrukturellen Defiziten und der gegenüber den großen Nachbarn geringeren Urbanisierung. Dem auch Anfang des 20. Jahrhunderts in der Architektur des alten Stadtbezirks noch immer stark an die alte Landgemeinde erinnernden Bochum fehlte trotz der parallel verlaufenden Industrialisierungsschübe die Strahlkraft moderner Architektur, kultureller Einrichtungen oder regional bedeutsamer Verwaltungsstrukturen. Daher hatte man den Eigenständigkeitsbestrebungen der Kreisgemeinden nur wenig entgegenzusetzen und unterlag bei der Gebietsneuordnung konkurrierenden Interessen. Dazu kamen auf allen Seiten die bis heute mit dem Namen „Kirchturmmentalität“ verbundenen Verhinderungsstrategien der meist mittelständischen Honoratioren, die eifersüchtig auf ihre Vorteile achteten und versuchten, aus dem Wandel Vorteile zu schlagen.

Bochum im Industriezeitalter

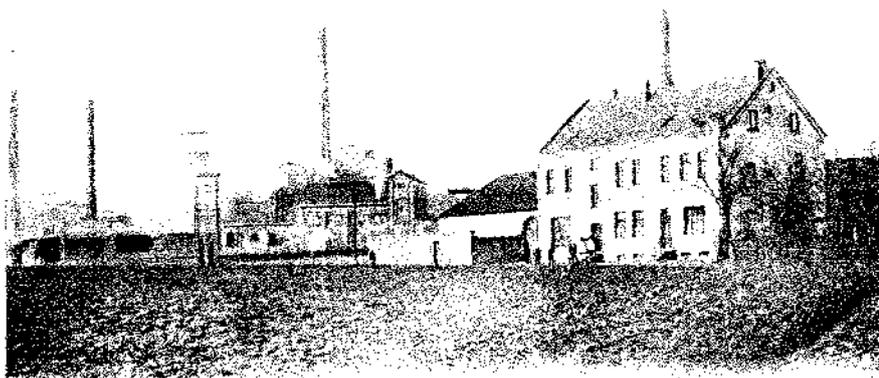
Der Südraum Bochums und Witten gelten als Wiege des Ruhrbergbaus. Wahrscheinlich wurde hier schon im Mittelalter Kohle abgebaut, die im Ruhrtal an die Tagesoberfläche tritt. Nachweisbar ist der Bergbau seit Mitte des 16. Jahrhunderts, als in der Propsteikirche Steinkohle zu Heizzwecken verwendet wurde. Dieser frühe Bergbau besaß jedoch noch keinerlei geordnete Strukturen, sondern basierte vielfach auf Zufallsfunden, die in Gruben von wenigen Metern Tiefe, den sogenannten „Pütts“, gewonnen wurden. Einen weiteren Ausbau des Bergbaus verhinderten unzureichende technische Grundlagen, fehlende Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle und der mühsame Transport auf unbefestigten Wegen. Einen Aufschwung erhoffte sich der preußische Staat von der Gründung des Märkischen Bergamts in Bochum 1738, das den Bergbau der Grafschaft gezielt fördern und weiter entwickeln sollte. Zu dieser Zeit bestanden in der Umgebung von Bochum rund 25 Kleinzechen, die die Kohle zum Teil mit nur einer Handvoll Bergleute in Stollenbetrieben gewannen. Die Erfolge blieben jedoch zunächst aus, und das Bergamt wurde zwischenzeitlich nach Hamm, Schwerte und Wetter verlegt. Erst in den 1760er Jahren sollte sich die Situation ändern. Mit dem Erlass einer neuen Bergordnung wurde das Direktionsprinzip

eingeführt, das dem Staat nicht nur die Kontrolle, sondern auch die Betriebsleitung der Zechen vorbehielt. Dazu kam ein Generalprivileg für die Bergleute in der Grafschaft Mark, das sie unter anderem vom Heeresdienst, Steuern und Zöllen befreite und eine Knappschaftskasse einführte. Ausschlaggebend für die nun stark ansteigende Steinkohlenförderung waren jedoch Infrastrukturmaßnahmen. Nachdem das Projekt des Gahlenschen Kohlenweges vom Bochumer Süden nach Gahlen an der Lippe gescheitert war, eröffnete die Schiffbarmachung der Ruhr in den 1770er Jahren erstmals die Möglichkeit, größere Mengen Kohle kostengünstig flussabwärts in Richtung Rhein zu transportieren. 1787 wurde mit dem Rauendahler Schiebeweg im Bochumer Süden die erste schienengebundene Transportbahn des Ruhrgebiets eröffnet, und kurz darauf begann in diesem Bereich der Übergang zum Tiefbau unter der Stollensohle. Der Bergbau wurde für viele Bochumer zum willkommenen Nebenerwerb während der Wintermonate, wenn die Landwirtschaft ruhte. Auf den Bochumer Bergbauwanderwegen finden sich zahlreiche Hinterlassenschaften dieses vorindustriellen Bergbaus.

Das größte Hindernis auf dem Weg vom Stollenbau zum Tiefbau mit Schächten war die ungelöste Frage der Wasserhaltung. Während das Wasser aus den Stollen durch leichtes Gefälle auf natürlichem Wege selbstständig abließ, erforderte der Abtransport aus Schächten eine technische Lösung. Diese brachte die um 1790 in England von James Watt zur Betriebsreife entwickelte Dampfmaschine, mit deren Hilfe sich Pumpen antreiben ließen. Im Jahr 1800 begann in Bochum mit dem vermutlich ersten senkrechten Schacht des Ruhrgebiets auf der Zeche Vollmond zwischen Laer und Langendreer das Zeitalter des modernen Steinkohlenbergbaus. Hier wurde daher 1802 von Franz Dinnendahl auch die erste Dampfmaschine zur Wasserhaltung in Betrieb genommen. Dieser Schritt war auch deswegen von besonderer Bedeutung, da die begehrte Fettkohle, die sich herausragend zur Kokserzeugung eignet, in größeren Mengen nur nördlich der Ruhr, zugleich aber in größeren Tiefen vorkommt. In Bochum begann somit gewissermaßen die ab Mitte des 19. Jahrhunderts rasant einsetzende Nordwanderung des Ruhrbergbaus, die bis zur Wende des 20. Jahrhunderts in den Lipperaum vordrang und damit auch die Grenzen des industriellen Ruhrgebiets markierte. Der absolute Schwerpunkt des Bochumer Bergbaus sollte allerdings noch mehrere Jahrzehnte im Bereich der Stollenzechen liegen, die sich südlich der Stadt in Stiepel, Linden, Dahlhausen, Querenburg, Wiemelhausen und Weitmar ausbreiteten. Insgesamt lassen sich für diesen Bereich weit mehr als 100 Anlagen, mit zum Teil jedoch nur kurzer Betriebsdauer, nachweisen. Daneben bestanden bereits im 18. Jahrhundert auf Höhe der alten Stadt Bochum Zechen im Eppendorf, Langendreer und Werne.

Nur das eigentliche Stadtgebiet und der Nordraum waren noch unerschlossen. 1816 entstand in Bochum die Bergschule zur Ausbildung des nicht akademischen bergbaulichen Leitungspersonals, die sich seit den 1860er Jahren zur mit Abstand größten Institution ihrer Art in Deutschland entwickeln sollte. Zeitweise besuchten mehr als die Hälfte aller deutschen Bergschüler die Bochumer Bergschule, die mit zahlreichen Standorten im Ruhrgebiet vertreten war. So wurde sie nicht nur zum maßgeblichen Motor der bergmännischen Berufsausbildung, sondern auch des Bildungswesens durch die Einführung neuer Unterrichtsinhalte und -methoden.

In den 1840er Jahren setzte dann die Entwicklung Bochums zum montanindustriellen Zentrum ein, das die Stadt für die folgenden 120 Jahre prägen sollte. Seit 1816 hatte sich die Anzahl der Einwohner auf 4200 etwa verdoppelt, ohne dass sich der landwirtschaftliche Zuschnitt dadurch geändert hätte. Immer noch dominierte das traditionelle Gewerbe mit Schwerpunkten bei der Leinweberei, Ölmühlen sowie der Seiden- und Strumpfweberei. Nachts war die Stadt weiterhin nahezu unbeleuchtet, und bei Regen verwandelten sich die Straßen in Schlammwege. Den Wandel im Bereich des Bergbaus markierte die 1844 nach vierjährigen Vorarbeiten in Betrieb gegangene



Gruß aus Somborn Zeche Neu-Iserlohn, Schacht I. Gesellschaft Rudolf Hecker

Abb. 3: Zeche Neu Iserlohn, Postkarte 1905 gelaufen (Sammlung Dietmar Bleidick)

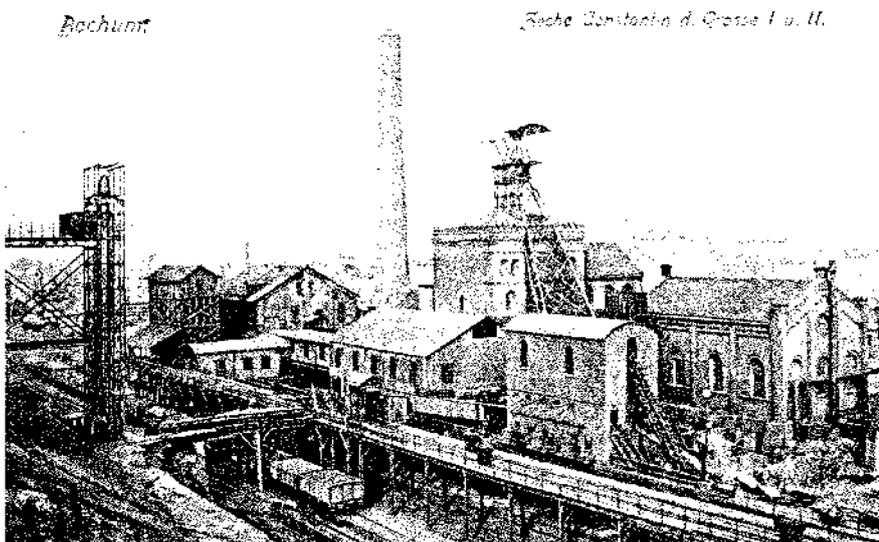


Abb. 4: Zeche Constantin der Große 2, Postkarte 1905 gelaufen (Sammlung Dietmar Bleidick)

Zeche Präsident hinter der Stadtgrenze von Bochum zu Hamme, der ersten Tiefbauanlage im westfälischen Bereich des Ruhrgebiets. Rasch folgten in der nun einsetzenden ersten Industrialisierungsphase bis Ende der 1850er Jahre weitere Bergwerke, die wie Friederika und Julius Philipp in Wiemelhausen, Urbanus in Langendreer, Dannenbaum in Laer und Carl Friedrichs Erbstollen in Weitmar als ältere Stollenzechen den Übergang zum Tiefbau einleiteten. Daneben entstanden im Norden des Bochumer Raumes mehrere neue Zechen wie Hannibal in Riemke/Hofstede und Carolinenglück im Ha me. Die Zeche Heinrich Gustav in Werne sollte zur Keimzelle der Harpener Bergbau-AG werden, der Anfang des 20. Jahrhunderts mit 14 Einzelzechen größten reinen Bergbaugesellschaft Deutschlands. Constantin der Große in Riemke dehnte bald ihre Aktivitäten in den Herner Raum aus und avancierte später mit 14 Schachtanlagen zahlenmäßig zum Rekordhalter im Ruhrgebiet.

Noch konnten die alten Zechen mit der jungen Konkurrenz allerdings nicht mithalten, sondern übertrafen diese auch bei der Belegschaftsgröße und den Fördermengen, doch sollte sich dies bald ändern. Anfang der 1860er Jahre erreichte der Steinkohlenbergbau Wattenscheid, wo der Abbau auf den Zechen Holland und Centrum begann, und in den 1870er Jahren schließlich Gerthe mit den Lothringen-Schächten, sodass das gesamte spätere Bochumer Stadtgebiet erschlossen war. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich in den anderen Teilen des Landkreises Bochum wie im gesamten Ruhrgebiet. Ausschlaggeben-

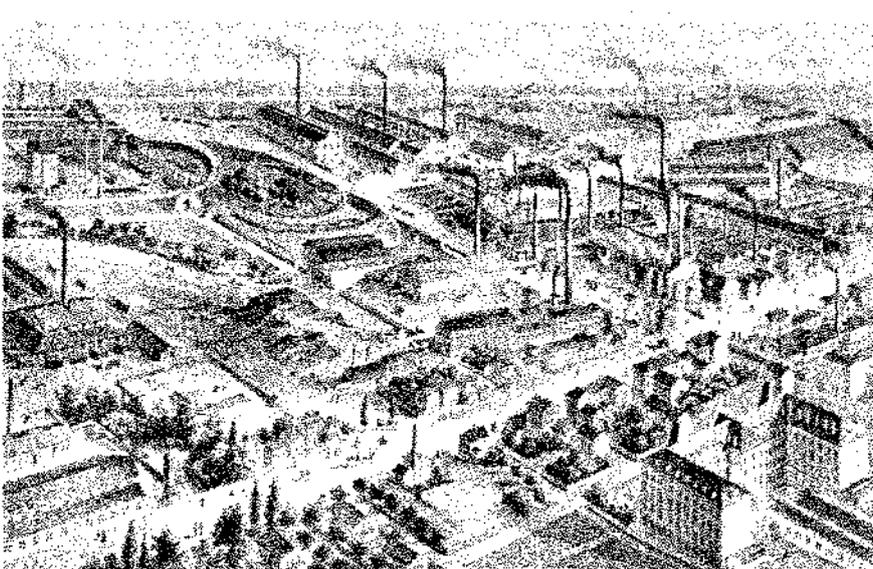


Abb. 5: Der Bochumer Verein 1875, Nachdruck (Sammlung Dietmar Bleidick)



Abb. 6: Der Bochumer Verein, Postkarte 1913 gelaufen (Sammlung Dietmar Bleidick)

der Faktor der Expansion war die Einführung des Inspektionsprinzips, das die Rolle des Staates im Bergbau auf eine Kontrollfunktion zurückführte und den Unternehmen ihre wirtschaftliche Freiheit zurückgab. Leidtragende waren die Bergleute, die von einem privilegierten Stand zur weitgehend rechtlosen Arbeiterschaft herabsanken. Spätestens jetzt begann der Niedergang des Bergbaus im Bereich der Ruhr, der den hochproduktiven Anlagen im Norden sowohl bei den Fördermengen als auch bei den Kohlenqualitäten zunehmend unterlegen war. Anfang des 20. Jahrhunderts kam es in der Ruhrzone zu einer ersten Stilllegungswelle, von der auch zahlrei-

che Bochumer Anlagen betroffen waren. Der Betrieb wurde entweder eingestellt, stark reduziert oder auf die Funktion als Wetterschacht (Grubenbelüftung) zurückgeführt.

Der Steinkohlenbergbau stand von Beginn an in enger Beziehung zur Eisen- und Stahlindustrie und zum Eisenbahnbau. Alle drei Branchen fanden jeweils in den beiden anderen die größten Absatzmärkte für Kohle, Stahlerzeugnisse und Transportdienstleistungen. Die Folge war ein mehrere Jahrzehnte währender selbsttragender Aufschwung, der durch die vor allem durch den Eisenbahnbau beflügelte Nachfrage getragen wurde. Bochumer Hauptakteur war der Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation, einem der ältesten Montanunternehmen des Ruhrgebiets und über fast 130 Jahre mit Abstand größter Industriebetrieb der Stadt. Bereits 1842 als Firma Mayer & Kühne an der Essener Chaussee westlich der Stadt gegründet, erlangte das junge Unternehmen aufgrund seiner hohen Produktqualität schon bald überregionale Bedeutung. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere das um 1850 von Jacob Mayer entwickelte Stahlformgussverfahren, mit dem weltweit erstmals hochwertige Stahlprodukte wie Maschinenteile ohne den bis dahin üblichen arbeitsintensiven Schmiedeprozess hergestellt werden konnten. Weltbekannt wurde das Unternehmen mit seinem Glockenguss, auch wenn diese Sparte regelmäßig nur einen geringen Bruchteil zum Umsatz beitrug. Die 1867 auf der Pariser Weltausstellung gezeigte Glocke, eine der größten jemals produzierten, steht heute auf dem Vorplatz des Bochumer Rath-

hauses. Trotz der guten Geschäftsgrundlage sorgten der hohe Investitionsbedarf, eine nicht immer glückliche Geschäftspolitik und konjunkturelle Schwankungen für dauerhafte finanzielle Schwierigkeiten des Unternehmens. 1854 erzwangen daher seine Gläubiger die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, den Bochumer Verein.

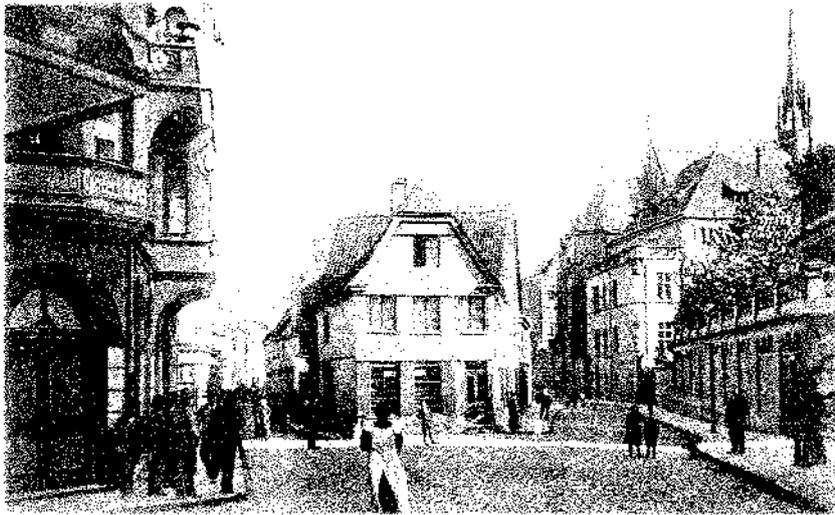
Unter Generaldirektor Louis Baare (bis 1895) und dem technischen Leiter Jakob Mayer (bis 1875) etablierte sich der Bochumer Verein in den folgenden Jahrzehnten unter den führenden Unternehmen der Branche. Sie begründeten den Ruf des Unternehmens als Qualitätsstahlwerk, das umsatzstarke Massenartikel wie Schienen und rollen-

des Eisenbahnmaterial sowie schwere Guss- und Schmiedestücke für den Maschinen- und Schiffbau erzeugte. Baare leitete den Bochumer Verein patriarchalisch-autoritär mit der Machtfülle eines Eigentümers, erlaubte sich aber auch massive Fehlentscheidungen u.a. bei Auslandsbeteiligungen und der Rohstoffversorgung des Werkes. Zugleich setzte er weit über das branchentypische Maß herausreichende Zeichen im Bereich des betrieblichen Sozialwesens. Gehörten der in den 1860er Jahren begonnene Werkwohnungsbaue und die Betriebskrankenkasse noch zum allgemeinen Standard, übertrafen die freiwilligen Sozialleistungen des Unternehmens etwa durch Pensions- und Unterstützungskassen diesen erheblich. Auch an der Umsetzung der Bismarck'schen Sozialversicherung der 1880er Jahre war Baare konzeptionell maßgeblich beteiligt. Es folgten Jahre der Expansion und Modernisierung. 1889 wurde die Aktiengesellschaft für Stahlindustrie mit ihren Anlagen an der Bessemerstraße übernommen, die 1870 von ehemaligen leitenden Angestellten des Bochumer Vereins als Konkurrenzunternehmen gegründet worden war. Bis zum Ersten Weltkrieg ergänzte der Bochumer Verein seine Rohstoffbasis u. a. durch den Ankauf der benachbarten Zechen Engelsburg und Carolinenglück sowie mehrerer Erz- und Kalkgruben. Dazu flossen umfangreiche Mittel in den systematischen Ersatz veralteter Anlagen, den Ausbau der Kapazitäten und die Energieversorgung. Auf dem Gelände des Bochumer Vereins entstand 1856 auch das erste Bochumer Gaswerk, das die Keimzelle der heutigen Stadtwerke bildete und zunächst zum Aufbau einer Straßenbeleuchtung genutzt wurde.

Als großes Problem erwies sich für die wirtschaftliche Entwicklung Bochums der anfangs fehlende Eisenbahnanschluss. Die seit Anfang der 1840er Jahre geplante und nach mehrjähriger Bauzeit 1848 in Betrieb gegangene Köln-Mindener Eisenbahn hatte sich im mittleren Ruhrgebiet vor allem aus Kostengründen für eine Trassenführung durch den dünn besiedelten Emscherbruch entschieden. Essen und Bochum wurden nicht berücksichtigt, obwohl beide Städte bedeutende finanzielle Zugeständnisse gemacht hatten. Somit lag der nächste Bahnhof in Herne, rund 8 km vom Bochumer Zentrum entfernt. Auch wenn er den Namen „Bochum-Herne“ trug, erschien das Oberzentrum dadurch in überregionaler Perspektive als Vorort des kleinen Emscherstädtchens, das zu dieser Zeit noch nicht einmal 1.000 Einwohner beherbergte. Erst als die Bergisch-Märkische Eisenbahn Mitte der 1850er Jahre Verbindungen zwischen den großen Hellwegstädten plante, rückte das Eisenbahnzeitalter auch für Bochum näher. 1860 lief der erste Zug aus Witten am neuen Bochumer Bahnhof an der Südgrenze der Stadt zu Wiemelhausen ein. Als zwei Jahre später die Linie über Essen und Mülheim nach Oberhausen und Duisburg verlängert und gleichzeitig die Strecke nach Dortmund fertiggestellt

worden war, konnten die Bochumer erstmals schnell weite Teile des Ruhrgebiets erreichen. Anfang der 1870er Jahre begann die Rheinische Eisenbahngesellschaft mit der Weiterführung ihrer Linie von Osterath im Rheinland über Bochum nach Dortmund und errichtete 1874 den zweiten Bochumer Bahnhof – „Bochum Rheinisch oder „Bochum-Nord“ genannt, sodass der Bergisch-Märkische Bahnhof die Bezeichnung „Süd“ erhielt. Auch die Landkreisdörfer wurden in dieser Zeit durch die Eisenbahn erschlossen. Im Ruhrtal nahm die Steele-Dahlhauser Eisenbahn 1863 ihren Verkehr auf und errichtete in Dahlhausen 1875 ein repräsentatives Bahnhofsgebäude. In Langendreer eröffnete 1860 die Bergisch-Märkische Eisenbahn parallel zu den Aktivitäten in Bochum einen Bahnhof und 1874 auch die Rheinische Eisenbahngesellschaft. In den folgenden Jahrzehnten entstand in allen Umlandgemeinden eine umfangreiche Bahninfrastruktur, an der sich zahlreiche Unternehmen und Zechen mit Anschlussgleisen beteiligten. Der Eisenbahnverkehr war somit allgegenwärtig und prägte das Bochumer Leben nachhaltig. Wie in anderen Ruhrgebietsstädten erreichte die Netzdichte annähernd 500 m pro km² und lag damit beim Fünffachen des deutschen Durchschnitts.

Parallel zur rasanten wirtschaftlichen Entwicklung explodierte durch den großen Arbeitskräftebedarf und den daraus resultierenden Zuzug aus allen Teilen Deutschlands die Einwohnerzahl Bochums. 1862 wohnten 10.000 Menschen in der Stadt, 1871 bereits 21.000 und 1880 dann 33.000. Bis 1890 stieg ihre Anzahl auf 57.000 und bis zur Jahrhundertwende auf 75.000. Ähnlich stürmisch verlief die Entwicklung in den Vororten. Langendreer viervierfachte seine Einwohnerzahl zwischen 1871 und 1900 auf 20.000, während Linden-Dahlhausen sie auf dasselbe Niveau verdreifachte. Den quantitativ größten Sprung machte Gerthe, das sich von einem 500-Seelendorf bis 1914 zu einer Kleinstadt mit 12.000 Bewohnern ausdehnte. Die Verstädterung erfolgte im 19. Jahrhundert weitgehend planlos, nur ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Produktion. Es entstanden punktuelle Siedlungsspitzen, die sich an den Standorten der Unternehmen orientierten, nicht aber an bestehenden Ortschaften. Im Mittelpunkt des Interesses lagen die industriellen Standortfaktoren wie Verkehrsverbindungen, die Rohstoffversorgung und im Ruhrgebiet besonders die Struktur des Steinkohlengebietes, die allein die Schachtansatzpunkte bestimmte. Um die neuen Betriebe siedelten sich Arbeiter und Angestellte an, denen bald Handwerker, Kaufleute und Dienstleister folgten, während die Kommunen sich um den Ausbau der Infrastruktur kümmerten. Auf Initiative der Unternehmen entstanden Arbeitersiedlungen. In Bochum sind besonders die Aktivitäten des Bochumer Vereins äußerst markant. Bereits in den 1860er Jahren ließ das Unternehmen gegenüber seinen Werksanlagen mit der Kolonie Stahlhausen eine Arbeitersiedlung errichten.



BOCHUM. Beckstraße.

Abb. 7: Die Große und Kleine Beckstraße, Postkarte 1923 gelaufen (Sammlung Dietmar Bleidick)

Kurz darauf begann die Erschließung des Griesenbruchs um den Springerplatz mit mehrgeschossigen Wohngebäuden, in die bevorzugt die Arbeiterschaft des Bochumer Vereins einzog. Aber auch die Zechen sorgten vielerorts für die Entstehung neuer Siedlungen wie etwa der Krupp-Konzern, der mit der Dahlhauser Heide in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine der größten Anlagen des Ruhrgebiets für die Zechen Hannover und Hannibal errichtete. Während das Bochumer Stadtgebiet bis zur Jahrhundertwende nahezu vollständig bebaut wurde und schließlich mehr als 10.000 Einwohner pro km² in drangvoller Enge beherbergte, erschloss sich der wohlhabendere Teil der Bevölkerung am Stadtpark ein repräsentatives Villenviertel. Der Stadtpark wurde ab 1876 auf dem Gelände der Vöde als erster kommunal finanzierter Park des Ruhrgebiets in mehreren Abschnitten angelegt und verfügt mit dem gastronomisch genutzten Parkhaus und dem Bismarckturm sowie dem in den 1930er Jahren eröffneten Tierpark bis heute über beliebte Ausflugsziele.

Da der seit den 1870er Jahren verstärkt entstehende technische Großbetrieb auf eine stetige Expansion ausgelegt war, verstärkten sich die Entwicklungseffekte gegenseitig. Zuliefernde und weiterverarbeitende Unternehmen ergänzten die Branchenstruktur, erweiterten die Gewerbeflächen und zogen weitere Arbeiter aus bevölkerungsreichen, aber beschäftigungsarmen ländlichen Regionen an. Bedeutende Beispiele sind die Maschinenfabrik Eickhoff mit

Sitz an der Alleestraße, die in den 1920er Jahren an den heutigen Standort im Ehrenfeld zog, die Maschinenfabrik Balcke, die Bochumer Eisenhütte Heintzmann, die Drahtseilfabrik Vennemann als Keimzelle der späteren Stahlwerke Bochum, der Kokereianlagenbauer Dr. C. Otto sowie die Maschinenfabriken Flottmann und Gröppel, die alle einen Produktionsschwerpunkt im Bergbausektor besaßen. Das Ergebnis war die typische Monostruktur des Ruhrgebiets, die sich im Verlauf der Kohlenkrise der ausgehenden 1950er Jahre schmerzhaft bemerkbar machen sollte. An sonstigem Gewerbe hervorzuheben sind vor allem mehrere Brauereien wie Schlegel, Scharpenseel, Müser und Fiege, die seit dem 18. Jahrhundert bestehende Tabakfabrik Cramer, eine Tapetenfabrik, eine Schürzenfabrik sowie

die Fahrzeugwerke Lueg. Im Laufe der Zeit dehnten sich die zu Arbeits- und Siedlungszwecken benötigten Gebiete aus und es entstanden industrielle Ballungszentren bzw. Teilstädte, deren Ausdehnung die ursprünglichen Siedlungsflächen der Gemeinden bei weitem überragte. Die alten Siedlungskerne wirkten mitunter wie Fremdkörper in den neuen Gebilden und dienten vielfach nur noch als Namensgeber oder Verwaltungssitz, dessen Bedeutung aber durch die stetige Neuordnung bzw. Anpassung der Verwaltungsstrukturen an die geänderten Bedingungen recht schnell verblasen konnte.



Abb. 8: Der Stadtpark, Blick vom Bismarckturm, Postkarte 1938 gelaufen (Sammlung Dietmar Bleidick)

Im Raum Bochum entwickelte sich so bereits im 19. Jahrhundert eine Art Sternstadt, deren Industriegemeinden sich als Unterzentren um das Oberzentrum gruppieren, aber weitgehend ein Eigenleben führten. Wichtige Funktionen waren jedoch in der Stadt Bochum konzentriert. Dazu gehörten die Gesundheitsversorgung, etwa durch das seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene Elisabeth-Krankenhaus, das Augusta-Krankenhaus sowie seit Ende der 1880er Jahre das Bergmannsheil hinter der Grenze zu Wiemelhausen, die Handelskammer von 1856, das Landratsamt, die seit 1838 bestehende Sparkasse, der Schlachthof, das Gymnasium und das Realgymnasium (heute Goetheschule), das Schwimmbad sowie das Land- und das Stadtgericht. Seit den 1870er Jahren saßen in Bochum zudem die Knappschaftsberufsgenossenschaft und das Wasserwerk, das 1902 durch ein Verbandswasserwerk der Gemeinden ergänzt wurde. Ende des Jahrhunderts folgte mit der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn (Bogestra) das erste Nahverkehrsunternehmen, das 1894 die Verbindung nach Herne in Betrieb nahm und bis zum Ersten Weltkrieg weite Teile des Stadtgebiets erschloss. Im Norden und Osten Bochums konkurrierte sie mit der von zahlreichen Gemeinden gegründeten Westfälischen Straßenbahn mit Sitz in Gerthe. Die Verbindungsadern zu den Unterzentren bildeten weiterhin die alten und noch heute nach ihrem Zielort benannten, radial auseinanderlaufenden Straßen nach Hattingen, Witten, Castrop, Dorsten, Herne und Essen, deren Ränder nun ebenfalls bevorzugt besiedelt wurden. Zwischen den Vorortgemeinden und Industrieansiedlungen lagen zu dieser Zeit noch größere Freiflächen, die erst im 20. Jahrhundert nach und nach geschlossen wurden. Das Ergebnis dieser weitgehend unorganischen, aber ruhrgebietstypischen Entwicklung lässt sich bis heute in Bochum beobachten. Während der Norden und Osten durch dichte Bebauung geprägt ist, konnten die südlichen Ortsteile, auch durch den frühen Niedergang des Bergbaus bedingt, stärker ihren ländlichen Charakter bewahren. In der Gesamtschau wird das Bild jedoch von mitunter scharf voneinander abgegrenzten Räumen unterschiedlicher Strukturen geprägt. So liegen Industrieflächen, Wohngebiete und Naturlandschaft in stetem Wechsel nebeneinander.

Nachdem die Ausdehnung der alten Innenstadt auf das gesamte Bochumer Stadtgebiet seit den 1870er Jahren eine gewisse Verlagerung des Zentrums hin zur neuen „Kortumstraße“ als Hauptverkehrsachse in Richtung Bahnhof Süd gebracht hatte, setzte in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ein rasanter Wandel im Stadtbild ein. Zahlreiche repräsentative Neubauten verdrängten weite Teile der an engen Gassen liegenden Fachwerkarchitektur und ließen das vorindustrielle Ambiente immer stärker verblassen. Dazu gehört das neue Rathaus, dem durch den Abriss des alten ein großer Vorplatz angegliedert

werden konnte, dessen Fläche den Wilhelmsplatz (heute Husemannplatz) mit dem schon damals dort vorhandenen Banken- und Gerichtsviertel übertraf. Das Rathaus löste auch die zwischen 1908 und 1910 im zweiten gehobenen Bochumer Wohnviertel, dem zu dieser Zeit neu erschlossenen Ehrenfeld südlich des Bahnhofs, errichtete Verwaltung des Allgemeinen Knappschaftsvereins als größtes Bochumer Gebäude ab. Der Sitz der in den 1920er Jahren in Reichsknappschaft und nach dem Zweiten Weltkrieg in Bundesknappschaft umbenannten bergmännischen Sozialversicherung markierte wie kaum ein anderer die Rolle Bochums als Verwaltungsstadt. Parallel zum Rathaus entstanden auf der gegenüberliegenden Straßenseite neben der Schlegelbrauerei die neue Hauptpost und neben dem bereits 1914 fertiggestellten Kaufhaus Alsberg (später Kortum) die Kommunalbank (Sparkasse), sodass die Bochumer Innenstadt über mehrere Jahre zur Großbaustelle wurde. Dazu trug auch die Hochlegung der die Stadt einkreisenden und den Straßenverkehr stark behindernden drei Bahnlinien auf Bahndämme bei. Bis heute ist das Bochumer Zentrum nur nach Unterquerung einer der 14 dabei entstandenen Brücken erreichbar. Weitere bedeutende Bauten waren die Westfalenbank (heute Kortum-Karree) und das Verwaltungsgebäude der Fahrzeugwerke Lueg an der Kortumstraße sowie in der Peripherie das Polizeipräsidium an der Umlandstraße, das Finanzamt und die Polizeikaserne neben dem Gefängnis an der Castroper Straße sowie im Ehrenfeld das Bürohaus Bochum, der spätere Sitz der Industriegewerkschaft Bergbau. Zusammen mit dem seit 1908 arbeitenden Stadttheater (heute Schauspielhaus) und dem 1929 eröffneten Park-Hotel Haus Rechen an der Königsallee, dessen Ausstattung höchsten Ansprüchen genügte, verfügte Bochum über ein gehöriges Maß an großstädtischem Flair.

An der starken montanindustriellen Prägung Bochums änderte diese Entwicklung jedoch nur wenig. Auch wenn die mit den Baumaßnahmen verbundene Ausdehnung des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors den Anteil der Montanindustrie an der Gesamtbeschäftigung von einem Höchststand von fast drei Vierteln nach der Jahrhundertwende auf 63 % Mitte der 1930er Jahre zurückdrängte, blieb ihre absolute Dominanz unberührt. Fast 80.000 der rund 300.000 Bochumer waren nun im Bergbau, der Stahlindustrie und ihren Nebenbranchen beschäftigt, sodass praktisch jede Familie von diesen Arbeitgebern abhing. Mit fast 20.000 Mitarbeitern war der Bochumer Verein mit Abstand der größte. Das Unternehmen hatte bereits nach dem Krieg seine Selbstständigkeit verloren und ging 1926 im Zuge der allgemeinen Rationalisierungs- und Konzentrationstendenzen in dem neu gegründeten Großkonzern Vereinigte Stahlwerke AG auf, der ihn als Werksgruppe und ab 1934 als Tochtergesellschaft führte. Zu dieser gehörten auch das ehemalige Werk der Westfälischen Stahlwerke (Rombacher Hütte) in Weitmar

an der Kohlenstraße und das kurz zuvor errichtete Zweigwerk in Höntrop an der Essener Straße, sodass der Bochumer Verein in Bochum nun über vier Standorte verfügte. Es folgte die Angliederung weiterer Unternehmen, darunter des Fahrzeug- und Maschinenherstellers Hanomag in Hannover. Ab 1930 konnte der Bochumer Verein seinen Eisenerzbedarf durch die Erzbahn schnell und kostengünstig über den Rhein-Herne-Kanal beziehen. Das Produktionsprogramm konzentrierte sich weiterhin auf Qualitäts- und Edelmehle sowie den Bereich der Stahlformgussstücke, in dem der Bochumer Verein unverändert eine führende Position besaß. Als zweites Großunternehmen etablierte sich in den 1920er Jahren die von der Bergbau AG Lothringen gegründete Eisen- und Hüttenwerke AG mit ihren neuen Werksanlagen an der Castroper Straße, den späteren Stahlwerken Bochum. Relativ stabil blieb der Anteil der Bochumer Zechen an der Gesamtförderung des Ruhrgebiets, der seit der Jahrhundertwende bei rund 12,5 % lag. Aufgrund ihrer rund 20 Zechen und mehr als dem Doppelten an Schachtanlagen galt Bochum neben Gelsenkirchen als zechenreichste Stadt Europas. Ihre besondere Bergbaunähe dokumentierte auch das Anfang der 1930er Jahre auf dem Gelände des ehemaligen Schachthofs eröffnete Bergbau-Museum, 1974 durch das Fördergerüst der ehemaligen Dortmunder Zeche Germania gekrönt und bis heute weltweit größtes seiner Art. Dazu kamen die „Bochumer Verbände“, mehrere Verkaufsgesellschaften für Nebenprodukte der Kokeiwirtschaft, aus denen u.a. die Aral AG hervorging, sowie der Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Alter Verband) als einflussreichster Branchengewerkschaft.

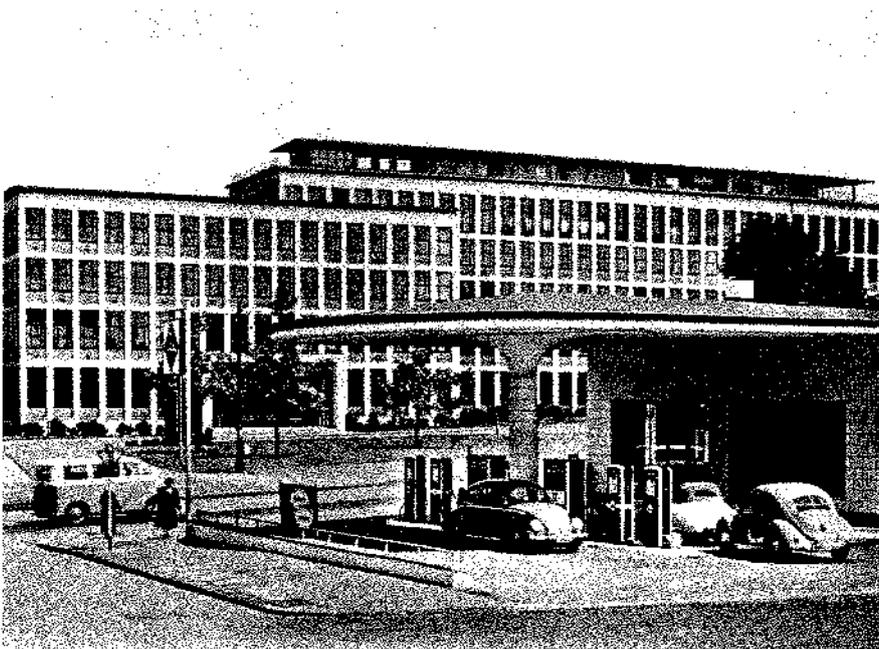


Abb. 9: Hauptverwaltung der BV-Aral AG an der Wittener Straße, um 1954 (Historisches Archiv BP/Aral)

Der Zweite Weltkrieg endete in Bochum am 10. April 1945, als US-amerikanische Truppen die Stadt besetzten. Durch die seit 1943 verstärkt einsetzenden Luftangriffe, deren negativen Höhepunkt der Großangriff vom 4. November 1944 bildete, waren große Teile der Innenstadt wie der Vororte zerstört worden. Mehr als die Hälfte der öffentlichen Gebäude und fast alle Kirchen waren nicht mehr benutzbar, rund ein Viertel des Wohnraums vollständig vernichtet, eine weitere Hälfte mittelschwer bis schwer beschädigt. Ähnliches galt für die Anlagen der Elektrizitäts- und Wasserversorgung und das Telefonnetz. Nach ersten Notmaßnahmen begannen 1946 die Trümmerbeseitigung und Instandsetzungsarbeiten, die vor allem durch die Knappheit an Baumaterial behindert wurden. Der systematische Wiederaufbau setzte 1948 nach der Währungsreform ein, als die Bochumer Stadtverwaltung einen umfangreichen Neuordnungsplan für die Innenstadt vorlegte. Kernpunkt der in den folgenden Jahren umgesetzten Maßnahmen war die verkehrstechnische Optimierung, sodass ein Großteil der angestammten Fluchtlinien aufgegeben wurde, die Grundstruktur der Vorkriegszeit aber erkennbar blieb. Neben einer Verlegung und vollständigen Beseitigung sowie der bevorzugten Verbreiterung von Straßen beinhaltete das Konzept die Schaffung einer Nord-Süd-Achse über die Königsallee, die Victoriastraße und die Hans-Böckler-Straße sowie einer West-Ost-Achse über die Massenbergstraße, die Bongardstraße und die Alleestraße. Zur Entlastung dieser Hauptradialen entstand der nach den Himmelsrichtungen

bezeichnete Innenring um den Stadtkern. Ein wichtiger Aspekt war auch die Verlegung des Hauptbahnhofes von dem schon länger als ungünstig angesehenen alten Standort. Mit der Inbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofes zwischen der Wittener Straße und der Universitätsstraße verband sich 1957 die Verlängerung der Huestraße als Eingangstor zur Innenstadt mit dem Dr.-Ruer-Platz und der weiterhin als Haupteinkaufsstraße fungierenden Kortum-Straße. Die Reste des alten Hauptbahnhofes, nach seiner Bedeutung für den ersten Katholischen Nachkriegskirchentag 1949 in Bochum als „Kirchentagsbahnhof“ bezeichnet, werden heute als Veranstaltungsort genutzt.

Damit verlagerte sich zum zweiten Mal innerhalb von 100 Jahren das städtische Zentrum, dessen Architektur bis heute in weiten Teilen den Wiederaufbau der 1950er und 1960er Jahre widerspie-

gelt. Während der größte Teil der erwähnten Funktionsgebäude vielfach original wiederaufgebaut wurde und nur das Park-Hotel und das Landratsamt diese Phase nicht überlebten, erinnern nur noch wenige Beispiele wie die Gaststätte Mutter Wittig oder das Brauhaus Rietkötter auf den ersten Blick an das alte Bochum. Teils musste vorhandene ältere Bausubstanz noch Jahrzehnte nach Kriegsende Neubauten weichen, teils wurden die Fassaden dem neuen Bild angepasst. Im Bereich des Bahnhofs



Abb. 10: Die Bochumer Innenstadt, Postkarte 1965 gelaufen (Sammlung Dietmar Bleidick)

und der Massenbergstraße entstand ein Ensemble an Neubauten, darunter bereits 1952 das seinerzeit modernste Stadtbad Deutschlands, in dem im Folgejahr die Deutschen Schwimmmeisterschaften stattfanden, das Arbeitsamt, die Hauptverwaltung der Stadtwerke, ein Berufsschulzentrum, als Erweiterung des angestammten Sitzes das Verwaltungsgebäude der BV-Aral AG sowie nebenan an der Wittener Straße die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie. Im Bereich des Wohnungsbaus sind erneut vor allem die Aktivitäten des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie zu nennen, die über ihre Wohnungsbaugesellschaften wie die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten oder die Rheinisch-Westfälische Wohnstätten AG zahlreiche Siedlungen entstehen ließen. Dazu gehören etwa das für die 1950er Jahre typische Pestalozzi-Dorf sowie mehrere Häusergruppen in Weitmar für die Zeche Prinz Regent, in Weitmar-Bärendorf eine Großsiedlung des Bochumer Vereins mit 1.600 Wohnungen sowie im Wattenscheider Raum Anlagen an der Lohrheide für die Zeche Holland und in Eppendorf für die Zeche Engelsburg. Durch den enormen Aufschwung beider Branchen stieg die Bochumer Bevölke-

rung auf einen Höchstwert von 367.000 im Jahr 1962.

Schon in dieser Zeit war jedoch mehr als deutlich, dass die Krise des Ruhrbergbaus keine kurzfristige konjunkturelle Schwankung darstellte, sondern vielmehr ein tiefgreifendes Strukturproblem. Deutsche Steinkohle war im Vergleich zur Importkohle und unter dem Konkurrenzdruck des Mineralöls nicht mehr wirtschaftlich zu fördern. Besonders betroffen waren Bochumer Zechen, die aufgrund ihrer südlichen Lage im Ruhrgebiet schon seit den 1920er Jahren mit dem geologisch ungünstigen Steinkohlengebirge und folglich hohen Förderkosten zu kämpfen hatten. Nachdem viele Bergleute schon 1958 zu ersten Feierschichten gezwungen worden waren, verdichtete sich 1959 die Gewissheit, dass in Bochum als erster Bergbaugroßstadt umfangreiche Stilllegungen bevorstanden. Die nun aufkommenden Massenproteste verhinderten nicht, dass zwischen 1960 bis 1964 acht Großzechen mit rund 20.000 Arbeitsplätzen ihren Betrieb einstellten, darunter allein 8.000 in den drei Zechen Prinz-Regent, Friedlicher Nachbar und Engelsburg der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, dem seit dem 19. Jahrhundert größten Unternehmen der Branche. Auch in den folgenden Jahren verging kaum ein Jahr ohne Zechenschließung, sodass Bochum 1973 nach der Betriebs-einstellung von Hannover-Hannibal als erste Großstadt des Ruhrgebiets keinen

Bergbau mehr besaß.

Die Krise erfasste in den 1960er Jahren auch die Stahlindustrie, deren Standort- und Kostensituation angesichts des weltweiten Aufbaus neuer Erzeugungskapazitäten ebenfalls an Konkurrenzfähigkeit einbüßte. Es folgten massive Stilllegungs- und Konzentrationsbewegungen, die erst Ende der 1990er Jahre mit der Entstehung der ThyssenKrupp AG weitgehend abgeschlossen waren. Der Bochumer Verein geriet bereits Ende der 1950er Jahre unter den Einfluss des Krupp-Konzerns, der ihn Mitte der 1960er Jahre mit seiner Tochtergesellschaft Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG zur Fried. Krupp Hüttenwerke AG fusionierte. Umgehend begann die Schließung zahlreicher Produktionsstätten, darunter 1968 der Hochofenanlage, mit deren Abriss in Bochum die Roheisenerzeugung endete, und bis 1985 von drei der vier Werksstandorte. Erhalten blieben das ThyssenKrupp Edelstahlwerk in Höntrup sowie das vom Bochumer Verein Verkehrstechnik GmbH genutzte Schmiedewerk. In den 1990er Jahren wurden im alten Stammwerk an der Allee-straße die Jahrhunderthalle – heute Veranstaltungsort und Ankerpunkt der Route der Industriekultur – und die meis-

ten der angrenzenden Maschinenhallen unter Denkmalschutz gestellt. Im Rahmen des Projektes „Innenstadt West“ folgte die Umnutzung des ehemaligen Industriegebietes mit seinen attraktiven Bauten zu einem 38 ha großen Park. Auch das zweite große Stahlunternehmen, die Stahlwerke Bochum, halbierte die Anzahl seiner Mitarbeiter in den 1960er Jahren auf rund 3.300.

Obwohl Bochum damit innerhalb von 15 Jahren rund 50.000 Arbeitsplätze in den beiden traditionellen Leitbranchen verloren hatte, machte sich dies in den Arbeitslosenzahlen nicht bemerkbar. Die Quote erreichte 1973 gerade 2,5 %, um sich dann durch die allgemeine Wirtschaftskrise bis Mitte des Jahrzehnts mehr als zu verdoppeln. Ein Grund war der Bevölkerungsrückgang auf 351.000, der einen Teil der Verluste kompensierte. Eine erheblich größere Bedeutung besaß jedoch der erfolgreiche Strukturwandel, der in Bochum mit zwei grundlegenden Entwicklungen verbunden war. Schon in den 1950er Jahren bemühte sich die Stadtverwaltung trotz des Mangels an freien Flächen für Gewerbeansiedlungen erfolgreich um eine Diversifizierung der Wirtschaft. 1956 zog mit den Radio- und Fernsehwerken Graetz die zwischenzeitlich die modernste und größte Fernseherproduktion Europas mit bis zu 4.500 Beschäftigten nach Riemke. Damit wurden in Bochum erstmals in größerem Umfang Industriearbeitsplätze für Frauen geschaffen. 1989 übernahm der finnische Konzern Nokia den Standort und baute mit bis zu 2.300 Beschäftigten Mobiltelefone, bis auch diese Episode 2008 mit der überraschenden Schließung und Verlagerung der Produktion ins Ausland endete. Der größte Erfolg war jedoch mit der Ansiedelung des Opel-Werkes verbunden, das 1962 nach zweijähriger Bauzeit auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Dannenbaum in Laer die Produktion des neuen Volumenmodells „Kadett“ aufnahm. Mit seinem hohen Arbeitskräftebedarf, der sich nach der Inbetriebnahme der beiden Zweigwerke auf der Zeche Bruchstraße in Langendreer u.a. zur Motoren- und Getriebefertigung noch verstärkte, fing es nicht nur zahlreiche der entlassenen Bergleute auf, sondern sorgte dazu für einen Zuzug in die Region. In Steinkuhl und Laer entstanden unweit des Werkes mehrere Wohngebiete. Ende der 1970er Jahre beschäftigte Opel in Bochum als mit Abstand größter Arbeitgeber rund 20.000 Mitarbeiter, die neben dem „Kadett“ auch den „Ascona“ sowie den „Opel GT“ bauten. Es folgten der „Astra“ und der „Zafira“. Nachdem Opel seit Ende der 1990er Jahre infolge der Modellpolitik und Unternehmensstrategie des Mutterkonzerns General Motors massiv an Marktanteilen verloren hatte, kursierten immer wieder Schließungsgerüchte, die GM schließlich 2012 bestätigte. Ende 2014 endet in den Bochumer Opelwerken nach mehr als 50 Jahre die Fertigung und macht unter anderem ein Paketverteilungszentrum Platz.

Der zweite grundlegende Schritt betraf die Weiterentwicklung Bochums zum Bildungsstandort mit überregionaler Bedeutung. 1961 fiel die Entscheidung zum Aufbau der ersten großen Nachkriegsuniversität und zugleich der ersten Universität im Ruhrgebiet zugunsten von Bochum, das sich gegen zahlreiche Mitbewerber wie Dortmund und Essen durchgesetzt hatte. Ein nicht unbedeutender Faktor war die Bereitstellung des Geländes in Querenburg, das die Stadt bis dahin zur Erschließung durch Wohnbebauung vorgesehen hatte. Anfang 1965 begann der Lehrbetrieb in ersten Gebäuden, doch blieb die Ruhr-Universität bis in die 1970er Jahre, als das Audimax fertiggestellt wurde, eine Baustelle. Parallel zu den Funktionsbauten entstand die „Universitätswohnstadt“, die Hustadt, mit Einkaufszentrum und zahlreichen Hochhäusern im typischen Stil der Zeit. In Richtung Stadt ergänzten bald der „Professorenhügel“ mit Einfamilienhäusern und weitere Großwohnbauten an der Markstraße das Bild. Nach achtjähriger Planungs- und Bauzeit erweiterte 1979 die Fachhochschule Bochum, heute Hochschule Bochum, das akademische Bildungsangebot.

Für die Verkehrsanbindung sorgte der 1972 beendete mehrstufige Ausbau der Universitätsstraße zwischen Bochumer Stadtmitte und Langendreer, die zum einen günstigen Anschluss an die kurz zuvor zwischen Wuppertal und Recklinghausen fertiggestellte A 43 bot. Bereits 1963 war das erste Teilstück der Bochumer Stadtautobahn „NS VII“ zwischen Opelring und dem 1960 eingeweihten Bochumer Abschnitt des Ruhrschnellwegs (A 430, A 40) eröffnet worden, sodass Bochum nun an drei Seiten von Autobahnen bzw. mehrspurigen Ausfallstraßen eingerahmt wurde. Die in den 1970er Jahren von vielen Seiten geforderte südliche Ost-West-Autobahn „Dü-Bo-Do“ lehnte die Stadt dagegen ab. Der Abschnitt der A 44 zwischen Velbert und Bochum wurde daher nicht umgesetzt. Die in den 1980er Jahren durchgebaute und seither mit den Namen der vier Bochumer Partnerstädte Sheffield, Oviedo, Nordhausen und Donezk bezeichnete „NS VII“ als Entlastung der A 40 stellt ab 2015 als A 442 eine eigenständige Autobahn mit dem Charakter eines Ersatzstückes der A 44 dar. Ein absolutes Novum im Zeitalter der Massenmotorisierung bot Bochum dem Autofahrer durch die 1961 eröffnete erste Tiefgarage Deutschlands unter dem Dr. Ruer-Platz. Den Trends moderner Verkehrsplanung entsprechend, begann in den 1970er Jahren auch die Verlegung des Öffentlichen Personennahverkehrs unter die Erde. 1979 wurde die erste Teilstrecke der neuen U-Bahn zwischen Hauptbahnhof und Bergmannsheil eingeweiht, der bis nach der Jahrtausendwende weitere Abschnitte folgten, darunter 1988/93 die bedeutende Verbindung U 35 zwischen Herne und der Ruhr-Universität.

In den 1960er Jahren entstanden zahlreiche weitere repräsentative, weil einzigartige Bauten, die seither das Stadtbild prägen und als unverkennbares Aushängeschild Bochums dienen. Dazu gehört etwa das 1964 an der Witterener Straße eröffnete Planetarium, damals wie heute weltweit eine der modernsten Einrichtungen ihrer Art, die heute nach dem Hamburger Planetarium die höchsten Besucherzahlen der neun deutschen Planetarien erreicht. Ebenfalls auf das Weltall ausgerichtet ist die Sternwarte Bochum in Sundern, die nach bescheidenen Anfängen in der Nachkriegszeit 1957 unvermittelt Berühmtheit erlangte durch die Registrierung der Funksignale des ersten künstlichen Satelliten in der Erdumlaufbahn, des sowjetischen „Sputnik“, der zugleich den Beginn der sowjetischen Raumfahrt markierte. 1967 nahm das „Institut für Satelliten- und Weltraumforschung“ in seinem Neubau eine Parabolantenne von 20 m Durchmesser in Betrieb, eine der größten in Europa. Auch der 1964 eröffnete Ruhr-Park war als zweites Einkaufszentrum in Deutschland nach US-amerikanischen Muster eine Neuheit. Nach anfängs 24.000 m² Mietfläche und einer Mischung aus Kaufhäuser und kleineren Fachgeschäfte gehört der Ruhr-Park mit inzwischen 125.000 m² weiterhin zu den bundesweit größten Zentren. 1991 eröffnete hier das UCI-Kino, mit 4.200 Plätzen seinerzeit ebenfalls das größte in Deutschland. Nicht mehr vorhanden, sondern 2003 nach jahrzehntelangen Diskussionen um Baumängel und einen notwendigen Neubau durch das moderne Veranstaltungszentrum RuhrCongress Bochum ersetzt, ist die 1964 neben dem Stadion errichtete Ruhrlandhalle. Sie war die erste der Größe der Stadt entsprechende Veranstaltungshalle, nachdem zuvor eine ehemalige Werkshalle des Bochumer Vereins an der Kohlenstraße genutzt worden war, die 1949 bereits Zentrum des Katholikentags gedient hatte. Seit 1962 überragt das Europa-Haus die Stadtmitte.

Dass in den beiden folgenden Jahrzehnten der Bauboom abebbte und die Stadt sich nicht mehr so rasant veränderte, lag zum einen an dem vorhandenen Bestand an Funktionsgebäuden, aber auch an wirtschaftlichen Problemen, die Bochum seit Ende der 1970er Jahre zunehmend erfassten. 1975 hatte die Stadt durch die von langjährigen Streitigkeiten begleitete Zusammenlegung mit Wattencheid im Rahmen der letzten großen Gebietsreform, die auch Wanne-Eickel und Herne vereinigte, einen Bevölkerungszuwachs um 80.000 auf einen neuen Höchststand von 435.000 erfahren. Als Reaktion auf die damit verbundenen neuen Verwaltungsaufgaben wurde bis 1978 hinter dem Rathaus das Bildungs- und Verwaltungszentrum als Sitz von Stadtbücherei, Volkshochschule, Liegenschafts-, Sozial- und Jugendamt eröffnet und kurz darauf das Rathauscenter als innerstädtisches Einkaufs- und Verwaltungszentrum. Auch das Amts- und Landgericht erhielt durch den Neubau am Husemannplatz eine

bedeutende Erweiterung. Es folgten 1979 das Ruhrstadion (heute Vonovia Ruhrstadion nach dem Sponsor Vonovia AG) als Spielstätte des VfL Bochum mit seinerzeit rund 50.000 und heute rund 30.000 Plätzen, im folgenden Jahr der Kemnader Stausee mit seinen Freizeiteinrichtungen und 1983 das Museum Bochum am Stadtpark als Unterkunft der Städtischen Kunstsammlung. Einen gewissen Abschluss bildete vorerst das von der Stadt errichtete und ebenfalls höchst umstrittene Gebäude des Musicals Starlight Express von Andrew Lloyd Webber, das 1988 Premiere feierte und trotz aller Unkenrufe bald zur Bochumer Institution aufstieg. Von Seiten der Privatwirtschaft ist vor allem das 1975 bezogene „Bomin-Haus“ als Hauptsitz der größten privaten Mineralölgesellschaft Deutschland, der Bochumer Mineralölgesellschaft, zu erwähnen. Nach ihrer Pleite 1983 übernahm die heutige Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See das Gebäude als Erweiterung ihrer alten Verwaltung im Ehrenfeld.

Die „Bomin“ war nicht das einzige Unternehmen, das in dieser zweiten Entindustrialisierungswelle aus Bochum verschwand, die bevorzugt Vertreter des Maschinenbaus und der Bauwirtschaft erfasste. Beispiele sind die Konkurse alteingesessener Mittelständler wie der Maschinenfabrik und Eisengießerei Wolff in Linden 1978, des Ehrenfelder Maschinenbauunternehmens Mönninghoff 1984 sowie des Straßen- und Tiefbauunternehmens Gebr. Vogel in Langendreer, dem größten seiner Art in Bochum, 1985. Dazu kam ein weiterer Schrumpfungsprozess bei der Eisen- und Stahlindustrie und bei Opel, der Ende 2014 dann mit der Schließung des Werkes endete. In der Folge erfasste die Entwicklung auch Handel und Konsumgüterindustrie. 1986 schloss das Kaufhaus Wertheim, während das Traditionshaus Kortum noch einige Jahre dahingelegte und Mitte der 1990er Jahre ebenfalls aufgeben musste. Schon zuvor hatten die Müser-Brauerei und die Schlegel-Brauerei ihre Produktion eingestellt. Diese erneuten Verluste von mehreren Tausenden Arbeitsplätzen waren nun nicht mehr kompensierbar, und die Arbeitslosenquote erreichte 1986 mit 15 % einen absoluten Maximalwert, um bis heute auf einem Niveau von 10 % zu verharren. Die Bochumer Bevölkerung reduzierte sich vor diesem Hintergrund innerhalb von nur einem Jahrzehnt um rund 10 % auf noch 390.000, aktuell sind es 370.000.

Die genannten Beispiele zeigen, dass sich Bochum weiterhin im Strukturwandel befindet bzw. die Entwicklungen der vergangenen Jahre die Stadt zu einem weiteren Strukturwandel herausfordern. Architektonische Perspektiven in den Bereichen Gewerbe und Verwaltung bilden das 2013 fertiggestellte „exzenterhaus“, das den Hochbunker an der Universitätsstraße in ein modernes Gebäude integriert und als Landmarke mit einer Höhe von 89 m zu den höchsten Bauten des Ruhrgebiets gehört. 2018

wird am Ostring ein neues Gerichtszentrum bezogen, sodass die freiwerdenden Flächen des alten am Husemannplatz zusammen mit dem ebenfalls funktionslos gewordenen alten Postamts am Rathaus neues städtebauliches Potenzial in der Innenstadt bieten. Auf dem ehemaligen Opel-Gelände, das unter dem Namen „Mark 51.7“ vermarktet wird, entsteht ein neues zentrales Auslieferungslager der DHL und auch die Ruhr-Universität verfolgt Pläne zur Nutzung. Neben der aktiven Wirtschaftsförderung liegt das zentrale Interesse auf einer Stärkung des Standorts im Zukunftssektor Wissenschaft sowie beim kulturellen Angebot. Bereits seit längerem gehören

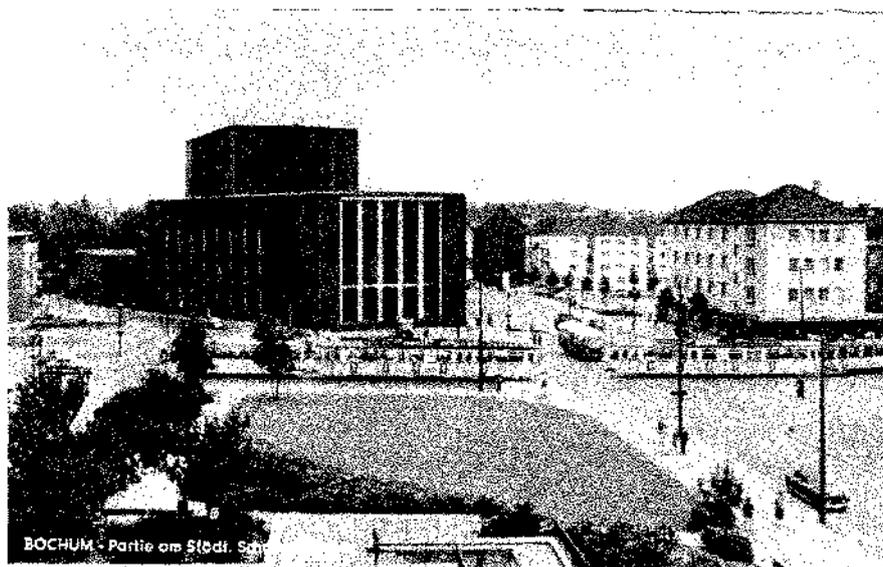


Abb. 11: Das Bochumer Schauspielhaus, Postkarte 1958 gelaufen (Sammlung Dirk Ernesti)

die zahlreichen in Bochum ansässigen Hochschulen zu den größten Arbeitgebern mit mehr als 6.000 Beschäftigten in Wissenschaft, Forschung und Verwaltung. Neben den erwähnten Großeinrichtungen zählen im 2008 etablierten Verbund „UniverCity Bochum“ dazu die aus der Bergschule hervorgegangene Technische Hochschule Georg Agricola, die Fachhochschule Bund für öffentliche Verwaltung, die EBZ Business School und die Evangelische Fachhochschule. Dazu kommen mehrere seit der Jahrtausendwende angesiedelte Technologiezentren, die von der Nähe zu den Bildungsinstitutionen profitieren. Eine bedeutende Erweiterung des Angebots war 2011 mit der Eröffnung der Hochschule für Gesundheit verbunden, der ersten staatlichen Hochschule für Gesundheitsberufe in Deutschland überhaupt. Ihre Ansiedlung ergänzte die Bochumer Bildungslandschaft um einen weiteren zukunftssträchtigen Bereich, von dem die Stadt sich positive Rückwirkungen auf Standortentscheidungen von Dienstleistern und produzierenden Unternehmen im Gesundheitswesen verspricht. Auch die Kulturszene verzeichnete in den vergangenen Jahren mehrere bedeutende Entwicklungen. Ende Oktober 2016 erhielten die seit 1920 existierenden

Bochumer Symphoniker im Zentrum an der Victoriastraße eine eigene Spielstätte. Das „Anneliese Brost Musikforum Ruhr“ verbindet einen Neubau mit der 140 Jahre alten Marienkirche. 2014 wurde zudem das Folkwang Theaterzentrum Bochum der Essener Folkwang Hochschule eröffnet, das die Tradition der seit Anfang der 1960er Jahre in Bochum bestehenden Westfälischen Schauspielschule weiterführt. Auch das 2009 in Bochum im Hinblick auf das folgende Kulturhauptstadtjahr entstandene und mittlerweile etablierte Streetart-Projekt „Urbanatix“ hat hier weiterhin seinen festen Standort. Das breite Kulturangebot ergänzen eine aktive freie Theaterszene sowie zahlreiche Musikfestivals wie „Bochum Total“, das „Zeltfestival Ruhr“, „Kemnade international“ und der „Bochumer Musiksommer“. Als Ausklang eines kulturreichen Tages bietet sich ein Besuch im „Bermuda3Eck“ an, dem vielfältigsten und, wie der Name bereits andeutet, vielleicht auch ‚berühmtesten‘ Gastronomiezentrum des Ruhrgebiets.

Was macht Bochum nun heute aus? Kontinuität und Wandel der vergangenen 30 Jahre vermittelt wohl kaum jemand besser als Herbert Grönemeyer in seiner Hymne an seine Heimatstadt.

Auswahlbibliografie

- Bähr, Manfred: Bochumer Zechen. Eine Datensammlung 1620-1974, Bochum 2012
- Brinkmann, Karl: Bochum. Aus der Geschichte einer Großstadt des Reviers, 2. Aufl. Bochum 1968
- Bund deutscher Architekten, Kreisgruppe Bochum (Hg.): Bauen in Bochum, Bochum 1986
- Darpe, Franz: Geschichte der Stadt Bochum, Bochum 1894
- Mittag, Jürgen/Wölk, Ingrid (Hg.): Bochum und das Ruhrgebiet. Großstadtbildung im 20. Jahrhundert, Essen 2005
- Pätzold, Stefan (Hg.): Bochum, der Hellwegraum und die Grafenschaft Mark im Mittelalter, Bielefeld 2009
- Rudzinski, Marco: Ein Unternehmen und „seine“ Stadt. Der Bochumer Verein und Bochum vor dem Ersten Weltkrieg, Essen 2012
- Wagner, Johannes Volker (Hg.): Wandel einer Stadt. Bochum seit 1945, Bochum 1993
- Wiel, Paul: Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets, Essen 1970

Nicole Nunkesser

Der Sturz des Denkmals im Bochumer Stadtpark 1983 – Umgang mit Erinnerung

Text und kommentierte Übersetzung

1 Einleitung

Der Beitrag diskutiert exemplarisch das 1935 durch die Nationalsozialisten im Bochumer Stadtpark platzierte, eingeweihte und instrumentalisierte Kriegerdenkmal zu Ehren der im Ersten Weltkrieg Gefallenen des 4. Magdeburgischen Infanterieregiments Nr. 67. Das Denkmal wurde 1983 durch unbekannte TäterInnen gestürzt. Infolge des Sturzes entbrannte in Bochum eine politische Diskussion um die Zukunft dieses und vergleichbarer Denkmäler. Der Rat der Stadt beschloss 1984, es nicht wiederzuerrichten, ließ an dem ursprünglichen Standort eine Gedenktafel anbringen und übergab das Denkmal dem Stadtarchiv zur Einlagerung. Hier wurde es nach über 30 Jahren 2014 Teil einer Ausstellung, in dem es nun liegend, nach vorne gekippt wie nach dem Sturz, kuratiert ist. Am Beispiel dieses Denkmalsturzes lässt sich sehr schön der Widerspruch diskutieren, dass ein Denkmal jahrzehntelang wenig Aufmerksamkeit erfuhr, bis es sich plötzlich nicht mehr am ursprünglichen Ort befand.

1.1 Denkmal – Begriff

Denkmäler stehen als Stellvertreter oder Platzhalter öffentlicher kollektiver Erinnerung. Mit dem Anspruch, für die Ewigkeit erbaut zu sein, versuchen ihre Stifter, den ihnen zgedachten Erinnerungszweck über Generationen hinweg zu konstituieren. Denkmäler verkörpern in diesem Kontext eine Markierung des öffentlichen Raumes, der damit durch jenes Denkmal besetzt wird.¹ Die Auswahl des Standortes unterliegt hierbei strategischer Sorgfalt. In die deutsche Sprache eingeführt wurde der Begriff „Denkmal“ durch Martin Luther, basierend auf der Übersetzung des griechischen Wortes „mnemosynon“ (Gedächtnisstütze).² Für Schneider stellen Kriegerdenkmäler „auf ewige Dauer errichtete künstlerische Objekte [dar], die den Anspruch erheben, an im Krieg gefallene, vermißte oder aufgrund von Kriegseinwirkungen verstorbene Soldaten [...] zu erinnern“.³ Mittig und Plagemann weisen auf den Denkmälern zugrundeliegenden appellativen Charakter hin. So würden die Denkmalstifter hiermit

¹ Jaworski 2007, S. 179.

² Scharf 1984, S. 8; zitiert nach Jochmann 2001, S. 19.

³ Schneider 1988, S. 3.

nicht an die Vergangenheit erinnern, sondern die Gegenwart beeinflussen und gestalten wollen.⁴ Hierbei gilt es jedoch weiter zu beachten, dass es Denkmäler aus ihrem zeitgenössischen Kontext heraus zu lesen gilt, wobei insbesondere die zum Teil pluralistischen und sich durch verschiedene Diskurse abzeichnenden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen konstitutiv in die Interpretation einbezogen werden sollten. Dies wiederum kann nur mit entsprechenden Interpretationshilfen einhergehen.

1.2 Denkmalsturz – Intervention im öffentlichen Raum

Ein Denkmal versinnbildlicht eine Meinung, die als solche moralisch aufgeladen ist. Was aber passiert, wenn der Anblick eines Denkmals und die Auseinandersetzung mit diesem Widerstand auslöst? Welche Handlungsoptionen bleiben angesichts des Gefühls, sich dieser versinnbildlichten Meinung, die das Denkmal transportiert, ohnmächtig ausgeliefert zu sehen? Ein entscheidender Punkt ist dabei, dass Denkmäler im Fokus von gesellschaftlichen Konflikten stehen, diese vielmehr erst zum Ausdruck bringen. Damit befinden sie sich einerseits inmitten unserer Alltagswelt, stehen unverwüsthlich am gewohnten Platz, einfach so, und werden andererseits mitunter übersehen. Gar „unsichtbar“ werden Denkmäler nach ihrer Errichtung und gegen die „Aufmerksamkeit imprägniert“, beteuerte Robert Musil 1927. Die Motive von Denkmalstürzen sind vielfältig, eines begründet sich in der Veränderung politischer Machtverhältnisse. Ein Beispiel dafür sind die vielen Lenin- und Stalin-Denkmäler, die nach dem Umbruch in Osteuropa zum Teil gegen Protest verschwinden sollten, oder aber wiederum entgegen den Mehrheitsbeschluss gestürzt worden sind.

2 Errichtung und Sturz des „Ehrenmals der 67er“

2.1 Einweihung des Denkmals 1935

Das Kriegerdenkmal wurde am 18. August 1935 zu Ehren der im „Weltkriege 1914-1918 gebliebenen Helden des 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 67“ mit einer an die Öffentlichkeit gerichteten Feierlichkeit unter nationalsozialistischer Inszenierung im Eingangsbereich Bergstraße des Stadtpark Bochums eingeweiht (Abb. 1). In der ersten Beilage der Volks-Zeitung vom 19. August 1935 wird die „Weihe der 67er“ durch „Gewaltige Beteiligung aller Kameradschaften – Ueberfüllte Festsäle – Die Bevölkerung nahm innigen Anteil – Bochums Gastfreundschaft findet lobende Anerkennung“ beschrieben.

⁴ Mittig/Plagemann 1972, S. 7.

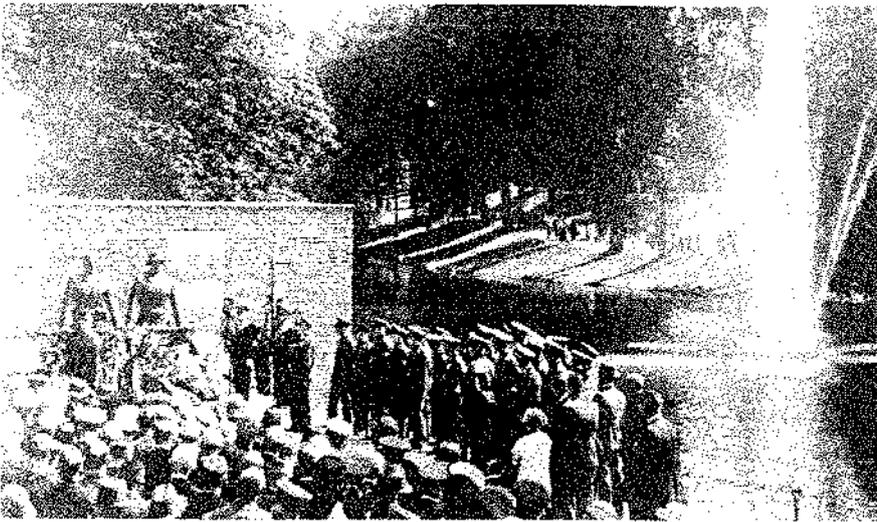


Abb. 1: Einweihung des Ehrenmals der 67er (Quelle: Bestand V K5, Stadtarchiv Bochum)

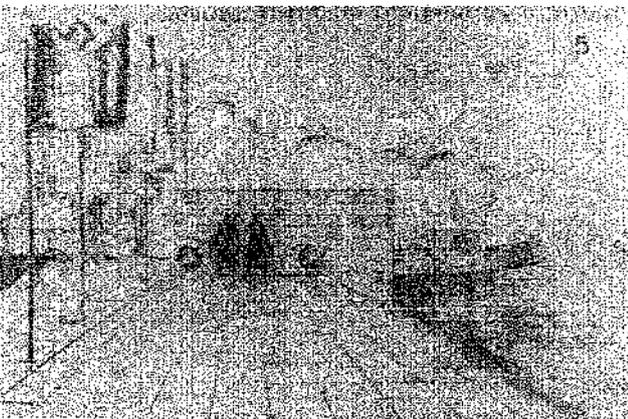


Abb. 2: Entwurf des Ehrenmals für den Stadtpark Bochum durch Prof. Walter Johannes Becker (Quelle: Eigenes Foto WVZ 29/30 12 34 V K5, Stadtarchiv Bochum)

Das ca. 2,70 m hohe, ca. 3 m breite und ca. eine Tonne schwere bronzene Denkmal stellt zwei Soldaten dar. Der linke Soldat trägt die Uniform des kaiserlichen Heeres und einen Verband am Kopf. Die Uniformierung der Wehrmacht kennzeichnet den anderen Soldaten mit Stahlhelm als Vertreter des NS-Regimes (und dies nicht zuletzt durch ein Hakenkreuz auf der Seite seines Helmes). Die Verbundenheit der beiden Soldaten spiegelt sich mit Wagner gesprochen durch die Weitergabe der Fahne an den „wehrhaften Soldat des neuen, des nationalsozialistischen Staates“.⁵ Bochum wurde als Standort des Denkmals gewählt, da die Ersatzjahrgänge des Regiments vornehmlich aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet stammten. Der Eingangsbereich des Stadtparks wurde nach der Machtübernahme

⁵ Wagner 1983, S. 298.

durch die Nationalsozialisten zwischen 1934 und 1935 aufwendig umgestaltet. Die Stadtparkeinfriedung mitsamt des Haupteingangstores aus dem Jahr 1900 wurde beseitigt und das Teichufer an der Bergstraße rechtwinklig eingefasst und um eine Treppenanlage erweitert.⁶ Vor dem Denkmal wurde ein Platz mit Natursteinplatten arrangiert, an den sich rechts eine Treppe zum Teich anschloss.⁷

Der Entwurf des Soldatendenkmals geht auf den Bildhauer Prof. Walter Johannes Becker (1890-1952) aus Dortmund zurück (Abb. 2). Die Reichskulturkammer sprach sich innerhalb eines öffentlichen Wettbewerbs für Beckers Entwurf aus, denn hier verbinde

„sich das alte Reich mit dem dritten Reiche durch gemeinsames Festhalten am Symbol beider Reiche, an der ruhmreichen Fahne“.⁸



Abb. 3: „Feldgraue Kämpfer der Ruhr“ (Quelle: Bestand V K5, Stadtarchiv Bochum)

In der zeitgenössischen Presse (Abb. 3) wird einen Tag vor der geplanten Feierlichkeit festgehalten:⁹ „[...] vor einem monumentalen, acht Meter breiten und 3,5 Meter hohen in Ruhrsandstein errichteten Block stehen erdverbunden, ohne Erhöhung, in heroischer Haltung zwei bronzene Soldatenfiguren, das alte und das neue Deutsche Heer verkörpernd. Der Soldat des alten Deutschen Heeres umfaßt gemeinsam mit dem jungen Soldaten der neu erstandenen Wehrmacht die Fahne zum unauslösli-

⁶ Weisser 2015, S. 63.

⁷ Ebd., S. 137.

⁸ Allgemeine Wattenscheider Zeitung vom 4. August 1934.

⁹ Artikel „Feldgraue Kämpfer der Ruhr“ vom 17. August 1935.

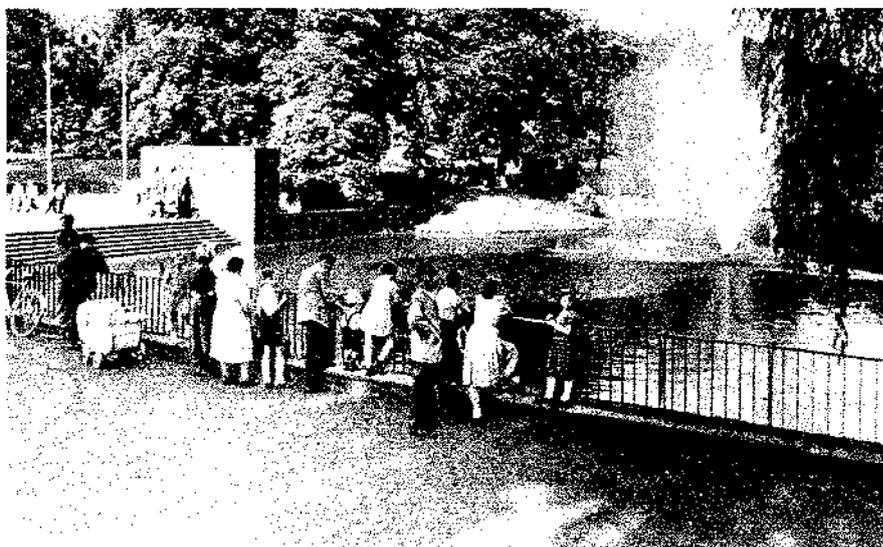
chen Schwur, das Leben für das Vaterland einzusetzen. Für beide ist die Fahne das Symbol der Waffenehre und der alten Soldatentugend.“

Zunächst gedacht als Kriegerdenkmal, erhielt es zugleich neuen Symbolcharakter. Dies geschah einerseits durch seine künstlerische Umsetzung im Sinne nationalsozialistischer Kunstauffassung. Darüber hinaus spielte aber auch die umfangreiche Inszenierung der Feierlichkeit mit Kranzniederlegungen und Ansprachen damals bedeutender Persönlichkeiten eine Rolle. Dieser Symbolcharakter hebt auf die Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten ab und lässt sich nach Wagner dahingehend lesen, dass die Bevölkerung zunächst bereit „für einen neuen Waffengang“ gestimmt werden sollte.¹⁰ So heißt es in der im Juli 1935 in Bochum erschienenen Festnummer anlässlich der Einweihung des Ehrenmales: „Möge jeder 67er freudigen Herzens am 18. August am Denkmal in Bochum stehen in dem Gedanken, daß die Toten nicht umsonst gefallen sind; denn in Deutschland geht es wieder aufwärts und die Armee erstarkt nach dem Willen des Führers“.

Auf der Stirnseite des Sandsteinblocks wurde ein großer Stein angebracht mit der Widmung: „Den im Weltkriege 14/18 gebliebenen Helden des 4. Magdeburgerischen Infanterie-Regiments Nr. 67 zu Ehren“. Weiter heißt es auf der Rückseite der Sandsteinmauer „Trotz Not und Tod vorwärts und aufwärts“. Bei der Festrede wurde auf diese Inschrift wie folgt Bezug genommen: „Trotz Not und Tod‘ das sei auch unser Spruch im neuen Reich. Mit ihm vorwärts! Mit ihm aufwärts, mit unserem Führer! Vorwärts und aufwärts mit unserem Gott!“¹¹. Da runter wurden mit dem Hinweis „Vom 67er Denkmal bei Gravelotte“ Reststücke des aus Stein gehauenen eisernen Kreuzes eingemauert, das das Denkmal von 1870/71 bei Gravelotte (St. Hubert) krönt“.¹² Das eiserne Kreuz wurde 1918 von diesem Denkmal abgeschlagen. Dem Kriegstod wird nach Tampier (1995) an dem Bochumer „Ehrenmal der 67er“ eine „nachträgliche Sinndeutung“ gegeben. Es wird einerseits idealisiert, dass die Gefallenen nicht umsonst gestorben seien, andererseits manifestiert sich der Schwur, dass der nächste Krieg siegreich sein soll.¹³

Zu der nationalsozialistischen Denkmalsdoktrin schreibt Thamer, dass diese sich durch den „angeblich ewigen Wert von Kampf, heroischer Schönheit und monumentaler Einfachheit“ beschreibe, „jeder Zweifel daran sollte durch die Monumentalität des Denkmals erdrückt, der Erinnerungsdiskurs durch Monumentalpropaganda reglementiert werden“.¹⁴

Ungeachtet seiner Vergangenheit zielte die Inszenierung des „Ehrenmal der 67er“ auch in den Nachkriegsjahren (wie z.B. in Abb. 4 – einer Postkarte aus dem Jahr 1954 – zu sehen ist) nicht etwa auf einen aufklärerischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ab. Borries sieht die 1950er Jahre insgesamt als Jahrzehnt der „unterbewußten Vergangenheitsverdrängung“.¹⁵ Der gesellschaftliche Umgang mit diesem Denkmal und seine Inszenierung sollten sich erst in den frühen 1980er Jahren schlagartig ändern. Lange genug habe es ungeachtet seiner nationalsozialistischen Vergangenheit an seinem Platz verweilt, gab eine auf die Sandsteinmauer des Denkmals in Silberbronze gesprayte Botschaft zu bedenken: „50 Jahre sind genug“. Davor lagen die beiden bronzenen Soldaten nach vorne gekippt. Was war geschehen?



Bochum – Alter Stadtpark und Ehrenmal

Abb. 4: Postkarte 1954. „Bochum – Alter Stadtpark und Ehrenmal“ (Quelle: <https://www.bochum.de/C125708500379A31/CurrentBaseLink/W28JJB5T020BOLDDE>)

2.2 Der Sturz des Bochumer „Ehrenmals der 67er“ 1983

In der Nacht vom 2. auf den 3. Februar 1983 durchsägte eine bis heute nicht identifizierte Gruppe Menschen die beiden bronzenen Soldaten oberhalb der Stiefel und kipp-

¹⁰ Wagner 1983, S. 299.

¹¹ Artikel „Feldgraue Kämpfer der Ruhr“ vom 17. August 1935.

¹² Ebd.

¹³ Tampier 1995, S. 68.

¹⁴ Thamer 1997, S. 112.

¹⁵ Borries 1983, S. 9-10.

te diese nach vorne. Die Soldaten fielen symbolisch zum zweiten Mal, nun aber mit einer anderen Bedeutung. Aber welche Bedeutung sollte hier zu lesen sein? Es liegt und lag nahe, den Satz „50 Jahre sind genug“ mit Bezug auf die Machtergreifung 1933 als einen antifaschistischen Appell zu deuten. Dies veranlasste dazu, die StürzerInnen teilweise als antifaschistische Gruppierung oder sonst auch als „die Unbekannten“ zu betiteln.

Der Sturz, der 1983 durch die Stadt Bochum angezeigt wurde, ist längst verjährt, wie die Pressestelle der Bochumer Polizei im März 2016 auf Nachfrage mitteilte. Zwar muss die Akte an die Bochumer Staatsanwaltschaft übergeben worden sein, jedoch liegen keine Daten mehr vor. So teilte die Bochumer Staatsanwaltschaft schriftlich mit: „Aufgrund gesetzlicher Datenlöschungsfristen ist das von Ihnen gesuchte Verfahren hier nicht mehr zu ermitteln, evtl. vorhanden gewesene Akten sind bereits vernichtet“.¹⁶ Nicht bekannt und erst durch ein anonymes Schreiben der StürzerInnen 2016 aufgedeckt war bislang, dass der Sturz der beiden Bronzesoldaten von insgesamt sechs jungen, berufstätigen Menschen zwischen 18 und 32 Jahren, davon eine Frau, bestritten worden ist. Die Aktion erstreckte sich auf drei Einsätze. In einem ersten Versuch wurde versucht, die Soldaten mit einem Autogenschweißgerät (Abb. 5), welches jedoch den Bronze-guss nicht aufzuschmelzen vermochte, umzugestalten.

Dass dies unbemerkt blieb, ist rätselhaft, da der Einsatz des Schweißbrenners Funken schlägt und nicht geräuschlos von statten geht. Bereits zwei Tage später sollte es zu einem erneuten Versuch kommen. Zwischen 2:00 und 4:00 Uhr der beiden aufeinanderfolgenden Nächten bzw. Morgende des 2. und 3. Februars 1983 wurden die Soldaten mit Sägen (Abb. 6) im Wechsel von zwei bis drei Personen bearbeitet, was liegend eine sehr schwierige und zugleich schweißtreibende Aktivität war. Die feinen schmalen Sägeschnitte blieben unbemerkt, sodass die Tat auch in der zweiten Nacht, in der sich letztlich der Sturz vollzog, erfolgreich fortgesetzt werden konnte. Nachdem die Sprunggelenke der Soldaten halb durchgesägt waren, wurde mittels eines Seils, das den beiden Soldaten um den Hals geschlungen wurde, der entscheidende Fall herbeigeführt.

Wie das Presseamt Bochum, Referat für Kommunikation und Bildarchiv, mitteilte, liegt keine Fotografie der gekippten Soldaten vor, die diese noch liegend vor der Sandsteinmauer nach deren Fund gegen 6:30 Uhr zeigt. In dem konsultierten historischen Datenmaterial, zugänglich durch das Stadtarchiv Bochum, wie auch in Rahmen von Internetrecherche ist lediglich eine Pressefotografie des Fotografen Hartmut Beifuß (Abb. 7; in verschiedenen Zeitungen in verschiedenen Perspektiven) auffindbar.

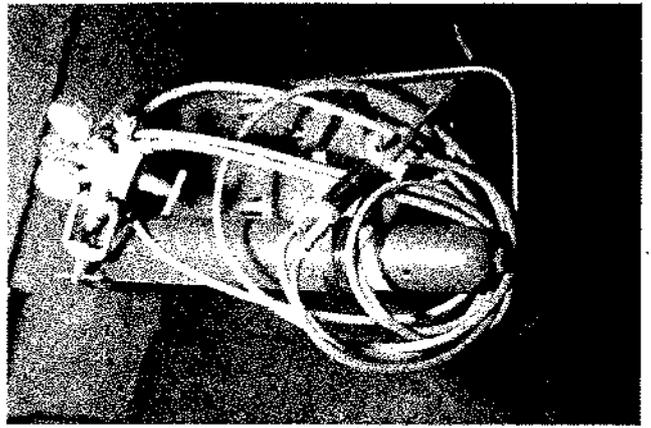


Abb. 5: Unveröffentlichte Fotografie (2016): Verwendeter Schweißbrenner von 1983 (Quelle: privat)

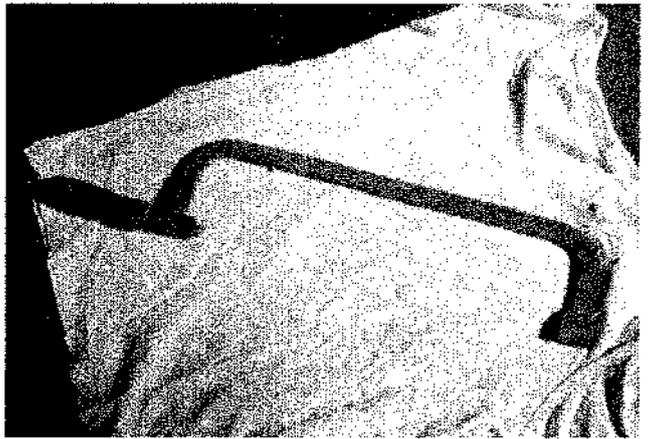


Abb. 6: Unveröffentlichte Fotografie (2016): Eine der Sägen von 1983 (Quelle: privat)



Abb. 7: Lagerung im Bochumer Grünflächenamt Februar 1983 (Quelle: Pressefoto, Hartmut Beifuß)

¹⁶ Staatsanwaltschaft Bochum, 26. Februar 2016, Aktenzeichen 1 AR ZK.

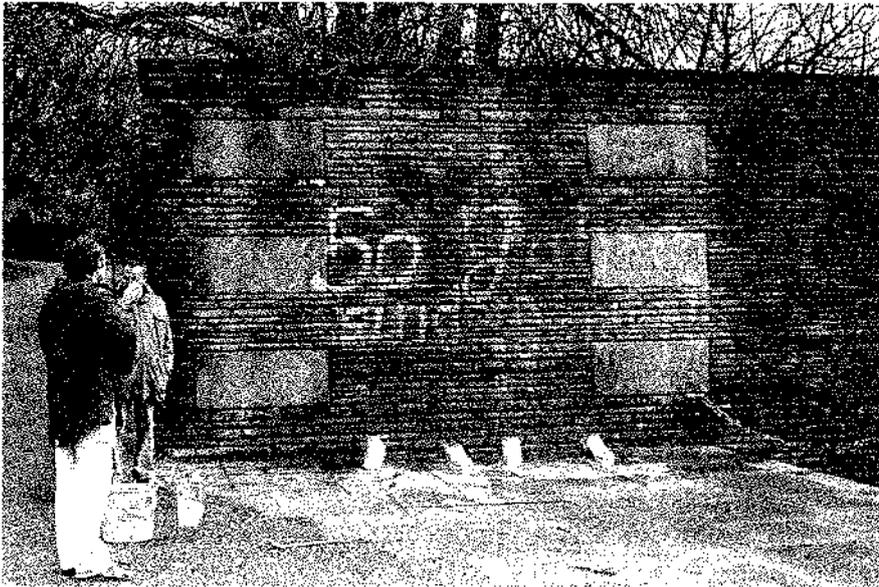


Abb. 8: Abgesägte Soldatenstiefel vor besprühter Sandsteinmauer nach dem Sturz 1983 (Quelle: Bildarchiv Presseamt Bochum)

Diese verdeutlicht die liegende Position der bronzenen Soldaten jedoch nicht vor der Ruhrsandsteinmauer im Stadtpark sondern im Grünflächenamt der Stadt Bochum, also nachdem die Stadtspitze bereits informiert und die Strafanzeige aufgenommen worden war. Vom Ort des Sturzes existiert außerdem folgende Fotografie (Abb. 8).

Infolge des Sturzes entbrannte in Bochum eine politische Diskussion um die Zukunft des Denkmals. Wie sollte nun weiter mit dem „gekippten Denkmal“ verfahren werden? Es galt für den Stadtrat zu entscheiden, ob, wie, wo und wann eine Wiederaufstellung durchgeführt werden könnte. Sollte man es gar einschmelzen? Endgültig sollte hierüber in der Ratssitzung nach Ostern 1983 diskutiert und entschieden werden.

Der Rettung der Bronze-Soldaten nahm sich der damalige Direktor des Stadtarchivs Johannes Volker Wagner an, indem er schlussendlich den Rat überzeugen konnte, sie als ein „historisches Dokument“ ins Stadtarchiv zu überführen. Geplant wurde damals ein ständiges historisch-politisches Informations- und Dokumentationszentrum. Als Vorsatz galt in diesem Kontext, das gestürzte Denkmal als Mahnmal gegen Krieg und Diktatur umzugestalten. Dieses Projekt sollte in dieser Form jedoch wegen fehlender Mittel nicht umgesetzt werden können. Seine Funktion als Kriegerdenkmal hatte es spätestens durch den Sturz verloren, welche Bedeutung konstituierte sich nun mit und durch den Sturz?

3 Öffentlicher Umgang mit dem Denkmalsturz

3.1 Darstellung des Denkmals und seines Sturzes in der lokalen Presse

Die öffentliche Diskussion, die mit dem Sturz entbrannte, ist bis heute nicht erloschen und flammte nicht zuletzt 2012, durch den Ruf nach Wiederaufstellung des Denkmals aus Reihen der CDU, wieder auf. Die Diskussion nach dem Sturz sowohl von Politik als auch von Öffentlichkeit lässt sich gut durch die Presseberichterstattung rekonstruieren.

3.1.1 Politischer Diskurs

Die VertreterInnen der Bochumer Bevölkerung im parlamentarischen Rat sollten über die weitere Vorgehensweise mit den gestürzten Bronze-Soldaten entscheiden. Dies jedoch gestaltete sich aufgrund stark divergierender Ansichten als schwierig. Die Berichterstattung der örtlichen Presse zeugte von regem Interesse am Sturz und dem hierdurch entbrannten politischen Diskurs.

„Mit Säge: Denkmal-Stürmer stürzten Soldaten von Sockel“ titelt Rainer Wanzelius in der Westfälischen Rundschau.¹⁷ Das den Artikel untermauernde Bildmaterial verdeutlicht chronologisch die Ereignisse von der ehemaligen Positionierung der Bronze-Soldaten über den Sturz bis zur vorerst unliebsamen Einlagerung. In diesem Artikel wird auf die NS-Vergangenheit des Denkmals verwiesen, da es direkt mit „NS-Denkmal“ betitelt wird: „[...] unbekannte Täter, die in der Nacht zu gestern im Bochumer Stadtpark ein NS-Denkmal aus dem Jahr 1935 zu Fall gebracht haben“.¹⁸ Wanzelius vermutete, dass das Motiv der „unbekannten Täter“ in Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 stand. Dies wird auch in einem Beitrag der Ruhr Nachrichten, „Betroffenheit bei den Bürgern über Denkmalschänder, Ehrenmal am Stadtpark abgesägt und umgestürzt“, hervorgehoben.¹⁹ Der Titel des Berichts zielt auf eine Verurteilung der „Täter“ ab, insofern hier die Betroffenheit der Bochumer Bürger über die Denkmalschänder in den Fokus gerückt wird. „Viele Bochumer, die gestern von der Tat erfuhren, zeigten tiefe Betroffenheit über den Anschlag“. Demgegenüber wird aber auch festgehalten: „Viele sahen in der Darstellung weni-

¹⁷ Westfälische Rundschau vom 4. Februar 1983.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ruhr-Nachrichten vom 4. Februar 1983.

ger eine Mahnung gegen den Krieg als eine nationalsozialistisch-militärische Verherrlichung von Soldatentum“.²⁰

Weiter wird hier ein vermeintlicher Zusammenhang zwischen dem Denkmalsturz und der Ausstellung „Hakenkreuz über Bochum“ des Bochumer Stadtarchivs inklusive des dort gezeigten Films „Bomben über Bochum“ anlässlich des 50. Jahrestags der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten, postuliert.²¹ Dies sollte die spätere politische Diskussion um die Frage des weiteren Umgangs mit den beiden Soldaten teilweise prägen. Zudem sei das „Ehrenmal“ in der Vergangenheit „schon häufiger mit Parolen besprüht worden“.²² Dieser Hinweis liest sich auch in einem weiteren Artikel der Ruhr-Nachrichten: „ähnliche Schmierereien“ hatte es in Bochum mehrmals in der letzten Zeit gegeben, wird der Schriftzug „50 Jahre sind genug“ kommentiert.²³

Die nachfolgende politische Diskussion fokussierte sich auch auf die Frage nach Verantwortlichen für den Sturz. In diesem Zusammenhang wurde der Direktor des Stadtarchivs in einer Stellungnahme der CDU scharf kritisiert, indem die Frage aufgeworfen wurde „ob nicht geistige Urheberchaft zum Denkmalsturz auch in der eigenen Verwaltung zu suchen sei [...] im Hinblick auf die sehr einseitige Beurteilung dieses Denkmals in Äußerungen des Stadtarchivars und in dessen NS-Ausstellung“.²⁴ Darauf folgte allerdings eine Entschuldigung durch den damaligen CDU-Fraktionschef Dr. Franke.

Thematische Einbindungen des Denkmals in kleineren Ausstellungen hatte es bereits vor dem Sturz gegeben. Die Frage, warum hier ein Zusammenhang zwischen gerade dieser Ausstellung und dem Sturz gezogen wurde, begründete sich unter Umständen auch in einem bereits ein halbes Jahr zuvor erschienenen Artikel in der WAZ. Dort wurde mit einschlägigen Fotografien des Denkmals seine nationalsozialistische Einweihung und Sinnstiftung zur Diskussion gestellt. Damit begann bereits eine öffentliche Diskussion, die Einfluss auf die Wahrnehmung der Ausstellung hatte.

3.1.2 Öffentlicher Diskurs um das „Ehrenmal der 67“ durch einen Presseartikel

In diesem zu Ostern 1982 in der WAZ veröffentlichten Artikel „Monument der NS-Zeit überdauert 30 Jahre Demokratie“, verfasst durch Rainer Wanzelius (Fotos von Hartmut Beifuß) wurde insbesondere auf das kleine Hakenkreuz auf dem Helm des einen Soldaten verwiesen. „Daß einer der beiden Stadtpark-Krieger gar nicht als

alter 67er gemeint war, sondern bereits dem Bild des Hitler-Soldaten entsprach, belegt ein kleines Emblem: seinen Helm zieren Reichsadler und Hakenkreuz.“²⁵



Abb. 9: Helm mit Hakenkreuz (Quelle: WAZ, Ostern 1982)

Eine öffentliche Diskussion habe bis dato nicht stattgefunden, „bloß nicht daran rühren“ dürfte die unausgesprochene Devise sein. Trotzdem sollte man darüber reden; schließlich ist der bevorzugte Zugang zum Stadtpark ein publikumsreiches Areal [...]“. Das Hakenkreuz am Helm müsse durch die Alliierten 1945 übersehen worden sein „es prangt dort heute noch, wenn auch nicht als erster Blickfang“. Es wird in dem Artikel weiter auf die Originalaufnahmen der Einweihung im „Bomben-Film“ (gemeint ist wohl der Film „Bomben über Bochum“) verwiesen. Dies genüge als historisches Dokument, sich „nicht mit Nicht-Wissen herauszureden“. In dem Artikel wird schlussendlich gefragt, ob die „ehrlichste und folgenrichtigste Lösung“ nicht der Abriss sei. Hingegen schlage der Stadtarchivar vor eine Tafel an das Monument anzubringen, die eine historische Einordnung des Mals anbiete.²⁶

Dieser Zeitungsartikel von 1982 nimmt im gesamten Diskurs um eine neue Aushandlung des Umgangs mit diesem Denkmal einen wichtigen Stellenwert ein. Denn er irritiert und provoziert die kollektive Identität, auf deren Herstellung das Denkmal zielt, indem die Funktion des Denkmals als Kriegerdenkmal in Zweifel gezogen wird und damit auch die Legitimation an sich.

In einem Leserbrief beispielsweise, der jedoch erst nach dem Sturz des Denkmals im Jahr 1983 durch den Vorstand des Kyffhäuserbundes Kreisverband Bochum formuliert wurde, forderte dieser die Stadt Bochum auf, zum einen das Hakenkreuz zu entfernen, zum anderen das Ehrenmal wieder zu errichten.²⁷ In diesem Leserbrief findet der soeben angeführte Artikel von 1982 ebenso

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

²³ Ruhr-Nachrichten vom 4. Februar 1983: „Soldaten-Mahnmal abgesägt und mit Farbe besprüht“.

²⁴ Ebd.

²⁵ WAZ, Ostern 1982.

²⁶ Ebd.

²⁷ WAZ vom 14. Februar 1983.

Erwähnung. So sei nach dessen Erscheinen die bis heute nicht aufgefundene Spitze des Fahnenmastes abgesägt worden. Ebenso seien bereits zu diesem Zeitpunkt Manipulationen mit einer Säge am Kopf eines Soldaten vorgenommen worden. Der Vorstand kommt zu dem Schluss, dass es sich vermutlich um die gleichen Menschen gehandelt habe, die den Sturz im Februar 1983 zu verantworten hätten. In den Fokus wird hierbei der ehemalige Direktor des Stadtarchivs, Johannes Volker Wagner gerückt. So könnten – laut Leserbrief – seine im Artikel von Ostern 1982 zitierten Aussagen zu etwaigen Reaktionen geführt haben, denn „die zweite Beschädigung ist ebenfalls nach einer Ausstellung des Stadtarchivars erfolgt“. Damit lässt sich an einem Beispiel nachvollziehen, dass Zusammenhänge zwischen dem Artikel von Ostern 1982, der Ausstellung „Hakenkreuz über Bochum“ im Januar 1983 und dem Sturz im Februar 1983 gezogen wurden. Selbstverständlich spiegelt das nur einen Teil der öffentlichen Wahrnehmung wider und kann nicht als valide Aussage zu den wahren Hintergründen des Sturzes gewertet werden.

3.1.3 Diskursive Aushandlung des weiteren Umgangs mit den gestürzten Soldaten

Was sollte nun nach dem Sturz mit den beiden Bronze-Soldaten und dem alten Standort mit der noch vorhandenen Ruhrsandsteinmauer geschehen? Die Abstimmung über eine mögliche Wiederaufstellung sollte nach Ansicht der Verwaltung parlamentarisch erfolgen. In der entsprechenden Ratssitzung konnte jedoch vorerst kein Entschluss zur Frage der Wiederaufstellung gefasst werden. Ausgeschlossen wurde dies allerdings auch nicht, wenn jedoch mit einer Hinweistafel zur Deklaration als Mahnmal. Hektisch diskutiert wurde insbesondere über eine Zusatzinschrift bei möglicher Wiederaufstellung. Als Argument gegen die Wiederaufstellung wurde u. a. angeführt, dass es zum Vorwurf kommen könnte, damit die neonazistischen Tendenzen zu fördern.

In dem WAZ-Artikel „CDU: Denkmal aufstellen“ wird indes erklärt, dass nach Meinung der CDU-Ratsfraktion die „beiden Soldatenfiguren des Ehrenmals am Stadtpark“ schnellstmöglich wiedererrichtet werden sollten.²⁸ Scharf verurteilt wurde „die mutwillige und schändliche Zerstörung des Denkmals“. Es sei nicht rechtens, „sich durch solche Zerstörungen und Verwüstungen aus der Geschichte herauszustehlen“. Betroffenheit herrsche darüber, „daß die Täter von einzelnen Bürgern in ‚ihrer Zerstörungsgesinnung‘ noch unterstützt wurden“.²⁹ Diese Äußerung zielt auf die vielen Leserbriefe bereits ab dem Tag nach dem Sturz. In der Bewertung des Denkmalsturzes als Verdrängung von Geschichte bzw. „Heraussteh-

len“ aus der Geschichte findet sich die Definition von Denkmal als Funktion der Geschichtsverarbeitung und Erinnerung an bestimmte Ereignisse wieder. Dies spiegelt sich auch im Echo der Bevölkerung, die sich durch LeserInnenkommentare an der Diskussion zu beteiligten suchte, wider. Zusammenfassend zeigt die zitierte Berichterstattung der politischen Diskussion um den weiteren Umgang mit dem Denkmal auf, dass es hier neben der Frage der Verantwortlichkeit auch um die Frage der weiteren Prävention, etwa durch ein Vermittlungsangebot durch Hinweistafeln oder öffentliche Erklärung als Erinnerungsort, ging.

3.2 Stellungnahme der Bevölkerung

Auf den Sturz des Denkmals reagierte die Öffentlichkeit in Bochum 1983 sehr unterschiedlich. Die konsultierten Zeitungsbelege der Bochumer Lokalpresse aus dem Jahr 1983 geben sowohl den politischen Diskurs als auch die Stimmen der BürgerInnen in Form von LeserInnenkommentaren wieder. Es lohnt sich zudem auf zwei LeserInnenkommentare zum bereits dargestellten und diskutierten Artikel „Monument der NS-Zeit überdauert 30 Jahre Demokratie“ aus dem Vorjahr des Sturzes einzugehen.

3.2.1 LeserInnenkommentare vor dem Sturz

Der WAZ-Leserbrief eines Bochumer Bürgers formuliert zuallererst persönliches Erstaunen über den zu Ostern 1982 erschienenen Artikel von Wanzelius.³⁰ Der Leser war jedoch angenehm überrascht über „Inhalt und Sorgfalt der Berichterstattung“. Insgesamt sei der Artikel vorsichtig, dezent und ausgewogen formuliert und doch würde es „vielen Mitbürgern am Verständnis für die gerechtfertigte atmosphärische Aussage des Artikels“ fehlen, was bedauerlich sei. Durch die bereits veröffentlichten Leserbriefe und generell durch den Bericht würde „die Notwendigkeit einer Stellungnahme“ deutlich: „Ich erinnere mich noch sehr genau, daß ich noch während meiner Schulzeit (vor immerhin ca. 25 Jahren) jedesmal dieses Denkmal mit einem gewissen Erschrecken wegen seiner martialischen Monumentalität betrachtete und kaum verstehen konnte, warum ein solches Denkmal in unserer Stadt stehen mußte. Nie habe ich es als Denkmal für gefallene Soldaten empfunden, sondern immer mehr als Bedrohung, die von Soldaten als Repräsentation des Krieges ausgeht. [...] Dabei muß ich gestehen, daß mir bis zum Lesen Ihres Artikels das Hakenkreuz am Stahlhelm gar nicht aufgefallen ist. [...] Irgendwie ist die Skulptur als solche ja per Aussage ein viel größeres Hakenkreuz.“ Der Verfasser des Briefes stellt die Funktion des Denkmals als Mahnmal für gefallene Krieger in Frage und beteuert, sogar als Kind durch seine visuelle Darstellung in Schrecken versetzt worden zu sein. Das Denkmal als

²⁸ WAZ vom 10. Februar 1983.

²⁹ Ebd.

³⁰ WAZ vom 1. Mai 1982.

ein identitätsstiftendes Symbol einer kollektiven Identität der Stadt Bochum anzunehmen wird damit abgelehnt.

Der Sohn eines Angehörigen des Infanterie-Regiments Nr. 67 schrieb dagegen in der WAZ, dass er sich gegenüber dem Artikel verwahre.³¹ In „diesem Artikel wird der Abbruch des Denkmals als eigentlich wünschenswert hingestellt. Das ist eine Beleidigung der Gefallenen, die damit geehrt worden sind“. Der Verfasser des Leserbriefes unterstreicht, dass dieses kein „NS-Denkmal“ sei. Jedoch sollte das Hakenkreuz entfernt werden, es dürfe nicht „das Andenken der Gefallenen in dieser Weise besudeln“. Der Verfasser sah in dem Artikel die Befürwortung der Verdrängung der Geschichte. Er mahnte eine Gefährdung der kollektiven, aber vor allem seiner individuellen Erinnerungskonstruktion an, welche er nicht in Frage gestellt wissen mochte. Die Legitimation der Erinnerung ermaß sich für ihn durch den Funktionscharakter des Denkmals als Mahnmal gegen Krieg, an den er seinen Vater verlor.

3.2.2 LeserInnenkommentare nach dem Sturz – Negative Bewertung

In Kontrast hierzu werden nun ausgewählte Kommentare aus dem Jahr 1983 zum Denkmalsturz angeführt. Kommentare mit einer negativen Bewertung des Sturzes verurteilen diesen überwiegend als Akt der Geschichtsverdrängung. „Wer Kriegerdenkmäler schändet, weil er glaubt, ihren Anblick nicht ertragen zu können, handelt nicht nur pietätslos. Er beweist auch, daß er aus der Geschichte nichts anderes gelernt hat, als sich über einiges Geschehene aufzuregen. Verarbeitet hat er nichts.“³²

Der Annahme folgend, die Funktion des Sturzes läge in der Verdrängung von Geschichte, verbirgt sich hierin der direkte und mahnende Fingerzeig hinsichtlich kollektiver Erinnerung, die sich durch den Sturz einstellte. Ein Einzug des Sturzes in kollektive Erinnerung wird abgelehnt und der ursprüngliche Zustand des Denkmals zurückgewünscht. Der Akt des Sturzes wird diskutiert, nicht jedoch als gegeben hingenommen, er wird nicht als Teil der Erinnerungskultur des Denkmals legitimiert.

„Wie tief ist ein Volk gesunken, wenn es die Denkmäler seiner Geschichte beschmutzen läßt und wenn der Bürger nur mit Betroffenheit reagiert.“³³ Dem Verfasser ist ein Bruch im konstruierten Identitätsbild („Volk“) durch den Sturz bewusst geworden, er kann dem aber nichts außer Entsetzen („wie tief ist ein Volk gesunken“) entgegenstellen. Dies zeugt zum einen von der Verletztheit der Identität jenes „Volkes“ aber vor allem seiner Person, einer seiner individuellen Identitätsentwürfe. Weiter lehnt er es ab, Erinnerung als verhandelbar zur Diskussion zu

³¹ WAZ vom 14. April 1982.

³² WAZ vom 4. Februar 1983.

³³ WAZ vom 9. Februar 1983.

stellen. Die Perspektive, den Sturz als Flucht vor der Geschichte zu interpretieren, übersieht, dass damit Geschichte nicht geleugnet wird, sondern eine Bedeutungsebene dazu gewinnt.

Eine andere Sichtweise vertreten diese beiden Aussagen: „Soll man sie abreißen, umstürzen, verschrotten – diese Denkmäler aus einer Zeit, an die wir uns gerade in diesen Tagen mit Grauen erinnern – Nein wir besiegen diesen Geist nicht, indem wir seine Denkmäler vernichten“.³⁴ „Geschichte sollte uns zur Auseinandersetzung veranlassen, nicht zur Veränderung. Diese Auseinandersetzung muß aber gefördert werden, ebenfalls durch sichtbare Zeichen.“³⁵ Diese beiden Zitate behandeln im Wesentlichen gleichermaßen die Frage nach dem richtigen Umgang mit Erinnerung. Während das erste Zitat moralisch aufgeladen auf den Sturz mit Verurteilung antwortet, fragt der zweite Beitrag darüber hinaus, wie Erinnerung verhandelt werden soll, wenn es keine Brücke der Vermittlung, etwa durch „sichtbare Zeichen“ gibt. Hier wird vielmehr für einen aufklärerischen Umgang mit Erinnerung z. B. durch Hinweistafeln plädiert. Festgehalten werden kann für diese exemplarische Darstellung der LeserInnenkommentare, die den Sturz schwer nachvollziehen können, dass sie eine Reparaturleistung kollektiver Erinnerung durch Wiederaufstellung des Denkmals wünschen.

Die Annahme, dass die Schleifung von Denkmälern eine „Demontage von Vergangenheit anstrebt“, vertritt Trimborn. Er sieht hierin weiter den Versuch „Geschichte (für die das gestürzte Denkmal stand) auszublenden und damit nachträglich zu korrigieren und umzuschreiben“, um die im öffentlichen Raum manifestierte Geschichte zu bereinigen.³⁶ Wenngleich darauf hingewiesen werden muss, dass sich hinter einem Denkmalsturz verschiedene Motive vermuten lassen.

3.2.3 LeserInnenkommentare nach dem Sturz – Positive Bewertung

Auf den Sturz folgten auch einige Kommentare mit einer positiven Bewertung des Sturzes. „Bochum kann froh sein, daß dieser Schandfleck am Stadtpark endlich verschwunden ist. [...] Es wird in Bochum bestimmt ästhetischer geben als die beiden gekippten ‚Ewig Gestrigen‘“.³⁷ Das nicht mehr vorhandene Kriegerdenkmal wird nicht als Verlust und Einschnitt in die kollektive Identität der Gemeinschaft verstanden, sondern vielmehr als Raum für eine neue Besetzung durch ein für den Verfasser ästhetisch ansprechenderes Objekt.

³⁴ WAZ vom 11. Februar 1983.

³⁵ WAZ vom 9. Februar 1983.

³⁶ Trimborn 1997, S. 296f.

³⁷ WAZ vom 7. Februar 1983.

„Ein kriegsverherrlichendes Denkmal wurde abgeräumt – endlich! Das hat weder mit Pietät- noch Respektlosigkeit etwas zu tun – ganz im Gegenteil [...]. Anlässlich des 50. Jahrestages der Machtübernahme durch Hitler wurde uns die kriegerische Vergangenheit Deutschlands einmal wieder vor Augen geführt“.³⁸ Der Sturz des Denkmals wird in diesem Kommentar befürwortet und als längst überfällig interpretiert. Die Funktion des Denkmals sieht die Kommentatorin in der Kriegsverherrlichung, der Zustimmung kriegerischen Handelns. Sie knüpft einen direkten Zusammenhang zum 50. Jahrestag der Machtübernahme und damit zur Diskussion um eine Erinnerungskultur, die einerseits mahnend auf die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten durch Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 hinweist, andererseits uneins in der Frage um die Daseinsberechtigung eines „kriegsverherrlichenden“ Denkmals ist.

„Gesinnung – 50 Jahre nach der Machtergreifung der Faschisten verschwindet wenigstens etwas von den vielen Vermächtnissen der Faschisten an diesem Staat: das NS-Denkmal im Stadtpark – hoffentlich für immer.“³⁹ Ein Bezug zur Einweihung des Denkmals durch die Nationalsozialisten wird durch dieses Statement direkt deutlich, da auch hier die kollektive Erinnerung an den 50. Jahrestag der Machtergreifung als Argumentation herangezogen wird. Argumentiert wird, dass die Erinnerung an die „Vermächtnisse der Faschisten an diesem Staat“ nicht gerechtfertigt sei. Der Sturz wird als solcher nicht aufgrund des Straftatbestands gutgeheißen, aber zumindest sei der öffentliche Raum, der noch immer durch die „Vermächtnisse“ besetzt gewesen sei, durch den Sturz bereinigt. Eine Wiederaufstellung wird kategorisch abgelehnt, denn „hoffentlich“ verschwände das „NS-Denkmal im Stadtpark“ „für immer“.

Der sich in diesen gebündelten Kommentaren beschreibende Diskurs erklärt sich in der Aushandlung von Erinnerungsverknüpfungen, die vergegenwärtigen, dass es an alternativen Interpretationsmustern des Denkmals fehlte. Im folgenden Kommentar wird ebenfalls die Erinnerung an die „Machtergreifung“ als Argumentation für das Unverständnis der Daseinsberechtigung des Denkmals in einer „sozialdemokratisch regierten Stadt“ herangezogen. Die Daseinsberechtigung entspricht nach Ansicht des Kommentators nicht demokratischen Prinzipien. „Als Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei wissen wir jedoch, daß in großen Teilen der jugendlichen Bevölkerung eine antifaschistische Haltung verankert ist, die von demokratischem Bewusstsein zeugt. Diese Jugendlichen haben kein Verständnis dafür aufbringen können, wieso ein derartiges Denkmal 50 Jahre nach der ‚Machtergreifung‘ in einer sozialdemokratisch regierten

Stadt Platz hat. Diese Jugendlichen haben mit Sympathie die Demontage zur Kenntnis genommen“.⁴⁰

Die Funktion des Sturzes wird positiv bewertet und durch die Erneuerung von Erinnerung, die vielmehr einen Wandel als die Zerstörung des Alten darstellt, gerechtfertigt. Der Denkmalsturz wird einerseits als Ablehnung des kollektiven Erinnerns verstanden, wirft öffentlich die Frage nach deren Legitimation auf, sucht nach Verantwortlichen. Damit verbunden scheint der Ruf nach einer Neuinterpretation, aber auch die Inszenierung von Macht. Denkmalstürze wirken sich demnach sowohl auf die individuelle Erinnerung und Identität des Einzelnen, aber auch auf die kollektive Erinnerung einer Gesellschaft aus und geben Auskunft über die Konstituierung einer Erinnerungskultur. Der Zerstörungsakt selbst wird zum erinnerungskonstituierenden Moment, zerschlägt und schafft zugleich neue Identität.

3.3 Wendepunkte im weiteren Umgang der gestürzten Bronze-Soldaten

Über ein Jahr sollte es dauern, bis eine Entscheidung über den weiteren Umgang mit dem gestürzten Denkmal gefällt werden konnte. Die Bronze-Soldaten wurden 1984 in die Obhut des Stadtarchivs Bochum (damals in einer alten Lagerhalle an der Kronenstraße) übergeben, restauriert und daraufhin mit wiederhergestellter Statik aufrecht platziert (Abb. 10).

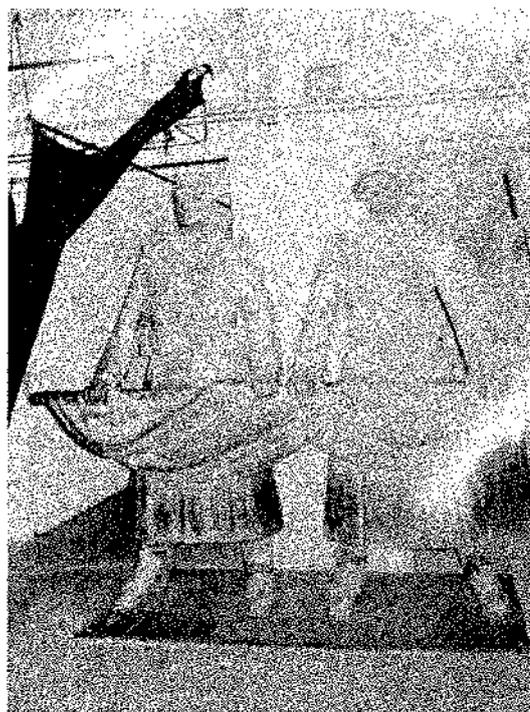


Abb. 10: Einlagerung im Stadtarchiv Bochum (Standort Kronenstraße) 1984

³⁸ WAZ vom 11. Februar 1983.

³⁹ WAZ vom 14. Februar 1983.

⁴⁰ WAZ vom 14. Februar 1983.

Ein weiterer Beschluss aus der 1983 stattgefundenen Ratssitzung wurde 1984 ebenfalls umgesetzt. So wurde mit der Anbringung einer Gedenk-/Erklärungstafel an die noch vorhandene Ruhrsandsteinmauer (Abb. 11) versucht, eine Brücke der Vermittlung zwischen der ursprünglichen Intention des „Ehrenmals der 67er“ sowie der aus dem Sturz resultierenden Umdeutung und dem Funktionsverlust des Denkmals zu schlagen. Diesem Anspruch soll bis heute mit der Gedenktafel, die mittig der Ruhrsandsteinmauer angebracht ist, Rechnung getragen werden:

„Von 1935 bis 1983 stand hier ein Kriegerdenkmal, geplant zum Gedenken an die Gefallenen des ehemaligen 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 67, errichtet und eingeweiht im Ungeist des Nationalsozialismus. Im Februar 1983 stürzten Unbekannte das Denkmal. Auf Beschluss des Rates der Stadt Bochum wurde es hier nicht wieder errichtet.“

NIE WIEDER KRIEG UND FASCHISMUS
Stadt Bochum 1984“



Abb. 11: Anbringung der Tafel (Quelle: WAZ vom 21./22. Juni 1984, Foto: Hartmut Beifuß)

Bis zuletzt wurde hierüber hitzig diskutiert, da CDU und FDP sich nicht mit den Textstellen „Unbekannte“ und „Nie wieder Krieg und Faschismus“, sowie der generellen Ablehnung der Wiederaufstellung arrangieren wollten.⁴¹ Beschlossen wurde der Tafeltext sodann bei Enthaltung der Vertreter der CDU und FDP. Die Anbringung der Tafel am 21. Juni 1984 kann als Wendepunkt im Umgang mit dem Denkmal seit dem Sturz angesehen werden. Schließlich markiert dieser Wendepunkt einen abschließenden Akt in der Frage, was nun mit diesem Denkmal geschehen solle. Gleichzeitig wird damit markiert, dass dieses nun an Ort und Stelle zu Betrachtende kein Denkmal im eigentlichen Sinne mehr darstellte. Denn mit der Überführung der bronzenen Soldaten ins Stadtarchiv wurden diese als „historisches Objekt“ interpretiert. Erklärt wird vielmehr, dass bis 1983 an dieser

Stelle ein „Kriegerdenkmal“ stand, das jedoch auf Beschluss des Rates nicht wieder aufgestellt wurde.

4 Dokumentarfilm „Der Überzahl erlegen – Im Geiste unbesiegt“

1994 erschien der Dokumentarfilm „Der Überzahl erlegen – Im Geiste unbesiegt. Kriegerdenkmale in Bochum. Zwei Beispiele“ von Gaby Hinderberger und Wolfgang Kriener. Die beiden FilmemacherInnen thematisieren darin den Sturz des „Ehrenmals der 67er“ und richten hierbei die Perspektive nicht nur auf die Motivation der StürzerInnen, sondern auch auf weitere involvierte Interessensgruppen. Interviewt werden ein Bürger aus Bochum-Langendreer, ein Vertreter des Vorstands der Bochumer Kyffhäuser-Kameradschaft, der damalige Betriebsleiter des Stadtparks Bochum als Entdecker des Sturzes, sowie der damalige Leiter des Stadtarchivs. Zudem kommen anonymisiert die StürzerInnen selbst zu Wort.

Aus dem Film geht vor allem hervor, dass sich Denkmalkultur und die Aufarbeitung von Geschichten nicht mit einem moralischen Zeigefinger thematisieren lässt. Die jeweilige Meinung über die andere Interessengruppe scheint unüberbrückbar, und noch zehn Jahre nach dem Sturz wird ein gemeinsames Gespräch der Interessengruppen nicht in Erwägung gezogen. Der eigene Standpunkt wird aus der vermeintlich individuellen bzw. kollektiven Perspektive der Gruppenzugehörigkeit wiedergegeben, an der sich bis dahin nichts geändert zu haben scheint. Da es nie zu einem Dialog zwischen den StürzerInnen und politischen Vertretern kommen sollte, bietet die Inszenierung der Gruppenzugehörigkeit im Rahmen des Interviews für den Dokumentarfilm die Möglichkeit, die Funktion des Sturzes als Ablehnung kollektiver Erinnerung schlusslogisch zu verteidigen.

Bevor die StürzerInnen in den Fokus rücken, exemplarisch noch zwei Äußerungen von Sturzgegnern. Der Vertreter der Kyffhäuser-Kameradschaft sieht das Denkmal weiterhin rein in seiner Funktion als mahnendes Kriegerdenkmal: „Das war ja auch der Gedanke dabei, dass der Frieden weitergegeben wird mit der Überreichung der Fahne.“ Die Äußerungen des im Film gezeigten Bürgers als Sturzgegner sind insgesamt sehr verstörend und es wurde gerade mit dem interviewten Bürger ein sehr starker Gegenpol ausgewählt, der sogar Deutschlands Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg mit folgenden Worten in Frage stellt: „Das sehe ich etwas anders. Wir sind ja gereizt worden im Zweiten Weltkrieg. Die wollten uns ja nicht haben [...] als NSDAP die Welt. [...] und da mussten wir ja zuschlagen.“

⁴¹ Ruhr-Nachrichten vom 30. März 1984.

4.1 Interviewsequenzen der StürzerInnen

Im Film (Gesamtlauzeit: 21:03 Minuten) sind die Interviewsequenzen wie folgt geschnitten:

1. 14:58 Min.-15:32 Min.

„Für uns war es ein kriegsverherrlichendes und Faschismus verherrlichendes Denkmal und eine immense Provokation, zumindest so, wie es da stand. Das Denkmal war ja nicht kommentiert, es hat ja nicht etwa da eine Tafel gehangen, die dieses, sagen wir mal verabscheuungswürdige Denkmal in den richtigen Zusammenhang gestellt hätte. Das Ding wurde halt von städtischen Arbeitern poliert, der Rasen und die Blumen drumherum gepflegt, als sei das, was dort dargestellt wurde, irgendetwas zu Verherrlichendes, etwas Gutes.“

2. 16:07 Min.-16:34 Min.

„Das Denkmal sollte erst gar nicht abgesägt werden, sondern ‚verstümmelt‘ werden. Weil unserer Meinung nach die realistische Darstellung eines Soldaten, mit einem Arm, einem Bein, einem halben Gesicht, genug Abschreckung oder Lehre hätte sein können, um sich da politisch verantwortlich zu verhalten und das Denkmal abzubauen, oder zumindest zu kommentieren.“

3. 17:00 Min.-17:28 Min.

„Dieses Denkmal war kein klassisches, sagen wir einfaches Kriegerdenkmal, sondern es verkörpert den aufstrebenden Faschismus. Die politisch Verantwortlichen wichen einer klaren Position immer aus. Wir wollten mit dieser Aktion, so wie es an anderen Denkmälern auch geschehen ist, ein Exempel statuieren, oder eine Art Zeichen setzen, zu dem sich die sozialdemokratischen Verantwortlichen dieser Stadt hätten verhalten müssen.“

4.2 Motivation des Sturzes

Eine Gruppe junger Menschen entschloss sich dazu, dieses Denkmal nach 50 Jahren zur Sprache zu bringen, bzw. sprechen zu lassen. Aber wieso wollten sie nicht länger hinnehmen was sie sahen? Handelte es sich bei diesen jungen Menschen um eine organisierte politische Gruppe oder eher um ein loses Netzwerk? In den konsultierten Presseberichten und den geführten Experteninterviews ist die Rede von den „unbekannten Tätern“. In späteren Beiträgen werden die StürzerInnen als „Antifaschisten“ bezeichnet. Handelte es sich um eine „antifaschistische Organisation“?

Dem Sturz voraus ging eine latente Unzufriedenheit seitens der StürzerInnen insofern, als dass sie bemängeln, dass dieses „Ding“ (15:19 Min.), wie sie es betiteln, durch „städtische Arbeiter“ (15:20 Min.) in Szene gesetzt wurde als sei das, was das Denkmal darstellte, „irgendetwas zu verherrlichendes, etwas Gutes“ (15:31 Min.). Das, was sie jedoch hierin sahen, war nichts Gutes, sondern vielmehr etwas „verabscheuungswürdiges“ (15:14 Min.), durch das sie sich provoziert fühlten. Zuerst sahen sie „ein kriegsverherrlichendes und Faschismus

verherrlichendes Denkmal“ (15:00 Min.) darin. Es konnte und wollte den StürzerInnen nicht gelingen, eine Brücke der Vermittlung hin zu einer anderen Lesart des Denkmals anzunehmen. Was ihnen fehlte, war eine Kommentierung des Denkmals, etwa durch eine Tafel, um es in „den richtigen Zusammenhang“ (15:17 Min.) zu stellen.

Vor allem fehlte den StürzerInnen auch eine eindeutige Positionierung politischer Verantwortlicher der Stadt Bochum. Es galt, den „richtigen Zusammenhang“, den sie in seiner Errichtung im Rahmen nationalsozialistischer Propaganda sahen, hervorzuheben und zur Diskussion zu stellen (15:17 Min.). Eine Art des Dialoges hätte es also durchaus geben können, wie auch die Äußerung über die Darstellung des Denkmals, „zumindest wie es da stand. Das Denkmal war ja nicht kommentiert [...]“ (15:08 Min.), deutlich macht. Gleichwohl hätte das Denkmal auch durch die „politisch Verantwortlichen“ abgebaut werden können, erklären die StürzerInnen (17:11 Min.). Hieraus liest sich eine durchaus politisch motivierte Tat, die sich als „Aktion“ (17:16 Min.), wie die StürzerInnen selbst beschreiben, interpretieren lässt, mit der sie „ein Exempel statuieren, oder eine Art Zeichen [...] setzen“ (17:23 Min.) wollten.

Der Denkmalsturz der bronzenen Soldaten lässt sich hier als eine Art „Intervention im öffentlichen Raum“ lesen. Das Ziel ist dabei, den öffentlichen Raum verändern zu wollen, das Gewohnte zu irritieren, den gemeinsamen Raum zu demokratisieren. Der Begriff der „künstlerischen Intervention“ zielt auf den Wunsch ab, Kunst als Widerstand⁴², als Werkzeug „gesellschaftlicher Transformation“⁴³ zu interpretieren. Gleichwohl lässt sich der Sturz als eine „Befreiung des öffentlichen Raumes“ lesen, befreit von Symbolen früherer Machthaber und Sinnstifter des Denkmals.⁴⁴

4.3 Verantwortlichkeit(en) des Sturzes

Eine grundsätzliche Reaktion auf das Denkmal, das die StürzerInnen in seiner Erscheinung und Lesart verunsicherte oder sogar anwiderte, hätten sie sich von den „politischen Verantwortlichen“ (17:11 Min.), insbesondere von den „sozialdemokratischen Verantwortlichen“ der Stadt gewünscht (17:27 Min.). Allerdings wichen diese „einer klaren Position immer aus“ (17:14 Min.). Das ist ein bemerkenswerter Hinweis, da er mit der Behauptung, die politischen Verantwortlichen seien „immer“ ausgewichen, aufzeigt, dass dem Sturz eine Art der Dialog-Suche mit den „politischen Verantwortlichen“ vorausgegangen zu sein scheint.

Der Sturz indes sei in der Art und Weise seiner Ausführung nicht so geplant gewesen, denn „das Denkmal

⁴² Sturm 2009.

⁴³ Huber/Zobl 2014, S. 4.

⁴⁴ Greßhake 2010, S. 115.

sollte erst gar nicht abgesägt werden, sondern verstümmelt werden“ (16:14 Min.). Dies wiederum hätte eher einer „realistischen Darstellung eines Soldaten, mit einem Arm, einem Bein, einem halben Gesicht“ (16:22 Min.) entsprochen. Mit dieser Darstellung, hätten die StürzerInnen einen pädagogischen Auftrag der „Abschreckung oder Lehre“ (16:26 Min.) deklariert, auf den die politisch Verantwortlichen hätten reagieren müssen, indem sie „das Denkmal abbauen, oder zumindest [...] kommentieren“ (16:32 Min.). Damit sehen sich die StürzerInnen selbst in der Verantwortung gegenüber „Dritten“ und wollen diese belehren, wie etwa auch durch den Schriftzug „50 Jahre sind genug“ deutlich wird. Das Denkmal, so „wie es da stand“ (15:06 Min.), lud zu einer „falschen Interpretation“ ein.

Der Anspruch der StürzerInnen beschreibt sich darin, ein Exempel statuieren zu wollen, „so wie es an anderen Denkmälern auch geschehen ist“ (17:19 Min.). Als Argumentation wird hier die Handhabe mit Denkmälern aus einer historischen Perspektive angeführt. Es werden Interventionen an Denkmälern (sei es z.B. durch Zerstörungen, Farbmarkierungen oder Stürze) als Erklärung herangezogen, warum die „Aktion“ geplant bzw. ausgeführt wurde. Eine Beschäftigung mit Denkmälern und deren Umgang muss damit einhergegangen sein.

Abschließend muss an dieser Stelle der Erhebungszeitpunkt der Interviewsequenz des Filmes 1994, über zehn Jahre nach dem Sturz, als eine vermeintliche Störvariable angeführt werden. Und zwar insofern, als dass dieses Wissen um die historische Einordnung und die generelle Definition von Denkmälern auch erst nach dem Sturz erlangt worden sein könnte. Auch sind Verzerrungen oder aber Überhöhungen durch diesen Zeitraum nicht ausgeschlossen.

5 Weitere Stellungnahme der StürzerInnen 2016

Die StürzerInnen vertraten indes eine antifaschistische Grundhaltung, fanden in „politischen Schülergruppen, der Gewerkschaftsjugend“ im Kontext der alternativen Kulturszene der 1980er Jahre in Bochum zusammen, besetzten ihre Aktionsfelder bis hin zu „linkssozialistischen Organisationen“.⁴⁵ Diese jungen Menschen verband zum Teil die Arbeit in Industriebetrieben in Bochum, in denen sie als Dreher und Schlosser tätig waren. Die Gruppe wird sich auch in späteren „Aktionen“ als verschworene Einheit verstehen und zusammenbleiben trotz verschiedener „politischer Meinungsverschiedenheiten“.

⁴⁵ Unveröffentlichtes Schreiben einer der AktivistInnen, anonym April 2016.

ten“.⁴⁶ Eine Auseinandersetzung darüber, wie mit Kriegerdenkmälern im Allgemeinen, aber speziell mit dem „Ehrenmal der 67er“, durch die Öffentlichkeit und die politischen Verantwortlichen anders hätte umgegangen werden sollen, wurde bisweilen in der Gruppe laut. Die Idee, die Diskussion durch eine Intervention voranzutreiben, kam spontan. Wie bereits in einer Interviewsequenz des Films deutlich wurde, sollte es anfangs um eine realistischere Neugestaltung der Soldaten gehen. Hierfür sollte ein Schweißbrenner zum Einsatz kommen um verschiedene Gliedmaßen der Soldaten abzutrennen bzw. umzugestalten. Die Frage des Motivs wird auch 2016 mit der provokativen Darstellung und Leugnung des nationalsozialistischen Kontextes begründet. Das Motiv beschreibt sich durch eine klare politische Absicht, einen Diskurs herbeiführen zu wollen, um über den Umgang mit Erinnerung im Kontext generationeller Unterschiede und Ansichten der BürgerInnen zu verhandeln.

Zuvor wurde bereits erwähnt, dass der Dialog mit den Verantwortlichen der Stadt gesucht, aber nicht erwidert worden sei. Dies ergänzt sich in der vorliegenden Stellungnahme um einen bislang in der konsultierten Berichtserstattung und den geführten Gespräche nicht erwähnten, aber entscheidenden Aspekt. So wurde die Aktion durch ein Flugblatt, das bereits morgens nach dem Sturz in Bochumer Industriebetrieben, bei der WAZ und bei anderen zentralen Institutionen auslag, von und durch die AktivistInnen erklärt. Eine Positionierung seitens des Rates der Stadt hat es zu diesem Flugblatt nicht gegeben. Weiter ist es verwunderlich, dass kein Exemplar, beispielsweise im Stadtarchiv Bochum, hierzu vorzuliegen scheint.

6 Schlussbetrachtung

Eine wichtige Frage ist die, ob es wirklich zu diesem Sturz kommen musste? Eine Aufarbeitung des Sturzes, also die Frage nach dem „wieso“, wurde – wie aus den Presseberichten hervorgeht – durch die Politik jedoch eher nicht angestrebt, vielmehr wurde um die Legitimierung von und den Umgang mit Erinnerung gestritten. Nach über 30 Jahren der Einlagerung, in denen das Denkmal nur ab und zu in Ausstellungen integriert wurde, war es fast in Vergessenheit geraten. Nachdem die bronzenen Soldaten 2014 für die Essener Ausstellung „1914 – Mitten in Europa“ entliehen und dort stehend in ihrer alten Funktion als Kriegerdenkmal kuratiert worden waren, wurde für die ebenfalls 2014 eröffnete Ausstellung „Zwischen Heimat und Front. Bochum im Ersten Weltkrieg“ beschlossen, sie neu zu inszenieren. Seitdem werden die Bronze-Soldaten im Eingangsfoyer des Stadt-

⁴⁶ Ebd.

archivs liegend präsentiert, analog zur Auffindeposition nach dem Sturz (Abb. 12; auf dem Foto lassen sich noch Schweißnarben der Restauration erkennen).

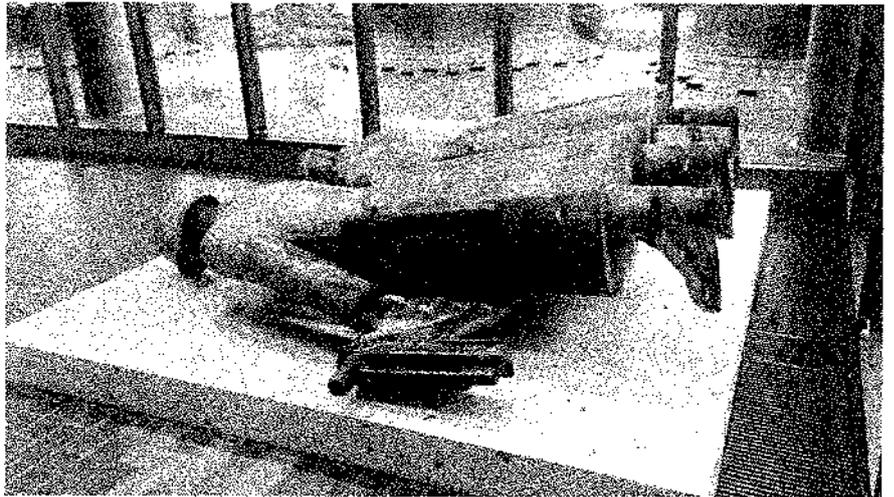


Abb. 12: Soldaten im Foyer des Stadtarchivs (Quelle: Eigenes Foto)

Bibliografie

von Borries, Bodo: Legitimation von Geschichte oder Legitimation trotz Geschichte? Zu einer Hauptfunktion von Geschichtsbewußtsein, in: Geschichtsdidaktik 8 (1983), S. 9-21
 Greßhake, Florian: Damnatio memoriae. Ein Theorieentwurf zum Denkmalsturz, München 2010

Huber, Laila/Zobl, Elke: INTERVENE! Künstlerische Interventionen II: Bildung als kritische Praxis, in: p/art/icipate – Kultur aktiv gestalten 5, Salzburg 2014

Jaworski, Rudolf: Denkmalstreit und Denkmalsturz im östlichen Europa – Eine Problemskizze, in: Rudolf Jaworski/Peter Stachel (Hg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich, Berlin 2007, S. 175-190

Jochmann, Herbert: Öffentliche Kunst als Denkmalkritik, Weimar 2001

Mittig, Hans-Ernst/Plagemann, Volker (Hg.): Denkmäler im 19. Jahrhundert. Deutungen und Kritik, München 1972

Musil, Robert: Gesammelte Werke, Bd. II: Essays und Reden, Reinbek bei Hamburg 1978

Scharf, Helmut: Kleine Kunstgeschichte des deutschen Denkmals, Darmstadt 1984

Schneider, Gerhard: Kriegerdenkmale in Hannover – Eine Dokumentation, Hannover 1988

Sturm, Hermann: Denkmal & Nachbild. Zur Kultur des Erinnerns, Essen 2009

Tampier, Jens: Historische Denkmäler der Stadt Bochum seit 1918. Magisterarbeit an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Bochum 1995

Thamer, Hans-Ulrich: Von der Monumentalisierung zur Verdrängung der Geschichte. Nationalsozialistische Denkmalspolitik und die Entnazifizierung von Denkmälern nach 1945, in: Winfried Speitkamp (Hg.): Denkmalsturz. Zur Konfliktgeschichte politischer Symbolik, Göttingen 1997, S. 109-136

Trimborn, Jürgen: Denkmale als Inszenierungen im öffentlichen Raum, Köln 1997

Wagner, Johannes Volker: Hakenkreuz über Bochum. Macht ergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt, Bochum 1983

Wanzelius, Rainer: Monument der NS-Zeit überdauert 30 Jahre Demokratie, in: WAZ, 11. April 1982

Wanzelius, Rainer: Nach dem Denkmalsturz geht in Bochum die Frage um: „Was nun?“. Wiederaufstellung ja oder nein – das ist die Frage, in: WAZ, 5. Februar 1983

Weisser LandschaftsArchitekten: Der Stadtpark Bochum. Gartendenkmalpflegerisches Gutachten, Bochum 2015

Clemens Kreuzer

Die Baugeschichte der alten „Pfefferdose“

Der Volksmund nannte sie „Pfefferdose“, doch ihr eigentlicher Name war, aber auch erst seit etwa 1877/ 1879, Johannes- oder auch Johannis-Kirche.¹ Welche der beiden in der Literatur wie in den Gemeinde-Dokumenten vorkommenden Namensfassungen die „offizielle“ ist, war nicht definitiv zu klären.² Vieles spricht für die ursprüngliche Bezeichnung „Johanneskirche“.³

Durch die Bomben des 2. Weltkrieges zerstört, war sie die einzige der zerstörten Bochumer Kirchen, die nicht wieder aufgebaut wurde und endgültig aus dem Stadtbild verschwand. Dabei gehörte das rund 250 Jahre alte Gotteshaus zu den drei historischen Altstadtkirchen Bochums. Um sie nicht völlig in Vergessenheit geraten zu lassen, beabsichtigen die Evangelische Stadtakademie Bochum, die Kortum-Gesellschaft und Pfarrer i. R. Dr. Georg Braumann, der sich seit Jahren um eine visuelle Erinnerung an das Kirchlein in der heutigen Stadt bemüht hat, die Aufstellung einer Stele mit Bildern und Texten in der Nähe des ehemaligen Standortes der Kirche.⁴ Zur historischen



Abb. 1: Bochumer Altstadt 1927 mit den drei historischen Kirchen: Propsteikirche (rechts), Pauluskirche (oben links) und Johanneskirche (unten links)

¹ Johannes wird aus dem Lateinischen, Johannis aus dem Griechischen hergeleitet.

² Die Dokumentierung eines formalen Beschlusses über die Namensgebung war nicht zu ermitteln. Nachdem die Gemeindeorgane 1877 ihrem Kirchenneubau den Namen „Christuskirche“ gegeben hatten, erhielt „bald darauf“ die größere der beiden bestehenden Kirchen den Namen „Pauluskirche“ und die kleinere den Namen „Johanneskirche“. (Ernst Poensgen: Aus der Geschichte der evangelischen Gemeinde Bochum, Bochum 1924, S. 81.) Öffentlich verwendet wurden diese Namen jedoch erst nach der Einweihung der Christuskirche, die im Mai 1879 stattfand. In den regelmäßig im Märkischen Sprecher publizierten Gottesdienstanzeigen der Gemeinde erschienen die neuen Namen erstmals am 5. Juli 1879, in Klammern ergänzt um die Bezeichnungen „frühere größere“ bzw. „frühere kleine Kirche“.

³ In den offiziellen Gottesdienstanzeigen der Gemeinde im Märkischen Sprecher hieß die Kirche von Anfang an „Johanneskirche“. Erst ab 1888 wurde sie darin „Johanniskirche“ und ab der zweiten Jahreshälfte 1896 wieder „Johanneskirche“ genannt. (Festgestellt nach den Einträgen in: Georg Braumann: Die Ev. Altstadt-Gemeinde Bochum 1830-1900. Ein Quellenbuch, Bochum 2005.) Der spätere Superintendent Poensgen gebrauchte die Bezeichnung „Johanneskirche“ in seinem Buch (siehe Anm. 2) durchgehend. Er musste den beschlossenen Namen kennen, denn er war ab 1877 in der ev. Gemeinde Bochum tätig.

⁴ Programm der Ev. Stadtakademie September – Dezember 2017, S. 16.

Grundlegung der Angaben auf dieser Stele ist die nachfolgende Baugeschichte recherchiert worden. Der Verfasser widmet sie Pfarrer Dr. G. Braumann nachträglich zur Vollendung seines 85. Lebensjahres im vergangenen Jahr.⁵

Zur Geschichte der reformierten Gemeinde

Die Baugeschichte einer Kirche lässt sich nicht von der Entwicklung ihrer Gemeinde trennen. Daher ist es auch hier notwendig, vor der Baugeschichte des Gotteshauses die Historie der Gemeinde, die sie errichtet und der sie gedient hat, wenigstens im Überblick zu schildern, zumal im Fall der „Pfefferdose“ die Gemeinde schon lange nicht mehr existiert.

Die Johanneskirche – sie wird nachfolgend in dieser Namensform bezeichnet, ausgenommen in anders lautenden Zitaten –, war das Gotteshaus der ehemaligen reformierten Gemeinde in Bochum, die sich Ende 1874 mit der ehemaligen lutherischen Gemeinde der Stadt zusammenschlossen hat.

Die so genannten reformierten Gemeinden gingen auf den französisch-schweizerischen Reformator Johannes Calvin zurück, der neben Martin Luther im 16. Jahrhundert die geistig-religiöse Landschaft Mitteleuropas geprägt hat. Sie sind besonders häufig in der Schweiz, in

⁵ Braumann hat selbst erste Chronologien mit Stichworten zur Geschichte des Kirchleins zusammengestellt. Die Gespräche des Verfassers mit ihm zu diesem Thema waren stets erkenntnisreich, nicht immer widerspruchsfrei (von beiden Seiten), aber mindestens erhellend und zielführend.

Frankreich und den Niederlanden entstanden. Um die Wende vom 16. ins 17. Jahrhundert verbreiteten sie sich, von Holland kommend, am Niederrhein und von dort weiter in den Raum des späteren Ruhrgebiets.

Im Amt (Landkreis) Bochum sollen schon vor 1613 erste reformierte Gottesdienste stattgefunden haben. Das schreibt jedenfalls der ab 1657 in Bochum tätige reformierte Prediger Heinrich Mylaeus, der sich latinisierend Mylaeus nannte, in einer Chronik, die er in das von ihm eröffnete erste Kirchenbuch der Gemeinde als Rückblick aufnahm.⁶ Der Hinweis auf die Zeit vor 1613 war insofern von Bedeutung, als in diesem Jahr der Kurfürst von Brandenburg, einer der beiden Landesherren des Herzogtums Kleve-Mark, von der lutherischen zur reformierten Konfession wechselte, was zu einer intensiven Förderung der reformierten Bewegung führte.⁷ Vorher schon, also früh in ihrer Entwicklung, so berichtet Mylaeus, hätten sich deren Anhänger aus der Region zu Gottesdiensten in dem Wattenscheider Adelssitz „Steenhus“ getroffen, wo sie den reformierten Schlossprediger des Adelshauses Bladenhorst (heute in Castrop-Rauxel) „predigen und die Sacra verrichten ließen“.⁸ Später hätten die Herren von Loe zu Overdyk in (Bochum-) Hamme und von Hugenpoth zum Gosewinkel in (Herne-)Eickel Prediger aus dem Rheinischen zu Gottesdiensten in ihre Adelshäuser gebeten, an denen eine Gruppe von Adligen und kurfürstlichen Beamten aus der Region teilzunehmen pflegte.⁹

Anfang 1634 gelang es den Mitgliedern dieser kleinen, aber einflussreichen Gruppe, mit Hilfe des Obristen von Wendt, Kommandeur der hier lagernden hessischen oder schwedischen Garnison¹⁰ – es war ja mitten im 30jährigen Krieg –, eine Mitbenutzung der Bochumer Pfarrkirche durchzusetzen und damit der „zerstreuten Gemeinde“¹¹ einen Standort im Zentrum des weitläufigen Amtes zu verschaffen. Deren Mitglieder verpflichteten den reformierten Prediger Nicolaus Fuchsius (Nikolaus

Fuchs) aus Hilbeck, einen konvertierten Franziskanermonch, nach Bochum, wo er am Karfreitag 1634 in der Pfarrkirche St. Peter und Paul (heute Propsteikirche) seine Antrittspredigt hielt.¹² Das geschah unter dem Schutz der schwedisch-hessischen Soldateska im Beisein des Obersten von Wendt, der mit seinen Soldaten seit Januar Bochum und Umgebung auf die im 30jährigen Krieg übliche Weise heimgesucht hatte.¹³

Die von nun an sonntäglichen Gottesdienste des Nikolaus Fuchs endeten während der schlimmen Pestepidemie, von der Bochum 1635/36 heimgesucht wurde, denn die größtenteils auswärtigen Gemeindemitglieder¹⁴ mieden die Stadt, die der Prediger schließlich ebenfalls verließ, um in Adelshäusern der Umgebung Gottesdienst zu halten. Als er im September 1637 nach Bochum zurückkehrte, hat die Gemeinde das Mitbenutzungsrecht an der Pfarrkirche nach Mylaeus „gutwilliglich quittiert“, also freiwillig aufgegeben, doch Darpe sah die Gründe eher in einer Verfügung des Landesherrn, nach der die Begünstigung reformierter Gemeinden seitens der Ortsobrigkeit zu unterlassen war.¹⁵

Als Ersatz erhielten die Bochumer Reformierten von der Regierung ein „Sallet“ auf der kurfürstlichen Rentei, wo sie laut Chronik „das Vordergemach zur Kirche, das Hintergemach zur Predigerswohnung gebraucht“.¹⁶ Im Jahre 1641 übertrug die brandenburgische Regierung in Kleve dem Nikolaus Fuchs (und später auch dessen Nachfolgern) die im Mittelalter begründete „Vikarie Corporis Christi“, allgemein Sakramentsvikarie genannt.¹⁷ Deren frühere Kapelle am Hellweg existierte nicht mehr, wohl aber das dortige Vikariehaus, das zum reformierten Pfarrhaus werden sollte. Außerdem gehörten zwei Bauernhöfe zum Vermögen der Vikarie, darunter der Hof Niederheitmann in Weitmar, aus dessen Waldung später das für den Bau der Johanneskirche notwendige Holz kommen sollte. Durch die Übertragung der Vikarie, der 1647 der Laersche Zehnte und 1656 die Vikarie Michaelis folgten¹⁸, war die reformierte Gemeinde materiell einigermassen abgesichert.

Die Gemeinde war nur klein und ihre Mitglieder kamen größtenteils gar nicht aus Bochum. So behaupteten die Katholiken in anschließenden Auseinandersetzungen um die Sakramentsvikarie, die sie zurück haben wollten, es gebe keine zehn Reformierten im Kirchspiel Bochum, vielmehr wohnten „die meisten Angehörigen der Bo-

⁶ Siehe dazu: Das Kirchenbuch der reformierten Gemeinde Bochum, geführt 1657-1715 durch den Prediger Heinrich Mylaeus, formal sprachlich bearbeitet und kommentiert von Wolfgang Werbeck. Veröffentlichungen des Synodalarchivs Bochum, Heft 13, Bochum 2009. Die Schrift wird in diesem Beitrag künftig abgekürzt zitiert als „Kirchenbuch“.

⁷ Franz Darpe: Geschichte der Stadt Bochum, Bochum 1894, S. 244.

⁸ Kirchenbuch, hier zitiert nach: Alfried Hengstenberg: Geschichte der kleinen evangelischen Kirche zu Bochum, Bochum 1868, S. 4.

⁹ Ebd.

¹⁰ In der Mylaeus-Chronik selbst wird er der „schwedische Oberst von Wendt zum Crassenstein“ genannt (Kirchenbuch, wie Anm. 6, S. 3), während ihn Werbecks kommentierende Fußnote Nr. 8 als hessischen Obersten bezeichnet. Bei Darpe (wie Anm. 7, S. 241) ist von Wendt schwedischer Oberst, doch einer Fußnote dazu stammte er von einem Schloss bei Beckum und gehörte seine Truppe zur Armee des hessischen Generals Melander. Diese Widersprüche sind wohl darauf zurückzuführen, dass Hessen und Schweden Alliierte der protestantischen Seite gegen die katholisch-kaiserliche war.

¹¹ Darpe (wie Anm. 7), S. 245.

¹² Ebd.

¹³ Detailliert dargestellt von Darpe (wie Anm. 7), S. 241-243.

¹⁴ In Bochum selbst gab es 1631 lediglich drei Familien reformierten Glaubens; Darpe (wie Anm. 7), S. 244.

¹⁵ Darpe (wie Anm. 7), S. 247.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Zur Sakramentsvikarie siehe Darpe (wie Anm. 7), S. 53 ff., S. 163 ff.; im Zusammenhang mit der Gemeinde der Reformierten: Kirchenbuch (wie Anm. 6), S. 58 ff.

¹⁸ Kirchenbuch (wie Anm. 6), S. 6 und 8.

chumer reformierten Gemeinde in weithin umliegenden Gemeinden“.¹⁹ Dies war vielleicht polemisch überspitzt, aber in der Tendenz wohl nicht unzutreffend. Der evangelische Kirchenhistoriker Bauks hat auf der Basis seiner Auswertung des Kirchenbuches zur reformierten Gemeinde jener Zeit festgestellt: „Die kleine reformierte Gemeinde bestand im 17. Jahrhundert fast ausschließlich aus Familien des in und um Bochum angesessenen Adels, weiterhin aus Beamten und freiberuflichen Akademikern. Angehörige der Bürgerschaft zog die Gemeinde nur zögernd an sich. Bauernfamilien aus den Dörfern des Kirchspiels Bochum gehörten nicht zu den Reformierten.“²⁰

Im 18. Jahrhundert ist die Gemeinde zwar gewachsen, doch sie blieb die mit Abstand kleinste der drei christlichen Gemeinden in Bochum. Nach den in ihnen geführten Kommunikanten-Listen verzeichnete 1777 die katholische Gemeinde 562, die lutherische 298 und die reformierte 85 Kommunikanten.²¹ Im Jahre 1790 bezeichnete C. A. Kortum die reformierte Gemeinde als „sehr klein“.²² Wohl ihre geringe Größe hatte zwei Jahre vorher den Bochumer Magistrat veranlasst, bei der Regierung in Kleve anlässlich eines in Wattenscheid stattgefundenen Predigerwechsels die Vereinigung der Wattenscheider mit der Bochumer Gemeinde anzuregen.²³ Daraus wurde jedoch nichts.

Im 19. Jahrhundert kam es zu einer Vereinigung ganz anderer Art. Vom 16. bis 18. September 1817 fand aus Anlass des 300jährigen Reformationsjubiläums in Hagen eine gemeinsame Synode der lutherischen und reformierten Gemeinden der Grafschaft Mark statt, bei der die Verschmelzung der beiden Synoden beschlossen wurde.²⁴ Am 27. September erließ der preußische König Friedrich Wilhelm III. eine Kabinettsorder, mit der er die „religiöse Vereinigung der beiden, nur noch durch äußere Unterschiede getrennten protestantischen Kirchen“ in einer „Union“ von Lutheranern und Reformierten anstieß.²⁵ In den folgenden Jahrzehnten traten immer mehr Gemeinden der Union bei, am 31. Juli 1843 auch Bochums reformierte Gemeinde. In ihrer schriftlichen Erklärung

für das Königliche Konsistorium in Münster wurde zunächst daran erinnert, dass sich die Gemeinde schon 1837 anlässlich einer Kirchenvisitation „für Ablegung des Confessions-Namens und Annahme des Unionsritus“ ausgesprochen, auch 1840 das evangelische Gesangbuch eingeführt habe, doch nun wolle man dies noch einmal ausdrücklich erklären. Nach wiederholter Publikation von der Kanzel hätten sich das Presbyterium und die erschienenen Gemeindemitglieder „einstimmig für die Ablegung des Confessionsnamens und den Beitritt zur Union“ ausgesprochen, allerdings unter den Bedingungen, dass ihre „parochiale Selbständigkeit“ fortbestehe und sie nicht gegen ihren Willen Veränderungen von Gottesdienstformen akzeptieren müssten, die sich „in reformierten Gemeinden ausgeprägt“ haben.²⁶

Man bezeichnete sich nun nicht mehr als die reformierte, sondern als die „kleinere evangelische Gemeinde“²⁷, während die frühere lutherische Gemeinde, die den Lutherbezug in ihrem Namen ebenfalls aufgegeben hatte, die „größere evangelische Gemeinde“ war.²⁸ Obwohl das Gemeindegebiet beider Gemeinden deckungsgleich war, dauerte es noch mehr als drei Jahrzehnte, bis schließlich doch ihre Fusion beschlossen und im Dezember 1874 die Gründung der „vereinigten evangelischen Gemeinde zu Bochum“ urkundlich besiegelt wurde.²⁹ Der Anstoß zur Vereinigung war von der kleineren Gemeinde ausgegangen³⁰, doch der Fusionierungsdruck in beiden Gemeinden durch die rapide Zunahme von Gemeindemitgliedern infolge der Industrialisierung gewachsen.³¹ Dadurch war bei beiden die Kirche viel zu klein und der Bau eines gemeinsamen großen Gotteshauses dringend notwendig geworden. Dazu nahm eine Baukommission schon im Frühjahr 1875 ihre Arbeit auf und zwei Jahre später begann der Bau. Der neuen Kirche wurde am 30. April 1877 in einer Sitzung der Gemeindeorgane der Name „Christuskirche“ gegeben und „bald darauf“ für die „Kirche der früheren größeren Gemeinde der Name Pauluskirche und für die der kleineren Gemeinde der Name Johanneskirche bestimmt“.³²

¹⁹ Darpe (wie Anm. 7), S. 247 und Urkundenbuch dazu, Urkunde Nr. 297.

²⁰ Friedrich Wilhelm Bauks: Die Anfänge der Reformierten Kirche in der Grafschaft Mark, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte, Bd. 84 (1990), S. 139.

²¹ Darpe (wie Anm. 7), S. 473.

²² C. A. Kortum: Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum, veröffentlicht 1790 im zweiten Band des „Neuen Westphälischen Magazins“. Jubiläumsnachdruck zum 200jährigen Erscheinen der Erstausgabe, herausgegeben von Johannes Volker Wagner, Bochum 1990, S. 116 (Faksimile S. 224).

²³ Poensgen (wie Anm. 2), S. 55.

²⁴ Poensgen (wie Anm. 2), S. 59.

²⁵ Peter Brandt: Preußen. Zur Sozialgeschichte eines Staates, Band 3 des Katalogs der Ausstellung „Preußen. Versuch einer Bilanz“ v. 15.8.-15.11.1981 in Berlin, Hamburg 1981, S. 148.

²⁶ Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 10/11.

²⁷ Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 10. Daher lautete der Titel seiner Festschrift zum Wiedereinzug in das umgebaute Gotteshaus im Jahre 1868: „Geschichte der kleineren evangelischen Kirche zu Bochum“.

²⁸ Wann sie den Beitritt zur Union und die Aufgabe ihres bisherigen Namens beschlossen hat, schreibt Poensgen nicht und ist auch Werbecks sehr detaillierter „Chronik der Ev. Kirchengemeinde Bochum“ in Heft 11 der Veröffentlichungen des Synodalarchivs Bochum, Bochum 2004, S. 6 ff., nicht zu entnehmen.

²⁹ Poensgen (wie Anm. 2), S. 75.

³⁰ Poensgen (wie Anm. 2), S. 73.

³¹ Die Zahl der ev. Christen verzehnfachte sich in Bochum von 2.564 im Jahre 1855 auf 25.174 im Jahre 1875. Poensgen (wie Anm. 2), S. 62.

³² Poensgen (wie Anm. 2), S. 81.

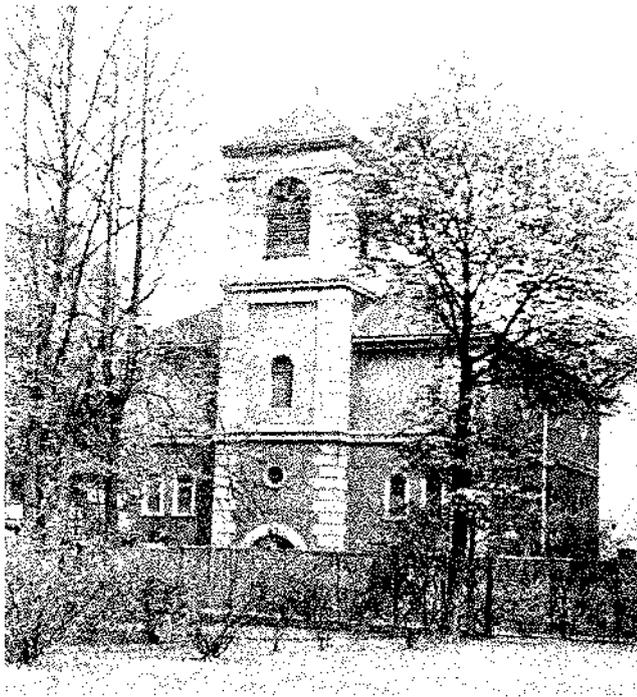


Abb. 2: Vorder- und Seitenansicht der Johanneskirche in den 1920er/30er Jahren

Die Vorgeschichte der reformierten Kirche

Die Vorgeschichte der in den Jahren 1691 bis 1698 erbauten späteren Johanneskirche begann im Sommer 1644. Zwei Jahre zuvor war der Prediger Nikolaus Fuchs gestorben und zu seinem Nachfolger Augustinus Camerarius berufen worden. Er war ein offenbar tatkräftiger Mann, der schon in seinen ersten Bochumer Jahren die „Kinderlehre oder Catechisatio“ einführte, eine reformierte Schule gründete, Abendmahlsgesetze anschaufte, ein „Consistorium“ der Gemeinde wählten und den Gottesdienstraum in der kurfürstlichen Rentei um das bis dahin als Predigerwohnung genutzte „hintere Gemach“ erweitern ließ³³, da als Predigerwohnung das Vikariehaus der Sakramentsvikarie zur Verfügung stand. Der vergrößerte Gottesdienstraum in der kurfürstlichen Rentei wurde kirchenähnlich ausgestaltet. Die Reformierten sahen ihn als ihre „Kirche“. So beschlossen sie 1663, es solle das „Kirchenhaus [...] geweißet und renoviert“ werden, und da 1677 den Protokollen zufolge ein „Kanzeldeckel“ gestiftet wurde, gab es in dem Raum auch eine Kanzel.³⁴ Das Provisorium in der Rentei sollte bis 1698 „Kirche“ der Reformierten bleiben.

Das hatte der tatkräftige Prediger Augustinus Camerarius jedoch ganz anders im Sinn, als er im Sommer 1644 den Anstoß zum Bau einer eigenen Kirche gab. In der Chronik, die sein Nachfolger Mylaeus niederschrieb,

heißt es dazu, Camerarius habe „die sämtlichen Adelige der reformierten hiesigen Gemeind sampt den Eltesten in seinem Garten zur Mahlzeit gehabt, da dan der Herr Drost Wenemar von Neuhoef versprochen, wan eine Kirche von den Reformierten sollte erbauwet werden, daß Er für seine Persohn hundert Goltgulden darzugeben wolle, andere haben auch nach ihrem Vermögen darzugeben angelobet.“³⁵

Mit einem im nächsten Jahr angelegten „Kollektenbuch“ kamen etwas über 40 Reichstaler zusammen, mit einem weiteren im Jahre 1647 sogar 211 Reichstaler, doch die Beträge flossen in die Finanzierung laufender Ausgaben. Nachdem die Lutheraner in den Jahren 1655 bis 1659 eine eigene Kirche gebaut und 1660 einen amtlichen Zuschuss zu den Baukosten erhalten hatten, baten auch die Reformierten um einen solchen und erhielten für die Reparatur und Erweiterung des Pfarrhofes 30 Reichstaler sowie die Zusicherung, im Falle eines späteren Kirchenbaus mehr zu bekommen.

Der stand dann im September 1663 auf der Tagesordnung des Konsistoriums, allerdings ziemlich weit hinten. Die Gemeinde beabsichtige, heißt es im Protokoll, „durch Gottes Gnade und mit gutherziger Leute Beisteuer dermaleinst eine öffentliche Kirche zu bauen“, was „am besten und bequemsten“ auf dem Platz der Vikarie Georgii geschehe. Diese mittelalterliche Vikarie, die mit vollem Namen „St. Johannis Evangelistae, Catharinae Virginis und Georgii Martyris“ hieß, war teilweise in den Besitz der Bochumer Reformierten gekommen, doch zu ihrem Teil gehörte das Vikariegrundstück im Weilenbrink.³⁶

Im August 1671 bekräftigte das Konsistorium den Beschluss, auf dem Platz der Vikarie Georgii im „Wäulbring“ (Weilenbrink) eine Kirche zu bauen, wie schon 1663 aber erst „dermaleinst“. Immerhin will man mit dem Sammeln von Geld beginnen, sobald Seine Kurfürstliche Durchlaucht „alhier ins Land kommen würde“. Scheinbar hat der sich nicht sehen lassen, denn erst 14 Jahre später stand der Kirchenbau wieder auf der Tagesordnung des Konsistoriums, aber diesmal als erster Beratungsgegenstand, und er führte zu konkreten Beschlüssen. Laut Protokoll der Sitzung vom am 3. September 1685 soll dem Bewohner des Vikariehauses mitgeteilt werden, dass er nur noch etwa ein Jahr darin wohnen könne und die Gemeinde keine Reparaturkosten mehr übernehme. Ferner soll ein Mitglied der Gemeinde mit dem Kollektenbuch nach Kleve fahren und bei der Regie-

³³ Kirchenbuch (wie Anm.7), S.4-5.

³⁴ Ebd., S. 14, S. 31.

³⁵ Ebd., S. 5. Die weitere Darstellung der Vorgeschichte des Kirchenbaues bis zum Baubeginn 1691 folgt, soweit keine andere Belegstelle angegeben ist, dem Kirchenbuch auf den Seiten 5-41 unter Angabe des jeweiligen Zeitpunktes.

³⁶ Werbeck beschreibt die Geschichte der Vikarie im Anhang zu: Kirchenbuch (wie Anm. 7), S. 63 ff.

nung um eine größere Beihilfe nachsuchen, „damit andere diesem Exempel folgen möchten“.

Anscheinend war diese Finanzierungsinitiative nicht sonderlich erfolgreich, denn vier Jahre später wurde im Sommer 1689 ein neuer Anlauf beschlossen. Man wusste, dass der Kurfürst im Lande war und wollte die Gunst der Stunde nutzen, ihm das Kollektenbuch zu zeigen und um eine Beihilfe für den Bau der neuen Kirche zu bitten, wissend, dass bereits in den reformierten Gemeinden des ganzen Landes für Kirchen in Jülich gesammelt wurde, die im Krieg Ludwig XIV. gegen die Pfalz und Holland zerstört worden waren. Sich da anzuhängen, war wohl nicht besonders klug, jedenfalls kam nicht einmal eine Antwort.

Doch die Gemeinde verlor nicht den Mut. Ein gutes halbes Jahr später heißt es im Protokoll des Konsistoriums vom 2. Februar 1690, nachdem zweimal Anträge nach Kleve auf Genehmigung des Kirchenbaus und eine Beihilfe unbeantwortet blieben, solle nun ein dritter Versuch gemacht werden. Der war dann schließlich sehr erfolgreich. Das Protokoll der Novembersitzung desselben Jahres vermerkt, dass die Regierung das Kollektenbuch genehmigt, durch ein Vorschreiben empfohlen, schon eine Beihilfe der Regierung von 200 Reichstalern eingetragen und davon bereits 50 angewiesen habe. Nun sollen Spenden eingesammelt und die notwendigen Materialien, „Steine, Holz und Kalk“, beschafft werden.

Der Bau der Kirche

Nachdem der Adelsherr Conrad Jakob von Omphal zu Haus Steinkuhle großzügig angeboten hatte, der reformierten Gemeinde alle für den Kirchenbau erforderlichen Steine aus seiner „Steingruben zu Wimmelhausen“ zu „verehren“ und außerdem 50 Reichstaler für deren Abbrechen zu geben, beschloss das Konsistorium im Frühjahr 1691, mit dem Bau zu beginnen.³⁷ Schon Anfang Juni wurde durch die Bauerschaft Altenbochum auf zehn Wagen die erste Steinlieferung angefahren. (Ein paar Jahre später sollte im Gemeindebuch notiert werden, dass für den Bau insgesamt 967 Fuhren Bruchsteine, 255 Karren Sand und 46 Wagen Kalk angefahren wurden.³⁸)

Am 1. Oktober 1691 wurde der erste Pfahl in den Boden gerammt und am 3. Oktober, es war der Bettag, von Regierungsrat Holtzbrink im Namen Seiner Kurfürstlichen Durchlaucht „der erste Stein gelegt“, also die offizielle Grundsteinlegung vollzogen. Vor den weiteren Maurerarbeiten musste jedoch zunächst „ein fester Baugrund in dem fließigen Boden geschaffen werden“.³⁹ Dazu wurden etwa 300 Pfähle von geschnittenem Holz

„in den Grund geschlagen und gestampft“, auf die dicke eichene „schalden und Bretter“ kamen.⁴⁰ Pfähle und Bretter stammten aus dem Busch des Hofes Niederheitmann in Weimar, der zum Vermögen der Sakramentsvikarie gehörte, die den Reformierten 1641 übertragen worden war.

Nach der Gründung begannen 1692 die Maurerarbeiten und im Oktober 1694 war das Mauerwerk fertig. Der Bau hatte sich wohl auch deshalb hingezogen, weil immer wieder Geld beschafft werden musste, um weiteren Baufortschritt bezahlen zu können. Das Kirchenbuch verzeichnet in den Jahren 1692 bis 1695 Spenden aus der eigenen Gemeinde, aber auch die Akquisition von Mitteln in Den Haag und bei der „Gelderschen Synode in Zütphen“. Es hält fest, dass weitere Versuche bei der nordholländischen und der südholländischen Synode nicht sehr erfolgreich waren, weil die Reformierten aus der Pfalz und aus Heidelberg wegen ihrer von den Franzosen in den Kriegszügen Ludwig XIV. zerstörten Kirchen in Holland bereits so stark abgeschöpft hatten, dass man von dort den Bochumern nicht mehr „mildiglich beisteuern“ konnte. Als im Mai 1696 Geld fehlte, um den hölzernen Turm auf dem Dach der Kirche mit Schiefer und Blei zu decken, weil sonst Witterungsschäden zu befürchten waren, musste erneut ein „Collektant“ im Clevischen und im Holländischen von Gemeinde zu Gemeinde auf Betteltour gehen. Nachdem im Juni noch kein Geld eingegangen war, bekam die Gemeinde von vier Mitgliedern jeweils 50 Reichstaler für die Turmeindeckung geliehen.

Anfang 1698 beriet das Konsistorium neben erneuten Kollektenreisen nach Holland und anderen Aktivitäten zur Einwerbung von Finanzmitteln vor allem den Innenausbau der Kirche: Es sollen ein Gewölbe aus Tannenbrettern angefertigt, die Innenwände 6 Fuß hoch (ca. 1,8 m) verputzt, die Gänge mit Platten belegt, Bänke beschafft und um den Kirchhof herum Mauern gezogen werden. Mit der Kanzel beschäftigte sich das Gremium in drei Sitzungen bis zum Juli hin: Sie sollte mit einem Himmel darüber und einem „herumgehenden Portal“ angefertigt werden „auf die Manier, wie zu Cleve vorhanden“, wobei die Holz- und Farbgestaltung konkret festgelegt wurden.

Ein weiterer Beschluss legte fest, dass die zehn Kirchenfenster die Namen der wichtigsten Spender tragen sollten. Sie wurden benannt und in strenger Wahrung der Hierarchie protokolliert: Die Aufzählung beginnt mit dem Kurfürsten und seiner Gemahlin, es folgen der Kurprinz nebst Gemahlin, der Regierungspräsident von der Recke in Kleve, danach aus der Bochumer Region Mitglieder der Adelsfamilien von Strünkede, Neuhoof zu Barendorf

³⁷ Ebd., S. 41 und Poensgen (wie Anm. 2), S. 37.

³⁸ Kirchenbuch (wie Anm. 6), S. 43.

³⁹ Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 9.

⁴⁰ Kirchenbuch (wie Anm. 6), S. 42. Die Darstellung des weiteren Baues der Kirche samt der dazugehörigen Finanzierungsmaßnahmen folgt dem Kirchenbuch (wie Anm. 6), S. 41-48.

und Rauschenburg, von Loe zu Overdyk und von Omphal zu Steinkuhl und schließlich drei Bürgerliche.

Als die kleine Kirche nach siebenjähriger Bauzeit am 7. September 1698 feierlich eröffnet wurde, waren die Fenster noch nicht mit den Spendernamen versehen. Das ist erst später ausgeführt worden, denn erst Anfang des Jahres 1700 vermerkt das Kirchenbuch, dass man sich in Berlin nach den Titeln des Kurfürsten und des Kurprinzen erkundigte, um deren Fenster bis zum Osterfest fertig zu haben. Im Sommer desselben Jahres erhielten die Außenmauern der Kirche noch einen Kalkputz, die Kirchhofsmauern eine Abdeckung mit Steinen.

Die reformierte Kirche im 18. Jahrhundert

Wie die im Jahre 1700 endgültig fertige Kirchenanlage aussah, lässt sich teilweise aus den vorstehend dargestellten Baubeschlüssen des Konsistoriums folgern. Eine gute Abbildung ist leider nicht überliefert. Es gibt aus der Zeit bis zum Abbruch und Wiederaufbau der im Jahre 1800 durch einen Orkan zerstörten Kirche drei Zeichnungen von ihr, die jedoch nicht sehr präzise sind, weil jede von ihnen nur ein kleines Detail aus einer größeren Gesamtdarstellung ist: Die Älteste ist ihre Abbildung in der so genannten Cramer-Karte, ein Plan der Stadt Bochum aus den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts⁴¹, in den die beiderseits der Straßen befindlichen Gebäude mit ihrer Frontseite eingezeichnet sind. Den Stadtgrundriss mit der Frontalansicht der Gebäudefassaden zu verbinden, indem diese in die Grundrissebene der jeweiligen Parzelle hineingezeichnet wurden, war eine seit dem 17. Jahrhundert

⁴¹ Sie heißt so, weil der Tabakfabrikant Cramer sie besaß und der Stadt Bochum geschenkt hat. Darpe hat die Karte, von der er eine Abzeichnung erstellen ließ, die seiner „Geschichte der Stadt Bochum“ angehängt wurde, auf die Zeit zwischen 1698 (weil die reformierte Kirche bereits eingezeichnet ist) und 1716 (weil die Karte den in diesem Jahr auf dem Markt aufgestellten Galgen noch nicht enthält), datiert (S. 329). Diese Datierung galt in den 1990er Jahren als falsch (Eberhard Brand 1991 in seiner Einführung zum Faksimile-Nachdruck von Darpes Stadtgeschichte, S. 3 ff. / Hans Hanke 1995 im Jubiläumsbuch zu Kortums 250. Geburtstag in seinem Beitrag „Von guten und schlechten Häusern ...“, Anm. 8). Die Kramer-Karte sei eine Abzeichnung der Kortum-Karte, hieß es. Inzwischen haben die eingehende Untersuchung von Georg Bergauer, „Historische Karten von Bochum ...“, veröffentlicht im Märkischen Jahrbuch für Geschichte, Band 113, S. 137-152 und seine ergänzenden „Anmerkungen zu den Bochumer Stadtplänen von Cramer und Kortum“ in Nr. 37 der Bochumer Zeitpunkte, S. 36-38, ergeben, dass die Cramer-Karte keineswegs von Kortums Stadtkarte abgezeichnet wurde, sondern dass es wahrscheinlich umgekehrt war. Bergauer stellte fest, dass Kortums Karte insgesamt 44 Gebäude enthält, die es in der Cramer-Karte noch nicht gibt, zugleich aber 18 Gebäude aus der Cramer-Karte bei Kortum fehlen. Damit ist die Cramer-Karte älter als die von Kortum und zwar erheblich, denn über 60 bauliche Veränderungen waren in vorindustrieller Zeit das Ergebnis vieler Jahrzehnte. Altmeister Franz Darpe kann also mit seiner Zeitbestimmung so ganz falsch nicht gelegen haben kann.

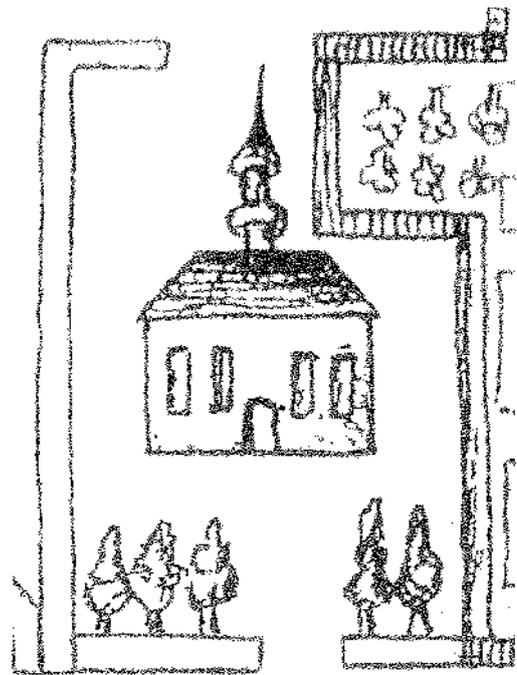


Abb. 3: Kirche und Kirchhof in Darpes Nachzeichnung der Cramer-Karte (frühes 18. Jahrhundert)

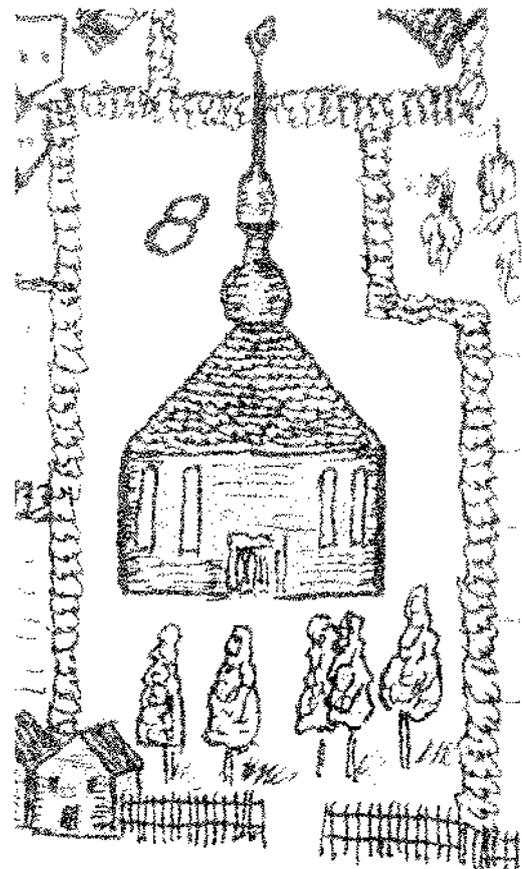


Abb. 4: Kirche und Kirchhof in der Stadtkarte von C. A. Kortum (1790)

beliebte Form von Plandarstellungen.⁴² Kortum hat seine Stadtkarte 1790 in derselben Manier gezeichnet.⁴³ Sie ist die zweite unserer drei Darstellungen. Schließlich malte der Dichterarzt im Jahre 1801 auf dem künstlerisch gestalteten Titelblatt eines Herbariums neben Portraits von sich selbst und seinem Sohn sowie vielen Pflanzen und Blumen auch eine kleine Bochumer Stadtsilhouette, auf der die drei Kirchen – darunter die Johanneskirche –, die Rentei und andere Bauten zu sehen sind.⁴⁴



Abb. 5: Bochumer Stadtsilhouette nach C. A. Kortum (1801)

Die in den beiden Stadtkarten eingezeichneten Gebäude sind überwiegend keine exakten Abzeichnungen der Fassaden, sondern mehr oder weniger standardisierte, allenfalls in ihrer Größe unterschiedliche Häuschen. Das gilt jedoch nicht für repräsentative und öffentliche Gebäude, bei denen mindestens hervorstechende Charakteristika wiedergegeben sind. Bei der kleinen reformierten Kirche war dies vor allem der Turm in Gestalt eines Dachreiters. Kortum hat ihn in seiner Stadtkarte sogar deutlich überdimensioniert dargestellt; dort ist er höher als das ganze Gebäude darunter. In seiner Stadtsilhouette und in der Cramer-Karte sind die Proportionen etwas stimmiger, erscheint der Dachreiter aber immer noch ziemlich hoch. Seine tatsächliche Größe ist leider nicht überliefert, doch winzig war er wohl auch nicht. Dass die Erbauer dem Dach der Kirche einiges an Lasten zugemutet haben, ist in den Archivalien der reformierten Gemeinde dokumentiert. Danach drohte der Dachreiter im Jahre 1739, obwohl ihn noch keine Glocken belasteten, einzustürzen. Er war gesunken, hatte das Gewölbe beschädigt und das Mauerwerk ausgetrieben. Durch zwei Säulen von 24 Fuß Höhe (ca. 7,4 m) wurde der Turm unterfangen.⁴⁵

⁴² Hans H. Hanke: Von guten und von schlechten Häusern. Berichte zum ehemaligen Zustand einer Ackerbürgerstadt, in: Kortum-Gesellschaft Bochum e.V. (Hg.): Carl Arnold Kortum. Einem Revierbürger zum 250. Geburtstag, Bottrop/Essen 1995, S. 175.

⁴³ Die Karte findet sich komplett und in zahlreichen Ausschnitten in: Kortum (wie Anm. 22).

⁴⁴ Eine komplette Abbildung des Titelblatts befindet sich in: Kortum-Gesellschaft Bochum e.V. (Hg.): Carl Arnold Kortum. Einem Revierbürger zum 250. Geburtstag, Bottrop/Essen 1995, S. 192.

⁴⁵ Poensgen (wie Anm. 2), S. 48.

Für Johann Dietrich von Steinen wiederum war der Dachreiter nicht übermäßig groß, denn er berichtet in seiner 1757 erschienenen „*Historie von der Stadt und Amt Bockum*“, auf der Kirche ruhe „*in der Mitten des Dachs ein kleiner Thurm*“, in dem keine Glocken wären.⁴⁶ Das sollte sich allerdings einige Jahre später ändern. Nach einer „*Kollektenfahrt*“ des Predigers Werli nach Amsterdam schaffte die Gemeinde zwei Glocken an, die im Gewicht von 420 Pfund gegossen wurden und ab August 1768 in Bochum läuteten.⁴⁷

Vielleicht war die Stützungsmaßnahme von 1739 mit einer Veränderung des Daches verbunden. Jedenfalls zeigt die Zeichnung der Kirche auf der aus den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts stammenden Cramer-Karte noch eine andere Dachform als die Abbildung der Kortum-Karte von 1790. Auf der Cramer-Karte ist das Dach deutlich niedriger und breiter als auf der von Kortum, wo es wesentlich höher ausfällt und sich der Dachreiter vom First des Daches abhebt. Kortums Zeichnung zeigt die Giebelseite eines Satteldaches, die Zeichnung der Cramer-Karte ein zur Giebelseite abgewalmtes Dach, aus dessen sichtbarer Mitte der Dachreiter aufsteigt. Ob dieser Unterschied nur auf einer unzureichenden Abzeichnung des Objekts oder auf einer wirklich unterschiedlichen Dachgestalt beruht, lässt sich wohl nicht definitiv klären. Doch präsentieren beide Darstellungen die vordere Fassade der Kirche zum Weilenbrink hin, mit dem Eingang in der Mitte und je einem Fensterpaar rechts und links daneben. Immerhin zeigt der Dachreiter auf beiden Kartenbildern tendenziell die gleiche, mehrfach gestufte Turmbekrönung, wie sie in der Renaissance- und Barockzeit üblich war.

Unterschiedlich ist die Einfriedung des Kirchengrundstücks dargestellt. Bei Kortum wird sie hin zum Weilenbrink von einem Starkettenzaun abgeschlossen, während es an allen anderen Seiten von einer Hecke eingeschlossen zu sein scheint. Bei der Cramerschen Karte beschränkt sich dagegen die Heckeneinfriedung auf die rechte Grundstücksseite, während die linke und vordere Seite eine Mauer zeigt. Nach Kortums eigener verbaler Beschreibung war im Gegensatz zu seiner Zeichnung vorn kein Zaun, sondern eine Mauer. Nach den bereits zitierten Angaben des alten Kirchenbuchs ist 1698 eine „*Mauer um den Kirchhof*“ errichtet und diese Kirchhofsmauer im Jahre 1700 mit einem Steinbelag versehen worden. So ganz genau scheint man es in den Zeichnungen der Bochumer Stadtkarten nicht genommen zu haben.

⁴⁶ Teil III seiner „*Westphälischen Geschichte mit vielen Kupfern*“, Lemgo 1757, S. 160.

⁴⁷ Poensgen (wie Anm. 2), S. 52.

Auch die Reihe der fünf Bäume vorn sollte wohl bei beiden Bildern nur einen größeren Baumbestand symbolisieren, verkaufte doch die Gemeinde Anfang des 19. Jahrhunderts immerhin zehn mächtige alte Linden des Kirchhofs, um mit dem Erlös die verfallenen Einfriedungsmauern (!) wieder herstellen zu lassen.⁴⁸

Kortum beschreibt die „reformierte Kirche“ in seiner 1790 publizierten „Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum“ so: „*Der Kirchhof stößt nach vorne an den Wölenbring, und von hinten ist derselbe ohngefähr 20 Schritte von der Rosenstraße entfernt, von dieser führt auch ein Weg auf denselben, welchen die Gemeine vor 18 Jahren gekauft hat. Der rechte Aufgang auf den Kirchhof ist vom Wölenbring, vermittelt einer kleinen Treppe, und von dieser Seite schließt auch eine Mauer denselben ein. Es steht hier auch eine Reihe von sehr hohen Lindenbäumen. [...] Der Thurm steht mitten auf der Kirchen. [...] Außer der Hauptthür, welche südwärts ist, ist noch eine Kirchthür an der Westseite.*“⁴⁹ Diese West-Tür existierte nicht von Anfang an. Sie ist erst später – vielleicht im Zusammenhang mit dem Säuleneinbau zur Stabilisierung des Daches im Jahre 1739 –, anstelle eines der Fenster entstanden.

Als Kortum 1790 die Kirche in seiner Stadtkarte zeichnete und in seiner Veröffentlichung verbal beschrieb, war sie schon sehr reparaturbedürftig. Bereits 1789 sind Reparaturbeschlüsse gefasst worden, doch wurde deren Realisierung, wohl infolge Geldmangels, immer wieder aufgeschoben. Obwohl die Gemeinde im Jahre 1797 von der Obrigkeit 300 Reichstaler bewilligt bekam und eine neue Kollekte 73 Reichstaler brachte, traute sie sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht, die dringend notwendige Sanierung des Gotteshauses durchzuführen, denn deren Kosten wurden auf 1.200 Reichstaler geschätzt. Dabei verlangten die Baubehörden des Landes inzwischen den völligen Abbruch des Dachreiters, der zur Gefahr geworden war.⁵⁰

Im November des Jahres 1800 nahm ein starker Orkan der Gemeinde alle Entscheidungen ab und schuf vollendete Tatsachen. Das Gebäude stand zwar anschließend noch, wie Kortums Stadtsilhouette von 1801 zeigt, war aber so instabil, dass man sofort die gesamte Einrichtung in ein am Hellweg gemietetes Haus brachte, in dem ab 30. November 1800 die Gottesdienste stattfanden.⁵¹

Die nunmehr unumgängliche Sanierung mit teilweisem Um- und Wiederaufbau konnte – wohl aus finanziellen Gründen – erst um 1803 beginnen.⁵² Dach und Dachreiter wurden, soweit sie den Sturm überstanden hatten, abgenommen, das nicht mehr standfeste Mauerwerk auf allen Seiten 6½ Fuß (ca. 2 m) tief abgebrochen und erneuert, teilweise sogar vom Boden aus ganz neu aufgebaut. Die Fenster erhielten eine Ummauerung mit Hausteinen und wurden neu in Blei gefasst. Anstelle des alten Ziegeldaches erhielt die Kirche ein schiefergedecktes Bohlendach, im Innern „firmamentblau“ gestrichen. Innen entstand auch eine „niedrige, aber sehr weite Kanzel nebst der in wenig geschmackvollem Zusammenhang mit ihr errichteten Orgelbühne und Sacristei“, kritisierte Jahrzehnte später Pfarrer Alfried Hengstenberg, auch weil dies alles die nördlichen Fenster verdunkelte. Über der Brüstung der Bühne war in vergoldeter Schrift zu lesen: „Fürchtet Gott, ehret den König, liebet die Brüder“. Nach mehr als zweijähriger Bauzeit wurde die weitgehend erneuerte, aber im alten Grundriss fortbestehende Kirche am 14. Juli 1805 eingeweiht.

Für einen neuen Dachreiter oder gar einen Turm hatte das Geld gefehlt, sodass die beiden 1768 angeschafften Glocken ihren Platz auf dem Fußboden der Kirche unter der Kanzel erhielten. Die später erörterte Absicht, einen freistehenden, einfachen Glockenstuhl neben die Kirche zu setzen, wurde nicht realisiert.⁵³ Pfarrer Friedrich August Volkhart schrieb Anfang der 1840er Jahre in seiner heute als „Volkhart'sche Chronik“ bezeichneten Stadtgeschichte: „Die 2 Glocken, welche ehemals in einem Thurme hingen, stehen unter der Kanzel verwahrt bis auf bessere Zeiten.“⁵⁴ Die kamen bald darauf, fast vier Jahrzehnte nach der Erneuerung der Kirche. Der Turm, den die Gemeinde nun wollte, sollte weder ein kleiner Dachreiter, noch ein externes Glockengerüst werden, sondern ein massiver, in die Kirche hineingebauter Steinbau. Nachdem wegen der Bodenverhältnisse für ihn, wie schon 1691 für die Kirche selbst, ein Balkenrost niedergebracht worden war, konnte am 3. Juli 1844 die feierliche Grundsteinlegung erfolgen und am 8. Juni 1845 läuteten die im November 1800 verstummten Glocken zum ersten Mal wieder. Der Turm hatte – vermutlich in Anlehnung an den Dachreiter des 18. Jahrhunderts –, eine gerundete Turmspitze erhalten.

⁵² Die folgende Darstellung des Wiederaufbaues folgt Poensgen (wie Anm. 2), S. 53 und Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 9.

⁵³ Poensgen (wie Anm. 2), S. 53.

⁵⁴ Maschinenschriftliche Abschrift der Chronik im Besitz von Eberhard Brand (Kortum-Gesellschaft), S. 14/15. Der Verfasser dankt E. Brand für die Überlassung der Seiten mit Hinweisen auf die reformierte Kirche.

⁴⁸ Poensgen (wie Anm. 2), S. 53, Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 9.

⁴⁹ Kortum (wie Anm. 22), S. 55 (Faksimile S. 111).

⁵⁰ Nach Poensgen (wie Anm. 2), S. 53.

⁵¹ Poensgen (wie Anm. 2), S. 523 und Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 8.

Es gibt eine Abbildung der Kirche in dieser Gestalt: Der Künstler Thaddäus Kubale präsentierte Anfang Mai 1867 in einer öffentlichen Ausstellung das Aquarell einer Stadtansicht von Bochum, die von elf Medaillons mit der Darstellung repräsentativer Einzelbauten der Stadt umrahmt war, darunter auch eine der – so wird sie dort noch bezeichnet – „reformierten Kirche“. Kubale stellte sein Aquarell öffentlich aus, um Subskriptionen für die von ihm beabsichtigte Herstellung von Farblithografien nach diesem Aquarell einzuwerben.⁵⁵ Zur Herstellung der Lithografien ist es offensichtlich auch gekommen, denn während der Verbleib des Aquarells unbekannt ist, befindet sich eine nach ihm hergestellte Farblithografie im Besitz des Bochumer Bergbaumuseums, die in WESTFALIA PICTA publiziert wurde⁵⁶ und eine weitere im Bochumer Stadtarchiv. Das Bochumer Kreisblatt beschrieb 1867 das Aquarell genauso, wie sich die heute bekannte Farblithografie darstellt.⁵⁷ Diese zeigt das Bochumer Stadtpanorama und die gesondert abgebildeten Bauten der Stadt einschließlich der reformierten Kirche also nach ihrem Zustand Anfang 1867 und damit etwas weiter zurück, als WESTFALIA PICTA die Entstehungszeit des Bildes („um 1870“) datiert.

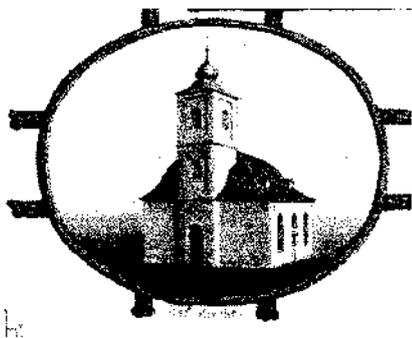


Abb. 6: Vorderansicht der Kirche 1867 in einem Medaillon zum Stadtpanorama von Thaddäus Kubale



Abb. 7: Dieselbe Kirche als Rückansicht: Detail aus dem Stadtpanorama selbst

⁵⁵ Bochumer Kreisblatt vom 4. Mai 1867. Für den Hinweis auf diese Veröffentlichung und ihre Bereitstellung sowie für weitere Quellenangaben danke ich Jochen Krepke (Kortum-Gesellschaft), der sie in seinem Privatarchiv gespeichert hatte. Danach war Thaddäus Kubale vermutlich ein Schwager des Bochumer Musikdirektors Heinrich Krüger, auf jeden Fall aber ein künstlerisch vielseitiger Mann. Er hat nicht nur gemalt und gezeichnet, sondern auch in Theateraufführungen Regie geführt, mitgespielt und gesungen. (Bochumer Kreisblatt v. 8.2.1868.)

⁵⁶ WESTFALIA PICTA Band IX: Westfälisches Ruhrgebiet, herausgegeben im Auftrage des LWL im Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster, Münster 2005. Abbildung der gesamten Lithografie auf S. 17, Kommentierung auf S. 38, des Medaillons der Johanneskirche auf S. 46.

⁵⁷ Das Kreisblatt nennt z. B. exakt die von ihm als „Spezialansichten“ bezeichneten Bildmotive in den Medaillons rund um das Stadtpanorama.

Die Darstellung der Kirche in dem Medaillon zeigt sie seitlich von Südwesten, vorneweg den deutlich in das Kirchenschiff hineingebauten Turm. Er scheint aus drei voneinander abgesetzten Stockwerken zu bestehen und endet mit der runden Turmhaube, auf der sich ein Kreuz befindet. Im Sockel ist in Turmmitte der (Haupt-)Eingang, an der Seitenwand der Kirche der weitere Eingang, rechts und links daneben jeweils ein Fenster. Das obere Turmsegment (unter der Haube) zeigt die Schallöffnungen, das mittlere ein Turmfenster. Das Walmdach ist leicht gerundet und hat – jedenfalls auf der abgebildeten rechten Seite – zwei Dachfenstergaupen. Es darf wohl unterstellt werden, dass dies auch auf der anderen Seite der Fall war.

Das Dach beginnt scheinbar am Anfang des zweiten Turmsegments und reicht über dessen Ende nicht hinaus. Doch dieses Bild trägt. Es ist das Ergebnis der von dem Maler gewählten Perspektive und der eigenwilligen Form des Daches, das keineswegs schon an der Oberkante des zweiten Turmsegments endete. Wenn man sich die Kirche in dem Stadtpanorama selbst, also der Hauptdarstellung der Lithographie, ansieht, wo sie aus rückwärtiger Perspektive zu sehen ist, zeigt sich ihr Dach anders. Deutlich ist zu erkennen, dass der Scheitelpunkt des Daches weit aus höher hinaufragt, nämlich bis in die Schallfenster des dritten Turmsegments hinein. Da das Dach in einer eigenartigen, sich nach oben verjüngenden Wölbung gebaut ist, wodurch es im oberen Bereich deutlich schmaler ist als im unteren, verschwindet dieser schmalere Teil des Daches bei der im Medaillon gewählten Perspektive hinter dem Turm und lässt dort den Dachaufbau wesentlich niedriger erscheinen, als er in Wirklichkeit ist.

Das hat bei manchem Vergleich der Darstellung im Medaillon mit Fotos der Kirche aus dem 20. Jahrhundert zu der unzutreffenden Vermutung geführt, der Turm sei noch im 19. Jahrhundert baulich verkürzt oder das Langhaus der Kirche erhöht worden, selbst zu der Befürchtung, Kubale habe sein Bild der reformierten Kirche ganz oder teilweise frei erfunden. Seine differenzierte Darstellung der dreiteiligen Turmarchitektur, die von den Fotos des frühen 20. Jahrhunderts bestätigt wird, belegt jedoch eine sorgfältige Wiedergabe des Kirchengebäudes. Die rückwärtige Dachgestalt in Kubales Hauptbild wird im Übrigen durch das um 1875 entstandenen Stadtpanorama von C. Ohrmann/Friedrich Schätzke, in dem es ebenso gezeichnet ist, bestätigt.⁵⁸

⁵⁸ Westfalia Picta IX, Abbildung S. 37, Beschreibung S. 36. Das im Stadtarchiv in Originalgröße erhaltene Bild zeigt dies weitaus deutlicher als die starke Verkleinerung im Buch.

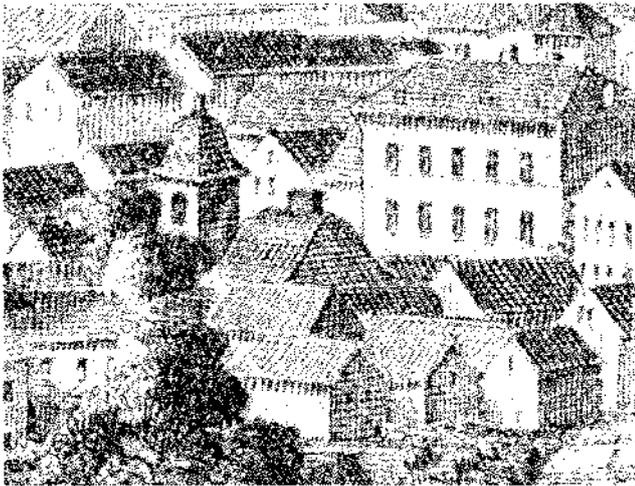


Abb. 8: Ausschnittvergrößerung mit der Kirche aus der um 1875 entstandenen Stadtansicht von C. Ohrmann/Friedrich Schaetzke

Etwa 1½ Jahre, nachdem Thaddäus Kubale das Aquarell seines Bochumer Stadtpanoramas der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, kam es zu einem Umbau der Kirche. Es sollte deren Fassungsvermögen deutlich vergrößert werden. Der Zuzug von Menschen durch die Industrialisierung hatte die Zahl der Gemeindemitglieder von 750 im Jahre 1856 auf ca. 2.500 im Jahre 1868 steigen lassen⁵⁹, wodurch die Kirche viel zu klein geworden war. Ihr Umbau fand von März bis Oktober 1868 statt und hat sie in ihrer Innearchitektur erheblich, in ihrem Äußeren jedoch nur wenig und in ihrer Form gar nicht verändert. Im Inneren der Kirche wurden Emporen an den beiden Längsseiten für jeweils mehrere Bankreihen und eine schmalere an der Rückseite des Gebäudes vor dem Turm gebaut, alle über den Turmaufgang erreichbar. Außerdem wurde die bisher im Chorraum eingebaute Sakristei nach außen und der Standort der Orgel auf die Turmempore verlegt, ferner der Abendmahlstisch weiter zurückgeschoben, sodass neben den neuen Plätzen auf den Emporen auch im Mittelbereich der Kirche Raum für weitere Bankreihen entstand. Das Äußere des Gotteshauses hat sich durch diese Baumaßnahmen außer dem Sakristei-Anbau nur unwesentlich verändert. Der bisherige Seiteneingang ist zugemauert, zu beiden Seiten des Turms ein neuer Eingang und ein kleines Fensterpaar geschaffen worden.⁶⁰ Im Übrigen blieb die äußere Gestalt der Kirche so, wie sie seit dem Turmbau von 1845 bestand.

Sie blieb es bis zum Jahre 1884, in dem der obere Bereich des Gotteshauses im Äußeren erheblich verändert wurde, obwohl Poensgen diese Baumaßnahme nur kurz als „Umbau des Daches, Anbringung runder Oberfens-

ter an den Seiten und äußerer Verputz“ erwähnt.⁶¹ Dieser Umbau hatte eine Vorgeschichte, die in die Jahre der Planung des Innenumbaus von 1668 zurückreichte und keineswegs so knapp und harmonisch verlief, wie sich dies bei Hengstenberg und Poensgen liest. Aus den im Landeskirchlichen Archiv in Bielefeld befindlichen Akten ergeben sich erhebliche Kontroversen um die bauliche Lösung.⁶² Erst die letzte von drei ab 1864 entwickelten Planungen war schließlich 1868 realisiert worden und auch diese stand im Gegensatz zur Meinung der Bezirksregierung in Arnsberg, die bis ins Frühjahr 1868 einen kompletten Neubau favorisierte. Gegen die erste der drei Planungen, die im Wesentlichen aus dem Einbau der später auch verwirklichten Emporen bestand und bereits die Genehmigungen der kirchlichen und staatlichen Behörden hatte, waren in der Gemeinde selbst Bedenken aufgekommen. Man befürchtete, dass die Seitenemporen angesichts der geringen Höhe der Kirche den Lichteinfall durch die Fenster so stark reduzieren würden, dass es im Kircheninneren viel zu dunkel werde.

Um dies zu vermeiden, fasste die Gemeinderepräsentation den Beschluss, die Umfassungsmauern der Kirche um einen 9 Fuß (ca. 2,8 m) hohen Aufbau zu erhöhen, in diesen auf jeder Längsseite sechs Fenster anzulegen und das Bohlendach von 1803/05 durch eine neue Holzkonstruktion zu ersetzen. Damit stiegen aber die ursprünglich veranschlagten Baukosten so stark, dass das Königliche Konsistorium in Münster sie als „unverhältnismäßig hoch“ bezeichnete, während die Bezirksregierung in Arnsberg bei ihrem Vorschlag eines kompletten Neubaus blieb. Angesichts solch starken Gegenwindes ruderte das Beschlussgremium der Gemeinde zurück. Im Dezember 1867 war es bereit, „statt den projektierten Aufbau auszuführen das alte Dach und überhaupt den Kirchenkörper unberücksichtigt zu lassen“⁶³ und neben den in der ersten Planung bereits genehmigten Emporen die oben dargestellten weiteren platzschaffenden Maßnahmen zu realisieren. Die eigenen Bedenken gegen die erste Planung wegen der befürchteten Verdunkelungseffekte spielten keine Rolle mehr, nachdem die Gemeinde von einem „Kirchenbautechniker“ ein Gutachten hatte erstellen lassen, nach dem die Beleuchtung auch nach dem Einbau der Emporen ausreichend sein werde; zudem sollte die im Jahre 1855 abgelehnte Gasbeleuchtung nun doch installiert werden. Die von Arnsberg neben einer unzureichen-

⁵⁹ Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 12.

⁶⁰ Hengstenberg (wie Anm. 8), S. 13. Weiterhin: Landeskirchliches Archiv Bielefeld, LKA Best. 2.1., Ortsakten des Konsistoriums, Nr. 586 sowie LKA 4.274, ev. Kirchenkreis Bochum, Nr. 174.

⁶¹ Poensgen (wie Anm. 2), S. 83. (Hengstenbergs Geschichte der Kirche endet mit deren Umbau von 1868.) Der Umbau von 1884/85 wurde am 20. Februar 1884 von der „großen Gemeindevertretung“ in Bochum beschlossen. Landeskirchliches Archiv Bielefeld, Bestand 2.1., Ortsakten des Konsistoriums, Akte 6.616, b 32/b 33.

⁶² Landeskirchliches Archiv Bielefeld (wie Anm. 60). Aus diesen Akten ergibt sich auch die nachfolgende Darstellung der drei Planungen.

⁶³ Schreiben des Presbyteriums v. 17. Dezember 1867 in: Landeskirchliches Archiv Bielefeld, Akte Nr. 586 (wie Anm. 60).

den Beleuchtung angeführte mangelnde Luftventilation in der Kirche wäre durch verschließbare Öffnungen im Gewölbe zu gewährleisten, meinte man. Diese dritte Planung war, nachdem die Gemeinde noch die Anschaffung einer neuen Orgel hatte durchsetzen können, in der Sitzung der Gemeinderepräsentation vom 22. Januar 1868 beschlossen und ab März desselben Jahres umgesetzt worden.

Dass die licht- und lufttechnischen Warnungen bei der Planung des Umbaus von 1868 ihre Berechtigung hatten und das zweite, nicht realisierte Lösungsmodell wohl das bessere gewesen wäre, zeigt der schon 16 Jahre später vorgenommene Umbau der Dachregion. Mit ihm wurde 1884 nachgeholt, was 1867 am Veto der übergeordneten Instanzen gescheitert war. Zwar fehlen die dazu gefertigten Pläne und detaillierten Beschreibungen in den Akten des Landeskirchlichen Archivs Bielefeld, aber eine in ihnen vorhandene, hinreichend spezifizierte Darstellung der geplanten und endgültigen Kosten lässt zweifelsfrei erkennen, dass es hier um weitaus mehr als eine Dacherneuerung ging. Nach der Aufstellung entfielen von den endgültigen Gesamtkosten in Höhe von 10.300 Mark auf Dachdeckerarbeiten 1.639 Mark, Zimmerer- und Schreinerarbeiten 2.202 Mark, aber auf Maurerarbeiten 4.634 Mark.⁶⁴ Offensichtlich haben die schon 1867 geplante aber nicht durchgeführte Erhöhung der Umfassungsmauern der Kirche und der Ersatz des alten Bohlendaches durch eine neue Dachkonstruktion nunmehr stattgefunden. Erst durch die Erhöhung der Umfassungsmauern konnte es auch zu dem von Poensgen erwähnten runden Oberfenstern kommen.

Auf den Fotos der Kirche aus dem 20. Jahrhundert einschließlich derjenigen des zerstörten Baues, auf denen die Umfassungsmauern noch zu sehen sind, lässt sich deren Erhöhung aus dem Jahre 1884 gut erkennen. Sie reicht, wenn man sich wieder am Turm orientiert, von der Unterkante des zweiten Turmsegments bis über das Turmfenster im mittleren Segment, wo die Traufen des neuen Daches beginnen. Deutlich erkennbar sind auf den Fotos die runden Oberfenster von 1884, die etwa in Höhe der früheren Dachgaupen entstanden, auf jeder der beiden Längsseiten der Kirche drei und auf ihrer Rückseite zwei. Auch die Art des Putzes setzt sich im Erhöhungsteil deutlich von der im unteren Teil der Außenmauern ab.

Obwohl diese beim Umbau von 1884 erheblich höher geworden sind, hat sich die Gesamthöhe der Kirche nicht verändert, denn in demselben Maße, in dem die Mauern erhöht wurden, ist die Höhe des Daches reduziert worden. Anstelle des früheren zweistufig gewölbten Daches ist ein flaches, spitzwinkliges Zeltdach entstanden. Zugleich wurde aus dem runden Turmhelm von früher ein spitzwinkliger, flacher Pyramidenturm, denn das durch die

Erhöhung der Umfassungsmauern erzwungene flache Dach machte aus architekturästhetischen Gründen eine zu ihm passende Gestaltung der Turmspitze notwendig. Die stilistische Einheit von Dach und Turmspitze wird in der Luftaufnahme der Altstadt von 1927 besonders deutlich. Vor diesem Aufnahmezeitpunkt hatte es zurück bis zum Umbau von 1884/85 keine äußeren Veränderungen der Kirche gegeben.

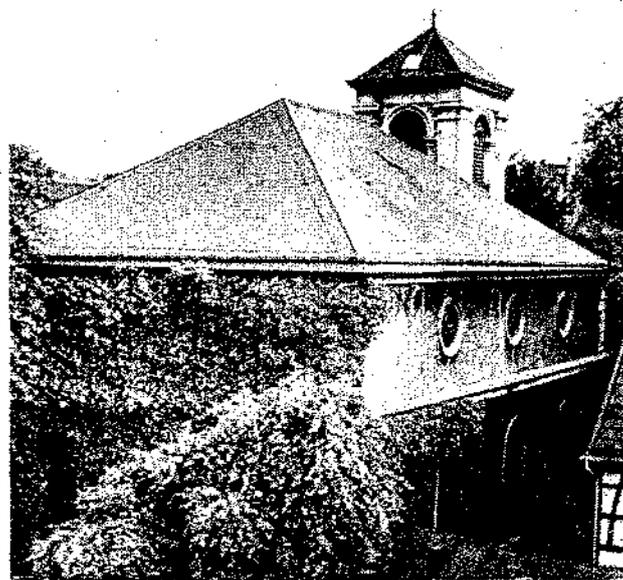


Abb. 9: Die Johanneskirche („Pfefferdose“) nach dem Umbau von 1884 (Foto aus den 1920er/30er Jahren)

Zwar enthalten die „dünnen“ Bauakten des Bielefelder Kirchenarchivs zum Umbau von 1884 keine Angaben über die Turmgestaltung, aber die bereits erwähnte Gegenüberstellung der geplanten und tatsächlich entstandenen Kosten enthält als Begründung der Mehrkosten des Dachdeckers neben der Neudeckung der Sakristei die „nicht vorgesehene Reparatur des Turmdaches“.⁶⁵ Offenbar hatten die für den Umbau Verantwortlichen noch rechtzeitig erkannt, dass der „welsche Turm“ zwar gut zu dem gerundeten Walmdach, aber keineswegs mehr zu dem flachen Zeltdach passte.

Eine letzte größere Instandsetzung der Johanneskirche gab es im Jahre 1926. Doch abgesehen davon, dass die 1868 eingerichtete Gasbeleuchtung durch eine elektrische ersetzt wurde, ging es dabei fast ausschließlich um Ausbesserungs- und Renovierungsarbeiten sowie abschließend um eine neue Ausmalung der Kirche durch den Düsseldorfer Kirchenmaler Rüter. Der Bochumer Anzeiger schrieb am 22. Oktober 1926, sie sei „wieder ein wahres Schmuckkästchen geworden.“

⁶⁴ Landeskirchliches Archiv Bielefeld (wie Anm. 61), Anlage zu b33: Umbau der Johanneskirche. Gegenüberstellung der Kosten, Anschlag – Ausführung.

⁶⁵ Ebd.

Fliegerbomben des 2. Weltkriegs haben das „Schmuckkästchen“ im Mai 1943 zerstört. Obwohl die Umfassungsmauern der Johanneskirche teilweise noch mehrere Jahre nach Kriegsende standen, ist sie nicht wieder aufgebaut worden. In der Stadtplanung der Nachkriegszeit mit ihrer insbesondere auch im früheren Altstadtbereich neuen und großzügigeren Straßenführung hatte sie keine Chance, erneuert zu werden. In dieser Planung gab es den alten Weilenbrink nicht mehr und wurde der Standort der Kirche teilweise durch die geplante Trasse der oberen Bleichstraße überdeckt. Die Reste der Kirche verschwanden.

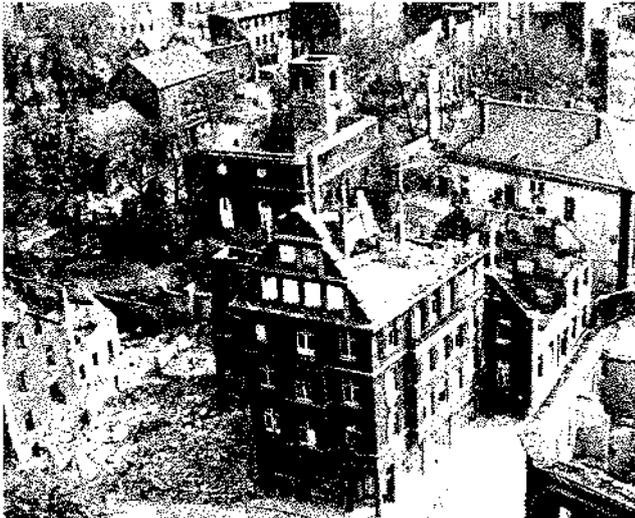


Abb. 10: Reste der zerstörten Kirche in der Bochumer Trümmerlandschaft

Warum „Pfefferdose“?

Die Anfang der 1960er Jahre in Grumme neu errichtete evangelische Kirche wurde Johanneskirche genannt, um damit an die Tradition der alten Innenstadtkirche dieses Namens anzuknüpfen. So steht es in der Urkunde ihres Grundsteins.⁶⁶ Als die Ruhr-Nachrichten im Mai 1960 unter der Überschrift „Neue Johanniskirche geplant“ von dem beabsichtigten Bau in Grumme berichtete, brachte sie dazu ein Foto der ehemaligen gleichnamigen Kirche im Weilenbrink, „deren Turm sich sehr von denen aller anderen Kirchen unserer Stadt unterschied“. Sie sei im Volksmund „Pfefferdose“ genannt worden.⁶⁷ Nicht lange davor war Franz Peines viel gefragter Erinnerungsband „So war Bochum“ herausgekommen, der 1959 in seiner ersten und 1981 in einer 13. Auflage er-

⁶⁶ Diese Information und den Text der Grundstein-Urkunde verdanke ich Heinz-Günter Spichartz (Kortum-Gesellschaft).

⁶⁷ Neue Johanniskirche geplant, in: Ruhr-Nachrichten vom 7./8. Mai 1960.

schien⁶⁸ und unter einer Abbildung der ehemaligen „Johanniskirche“ auch auf ihren Spitznamen „Pfefferdose“ hinwies. Ebenso hat eine Anfang der 1960er Jahre von der Evangelischen Kirche herausgegebene Schrift zur früheren Johanneskirche angemerkt, „der einfache kleine Bau“ habe im Volksmund „die Pfefferdose“ geheißen.⁶⁹ Später hat die lokale kirchengeschichtliche Literatur die amüsante Bezeichnung gern übernommen.⁷⁰

Dagegen sucht man sie in der älteren ortsgeschichtlichen Literatur vergeblich. Dass sie dennoch auch schon in den 1920er Jahren üblich war, zeigt die Berichterstattung der Ortspresse über die Renovierung der Kirche im Jahre 1926. Da heißt es im Bochumer Anzeiger, das bereits zitierte „Schmuckkästchen“ sei „aus der alten ‚Pfefferdose‘ ... geworden“ und der Märkische Sprecher schrieb: „Wegen seiner eigenartigen Gestalt wird der Turm im Volksmund ‚Pfefferdose‘ genannt.“⁷¹

Natürlich hing diese Bezeichnung mit der Gestalt der Kirche oder ihres Turms zusammen, wenngleich eine völlig zweifelsfreie Begründung nicht auf der Hand liegt. Jedenfalls ergab eine Anfrage des Verfassers bei der Volkskundlichen Kommission Westfalen-Lippe in Münster, dass so etwas wie eine typische Form der hauswirtschaftlichen Pfefferdose dort nicht bekannt ist. Die Erklärung, das Gotteshaus sei „wegen seiner geringen Größe und des Zwiebelturms auch ‚Pfefferdose‘ genannt“ worden⁷², ist wenig wahrscheinlich, denn diese Bezeichnung dürfte erst entstanden sein, als der „Zwiebelturm“ schon nicht mehr existierte. Es ist eher die neue Turmgestalt nach 1884, die an jene „Pfefferdosen“ oder „Gewürzdosen“ erinnerte, die auf Omas Küchenbord über der Anrichte standen, häufig in Porzellan, manchmal in Ton, auch in emailliertem Metall, zumeist in Gestalt eines rechteckig aufgerichteten Behälters mit einem flachen Deckel obenauf. Auf Trödelmärkten sieht man sie gelegentlich noch. So bleibt einstweilen „Omas Pfefferdose“ als Erklärungshypothese, die durch keinen urkundlichen Beleg verbrieft ist.

Abbildungsnachweis

Alle Bilder und Bildausschnitte: Stadt Bochum, Stadtarchiv und historisches Archiv des Presseamtes.

⁶⁸ Jeweils erschienen im Verlag Ferdinand Kamp, Bochum.

⁶⁹ Ev. Kirchenkreis Bochum (Hg.): Evangelische Kirche in Bochum, Frankfurt/M. 1962, S. 18.

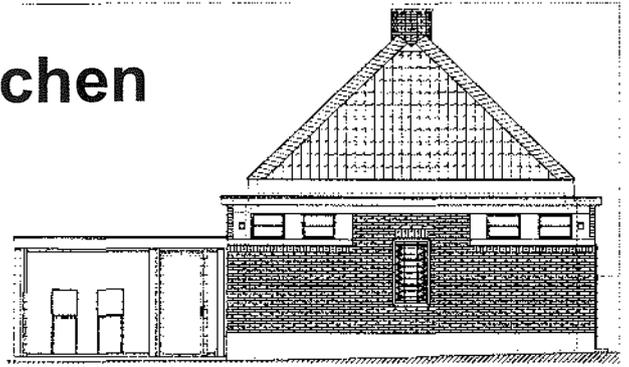
⁷⁰ Soz. B. Rüdiger Jordan: Sakrale Baukunst in Bochum, herausgegeben von Christel Darmstadt für die Kortum-Gesellschaft Bochum e.V., Bochum 2003, S. 17.

⁷¹ Die Johanniskirche in neuem Gewande, in: Bochumer Anzeiger v. 22. Oktober 1926 und in: Märkischer Sprecher v. 18. November 1926.

⁷² Andrea Schmidt: Auf Kortums Spuren quer durch Bochum, in: Carl Arnold Kortum. Einem Revierbürger zum 250. Geburtstag, Bottrop/Essen 1995, S. 188-198, hier S. 190.

Aus dem Häuschen

Berichtenswertes von der Kortum-Gesellschaft



● Denkmalschutz

○ „Katholikentagsbahnhof“

Der so genannte „Katholikentagsbahnhof“ – mittlerweile bekannter als „Rotunde“ – geht der Vollen- dung der Renovierung entgegen. Mit einer Außengastronomie wird das Gebäude noch attraktiver werden, als es das in den letzten Jahren schon war. Die Kortum-Gesellschaft hatte sich vor langer Zeit erfolgreich für die Eintragung des 1949 zum Katholikentag hergerichteten alten Hauptbahnhofs erfolgreich eingesetzt, aber lange war die Zukunft ungewiss. Erst als Leo Bauer das Haus übernahm und erhebliche Mittel, Ideen und Geduld einsetzte, ging es endlich aufwärts. Als historischer Ankerpunkt wird es nun Gutes bewirken auf dem neu erschlossenen Gelände.

○ *Gymnasium am Ostring*

Das ehemalige Gymnasium am Ostring erstrahlt als Bestandteil des neuen Land- und Amtsgerichtes wieder in alter Pracht mit aktueller Ausstattung. Das 1890/92 nach dem Entwurf des damaligen Bochumer Stadtbaumeisters Hermann Bluth errichtete Gebäude ist zwar kein Baudenkmal, weil seit der Nachkriegszeit vom alten Haus eigentlich nur die Fassade stehen blieb, aber sie bietet nun eine würdige und prägende Erinnerung, an den alten Standort der humanistischen Bildung in Bochum, die nun bekannter Maßen ein sehr attrakti-

ves Haus an der Querenburger Straße erhalten hat. In der intensiv geführten Diskussion um den Standortwechsel hatte die Kortum-Gesellschaft öffentlich den Vorschlag gemacht, die Fassade zu erhalten und es fand sich damit in einer Gruppe mit ähnlichen Ideen.

● Projekte

○ *Geologischer Garten*

Bochum beherbergt auf seinem Stadtgebiet ein Kleinod, das leider viel zu wenig bekannt ist: Der geologische Garten. Der Garten macht auf den ersten Blick einen befriedigenden Eindruck. Erst bei genauerem Hinsehen fällt allerdings eine Reihe von Missständen auf wie die unzureichende Ausschilderung, die Überwucherung einzelner geologischer Formationen, fehlende oder unleserliche Hinweisschilder und verbesserungsbedürftige Sauberkeit. Angesichts der Tatsache, dass es sich um einen überregional beworbenen Ort handelt, der unmittelbaren Nachbarschaft zum Springorum-Radweg und der Bedeutung im Verbund der geologischen Einrichtungen, soll diesem Ort nun wieder besondere Beachtung zukommen. Die Kortum-Gesellschaft hatte sich 1989 bereit für die Ausschilderung stark gemacht und engagiert sich nun gemeinsam mit dem Geopark Ruhrgebiet e.V. für die Neuausschilderung. Das soll auch ein Beitrag zur Zertifizierung

des Ruhrgebietes als Nationaler Geopark und seine internationale Anerkennung durch die UNESCO sein.

○ „Saure Wiese“

Das ehemalige KZ-Außenlager des Bochumer Vereins „Saure Wiese“ ist durch den Bochumer Künstler Markus Kiel zu einem außergewöhnlichen Gedenkort geworden. Auch hier hatte sich die Kortum-Gesellschaft engagiert. Leider ist der Park und seine Ausstattung immer wieder Ziel von Neonazi-Vandalismus. Sprayereien werden von der Stadt umgehend beseitigt. Jetzt gilt es aber, die beschädigten Beschilderungen auf dem Gelände zu erneuern. Auch daran beteiligen wir uns.

○ *Denkmal in Hamme*

Vor der alten Schule in Hamme an der Von-der-Recke-Straße steht ein Denkmal für die in den Kriegen 1866 und 1871 gefallenen Bürger des Ortes, das 1873 von der früheren Landgemeinde Hamme enthüllt wurde. Es handelt sich um einen Inschriftensockel und einer Säule mit Wappen, die von einem preußischen Adler mit ausgebreiteten Flügeln bekrönt wird. Am Sockel finden sich die Namen der Gefallenen. Die Inschriften sind verwittert, dem Adler fehlen Kopf und ein Flügel. Das gesamte, in seiner Art in Bochum seltene Denkmal ist in einem schlechten Zustand. Darauf wurde die Kortum-Gesellschaft vom Initiativkreis „Hammer Run-

de“ aufmerksam gemacht. Die Kortum-Gesellschaft setzt sich für die Restaurierung ein und hat diese bereits in Auftrag gegeben. Gedacht ist auch an ein Begleitprogramm zur zeitgemäßen Einordnung des Kriegsdenkmals als Ermahnung zum Frieden; so zum Beispiel durch Recherchen zu Lebensläufen der Gefallenen gemeinsam mit der benachbarten Schule. Wer Lust hat, daran mitzuwirken, kann sich bei Hans Hanke melden (Tel. 0170 2425055). Wir danken der Stiftung für Kultur und Wissenschaft der Sparkasse für die finanzielle Hilfe bei all diesen Vorhaben.

● | Ausstellung

○ *Hundert und sieben Sachen. Bochumer Geschichte in Objekten und Archivalien.*

Vom 11. Juni 2017 bis zum 30. Juni 2018 zeigt das Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte diese Ausstellung an der Wittener Straße 45. Hundert und sieben Sachen erzählen Stadtgeschichte(n) und nicht wenige Mitglieder der Kortum-Gesellschaft erzählen mit: Mal sachlich und ernst, mal locker und leicht. Ein farbenfrohes Gebilde aus nicht aufeinander abgestimmten Teilen, die sich dennoch zu einem Ganzen fügen. Unter den Exponaten befinden sich „Schlüsselobjekte“ der Bochumer Geschichte, wie das Werdener Urbar, in dem Bochum indirekt erstmals Erwähnung fand, die Urkunde von 1321, mit der Graf Engelbert II. von der Mark den Bochumern stadtähnliche Rechte zugestand, diverse Objekte zum Bergbau und zum Bochumer Verein, ein Stadtplan, der die Veränderungen des Stadtbildes nach den ersten Eingemeindungen 1904 dokumentiert, ein Foto, das die Machtübernahme der NSDAP im Bochumer Rathaus zeigt und ein 1945 beim Einmarsch

der Amerikaner gedrehter Film. Aber auch solche, die nicht auf historisch bedeutsame Ereignisse verweisen und dennoch die Bochumer bewegten, wie zum Beispiel der Steckbrief zu einer „Lustmord“-Serie im 19. Jahrhundert, eine Sibirien-Karte, die ein Bochumer von einer Nordpolar-Expedition mitbrachte, ein Leihbadeanzug aus dem Bochumer Stadtbad, ein Fotoalbum aus der Tanzschule Bobby Linden, eine Grönemeyer-Platte und ein Filmprojektor aus dem Kino Endstation im Bahnhof Langendreer.

● | Bücher

○ *Stefan Pätzold: Bochum. Kleine Stadtgeschichte. Regensburg 2017*
Bochums lange Geschichte wird in einer neuen, farbig bebilderten und spannend erzählten „Kleinen Stadtgeschichte“ von Archivar und Historiker Stefan Pätzold auf rund 160 Seiten lebendig dargestellt. Stefan Pätzold ist als stellvertretender Leiter des Stadtarchivs und Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte und auch als Mitglied der Kortum-Gesellschaft für seine profunden Kenntnisse bekannt.

○ *LWL Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen, Hg., Gisela Woltermann, Red.: Denkmalpflege und die Moderne 1960+. Münster, Steinfurt 2017*
Das Kirchenforum Querenburg, die Ruhr-Uni, der Park „Querforum“ dort und das Wohnhaus „Girondelle“ in der Hustadt sind die Bochumer Beispiele anhand derer die westfälische Architektur der Zeit nach 1960 auf ihre Qualitäten untersucht und vorgestellt wird. Und es gibt da sehr viel Qualität zu entdecken. Mitgeschrieben haben die Mitglieder der Kortum-Gesellschaft Saskia Schöfer und Hans H. Hanke.

○ *Alexandra Apfelbaum: Bruno Lambart. Architektur im Wandel der Bonner Republik. Koblenz 2017*
Die Universitätsbibliothek, die alte Mensa, das Studentenwohnheim an der Laerheidestraße sind Bochumer Bauten des Architekten Bruno Lambart. Das Bauen im Nachkriegsdeutschland ist geprägt von dem Wunsch nach einem Neuanfang und drückt das Bemühen aus, ein neues nationales Sein zu kreieren. Einer, der sich zu Beginn des Wiederaufbaus öffentlichen Bauaufgaben widmet, ist der Architekt Bruno Lambart. Von Düsseldorf aus, wo er bis 1959 in einer Bürogemeinschaft mit Günter Behnisch arbeitet, entwirft er Rathäuser, Bürgerzentren und Verwaltungsgebäude. Er macht sich als Spezialist im Bereich Schul- und Hochschulbauten einen Namen. Die Architekturhistorikerin Alexandra Apfelbaum, auch ein Mitglied der Kortum-Gesellschaft, hat den Nachlass Bruno Lambarts erschlossen und dessen realisierte und projektierte Bauvorhaben zwischen 1949 und 1990 erstmals vollständig dokumentiert. Damit ist ihr nicht nur ein beachtliches Nachschlagewerk gelungen, sondern auch eine Monografie entstanden, die Lambarts Biografie nachzeichnet und dessen Architekturauffassung vor dem Hintergrund der Zeit darstellt. Bruno Lambart ist 2014 im Alter von 90 Jahren gestorben. Mit annähernd 540 ausgeführten und geplanten Bauten hat er ein architektonisches Ouvre hinterlassen, das zweifellos neue Ansätze für den Umgang mit dem baukulturellen Erbe der Bonner Republik liefert.

○ *Peter Rauwerda: Mein Ruhrgebiet. Fotografien aus den 1960er und 1970er Jahren. 2017*
Bildband mit teils erläuterten Abbildungen von Bergwerken, Bahnhöfen und technischen (Industrie-) Anlagen in und um Bochum aus der genannten Zeit.